

NEPAL-FORUM

Rundbrief des Human Rights Forum Nepal e.V.

1. Jahrgang Nr.1/90

5. Juli 1990

INHALT:

Bericht zur Vereinsarbeit	S. 1
Brief an Prakash Kafle vom 22.04.1990	S. 3
Antwort von Prakash Kafle vom 25.5.1990	S. 4
Brief an Rishikesh Shaha vom 21.05.1990	S. 5
Brief an Prakash Kafle vom 22.05.1990	S. 7
Antwort von Prakash Kafle vom 03.06.1990	S. 8
Brief an Prakash Kafle vom 08.06.1990	S. 8
Antwort von Prakash Kafle vom 18.06.1990	S. 9
Brief an Frau Petra Kelly, MdB, vom 09.06.1990	S. 9
Brief an Prof.Mathura Prasad Shrestha vom 14.06.1990	S. 11
Brief an die Constitution Recommendation Commission vom 24.06.1990	S. 12
Brief an Premierminister Krishna Prasad Bhattarai vom 24.06.1990	S. 12
Brief an den deutschen Botschafter in Kathmandu, Dr.Martin Schneller vom 24.06.1990	S. 13
Brief an Prakash Kafle vom 25.06.1990	S. 14
Brief an Bundesaußenminister Genscher vom 25.06.1990	S. 15
Brief an den ersten Sekretär der nepalischen Botschaft in Bonn, Herrn Madhav Ji Shrestha vom 26.06.1990	S. 16
Chronologie der Ereignisse seit Dezember 1989	S. 17
Warum opfern die Massen in Nepal ihr Leben für die Demokratie? (Hintergrundartikel zur Demokratie- u.Menschenrechtsbewegung für "Südasien", Heft 4-5/90)	S. 38
Interview mit Prof.Dr. Mathura Prasad Shrestha vom 05.05.1990	S. 46
Interview mit Padma Ratna Tuladhar vom 12.05.1990 (für "Südasien", Heft 6/90)	S. 48
Vortrag von Herrn Rawal vom 19.05.1990	S. 51
Vortrag zur Rolle der Monarchie in Nepal vom 19.05.1990	S. 52
Nepal auf dem Weg zur Demokratie (Artikel für "blätter des iz3w", Heft 166, Juni 1990)	S. 54
Die politische Lage in Nepal nach der Abschaffung des Panchayat-Systems (Artikel für "Südasien", Heft 6/90)	S. 58

Liebe Mitglieder,

es ist wohl an der Zeit, Ihnen eine kurze Zwischennachricht über unsere bisherige Vereinsarbeit zu geben.

Beginnen wir mit dem Formellen: Wir sind zwischenzeitlich vom zuständigen Finanzamt Siegburg als gemeinnützig anerkannt. Die Eintragung ins Vereinsregister hat sich leider, bedingt durch den Urlaub eines der Gründungsmitglieder, dessen Unterschrift benötigt wurde, etwas verzögert; sie wird aber in diesen Tagen abgeschlossen. Danach werden wir eine Mitgliederversammlung einberufen, um das weitere Vorgehen und die Organisation unseres Vereins gemeinsam zu besprechen.

Die sonstige Arbeit war auf Kontaktaufnahme und Vorstellung unseres Vereins ausgerichtet. Wir haben uns ja in die Satzung geschrieben, daß wir eng mit den nepalischen Menschenrechtsorganisationen zusammenarbeiten wollen. Das Forum for Protection of Human Rights (FOPHUR) war eng mit der Gründung unseres Vereins verbunden. Hier konnten die Kontakte intensiviert werden. Es besteht ein mehr oder weniger regelmäßiger Schriftverkehr. Wie auf der Gründungsversammlung beschlossen, haben wir Prof. Mathura Prasad Shrestha, dem Vorsitzenden von FOPHUR, die Ehrenmitgliedschaft in unserer Organisation angeboten. Prof. Shrestha hat dieses Angebot zwischenzeitlich angenommen. Daneben haben wir auch Herrn Rishikesh Shaha, den Vorsitzenden der anderen großen nepalischen Menschenrechtsorganisation, der Human Rights Organization of Nepal (HURON), angeschrieben. Von HURON steht eine Antwort leider immer noch aus.

Unserer satzungsmäßigen Informationsverpflichtung sind wir durch eine Reihe von Artikeln in den Zeitschriften "Südasiens" und "blätter des iz3w" nachgekommen. Die Lage in Nepal hat sich im Augenblick etwas stabilisiert. Es gelingt der Übergangsregierung nun besser für die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung zu sorgen. Sehr schleppend geht jedoch die Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen im Verlauf der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung voran. Nachdem die noch von der Panchayat-Regierung ausgerechnet am Tag des größten Massakers eingesetzte Kommission Anfang Mai zurücktrat, wurde von der Übergangsregierung am 23. Mai eine neue Kommission gebildet. FOPHUR hat uns gebeten, die nepalische Regierung zu einem entschiedeneren Vorgehen in dieser Sache zu drängen, was wir mit einem Schreiben an Premierminister Krishna Prasad Bhattarai getan haben.

Nach dem mißglückten eigenmächtigen Versuch König Birendras, am 11. Mai eine Verfassungskommission zu ernennen, wurde nun eine solche durch den Ministerrat gebildet. Auch diese neue Kommission ist nicht unkritisiert; die ethnischen und religiösen Minderheiten und die Frauen fühlen sich beispielsweise nicht repräsentiert. Die Kommission hat den 4. Juli als letzten Tag für die Einreichung von Vorschlägen zur neuen Verfassung festgesetzt. Wir haben diese Gelegenheit wahrgenommen und in einem Brief an diese Kommission um eine Berücksichtigung all jener menschenrechtlichen Punkte gebeten, die in unserer Satzung aufgeführt sind. Insbesondere haben wir auf die Notwendigkeit einer säkularen Verfassung im multi-ethnischen und multi-religiösen Staat Nepal hingewiesen. Die Frage, ob Nepal ein Hindu-Staat bleiben soll oder sich in Zukunft als säkularer Staat definiert, ist einer der Schwerpunkte der derzeitigen Verfassungsdiskussionen in Nepal. Insbesondere konservative Hindu-Organisationen, die als einer der Träger der bisherigen staatlichen Ordnung angesehen werden müssen, und Achyut Raj Regmi, einer der beiden Männer des Königs in der Übergangsregierung, machen sich für die Beibehaltung des Hindu-Staates stark. FOPHUR hat unseren Appell für einen säkularen Staat aufgegriffen und in die eigenen Verfassungsvorschläge integriert.

Wir haben unserem Brief an Premierminister Bhattarai auch eine Kopie des Schreibens an die Verfassungskommission beigelegt. Ferner wurde die deutsche Botschaft in Kathmandu über unseren Verein und diese beiden Schreiben informiert. Hier in Deutschland haben wir die nepalische Botschaft über unseren Verein in Kenntnis gesetzt. Ferner haben wir in einem Brief an Bundesaußenminister Genscher unsere Gedanken und Sorgen zur immer noch kritischen Übergangsphase in Nepal verdeutlicht und ihn gebeten, alle ihm zur Verfügung stehenden Kanäle zu nutzen, um gegenüber der nepalischen Regierung und den für die Ausarbeitung der neuen Verfassung verantwortlichen Personen die Bedeutung der von uns vorgetragenen Punkte für die zukünftige Entwicklung der Menschenrechte in Nepal hervorzuheben.

Soviel für heute. Zu Ihrer weiteren Information haben wir allen wichtigen Schriftverkehr sowie die von uns bisher veröffentlichten Informationen in diesem ersten Rundbrief abgedruckt. Er ist sehr umfangreich, da er einen sehr großen Zeitraum umfaßt. Wir planen, derartige Rundbriefe in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen herauszugeben. Die dabei entstehenden Probleme sind einerseits die Kostenfrage und andererseits meine Überbelastung. Ich würde mich jedoch freuen, wenn auch andere Mitglieder Beiträge für diese Rundbriefe leisten könnten; ich bin zur Zeit mit Sicherheit überbelastet und möchte hier keine Ein-Mann-Show abhalten. Alles Weitere können wir dann ja auf der geplanten Mitgliederversammlung besprechen.

Mit freundlichen Grüßen

Karl Heinz Krämer
(Vorsitzender)

**BRIEF AN PRAKASH KAFLE, GENERALSEKRETÄR VON FOPHUR, VOM
22.04.1990)**

Dear Mr. Kafle,

many congratulations for the successful ending of the movement for democracy and human rights in Nepal. I never had thought that this success would be arrived at so quickly. When you said at the end of our talks in Cologne on March 16, that you were sure the movement would be successful I was a little bit sceptical. The problem is that I have studied Nepali politics now for more than seventeen years and I knew so many futile attempts to bring a change in Nepali politics. I am very sorry that late B.P.Koirala could not see this day. This man had offered his health and his life to bring democracy to Nepal.

But of course this is nothing new to you. So let's return to the present. I hope I don't take too much of your time. But there are some things I want to talk to you about. When you were in Germany in March we founded the Nepal Support Group - Germany on your intention to support FOPHUR and the movement for democracy and human rights in Nepal. We could not do much. You have reached everything by your own efforts. So for the moment it seems that we have fulfilled our job, since your movement was successful. But I think that there is still a lot to do in Nepal especially in regard to human rights. There have been some questions I wanted to ask you when I met you in Cologne, but we did not have enough time and I did not believe that democracy would be successful so quickly. So I must ask you these questions now.

There have been a lot of violations of human rights in Nepal during the times of Panchayat System, most of all during the last few months. I was happy to know that there was such a selfless organization like FOPHUR to fight for the poor people who had to suffer so much under Panchayat Raj. What I wanted to ask you first was: What are you going to do after the success of your movement? How will you treat your political opponents? I listened to BBC radio every day and for example there have reports on extremists calling to hang the former Prime Minister Marich Man Singh Shrestha after the downfall of his cabinet and the reallowance of political parties in Nepal. I hope that the practice of violating human rights will not change to the other camp now. I see FOPHUR as the organization to look after a correct treatment of persons who have fulfilled their jobs under the Panchayat System. If there have been crimes - and I'm sure there have been done a lot - these persons must have to answer to the courts for those. There must be a fair trial and death penalty, besides, should be forbidden forever in Nepal. This should be main objectives of FOPHUR during the coming months.

There is also the question, who has been politically responsible for all that has happened during the movement and during the times of Panchayat Raj as a whole. The answer is written in article 24 (1) in connection with article 20 (2) of the Panchayat Constitution. I think I already mentioned this to you during our talks in Cologne. I don't think that it is wise to summon the king to appear in court for the things that have happened. It is a very difficult situation for Nepal at the moment. Of course democracy and the political parties know the masses behind themselves. But there is still a large portion of the Nepalese people which belongs to the economically and socially strong tradition oriented elements of society. These have been the persons who have been upholding the Panchayat System as the backhold of absolute monarchical power in Nepal based on fundamental Hindu values. For example even eight years after the downfall of the Rana Oligarchy the Gorkha Parishad which had been a melting pot for conservative elements during the fifties got about one fifth of the votes during the first free parliamentary elections in Nepal in 1959. I don't think that the strength of the conservative elements in Nepal did change much since that time. Today these elements will be gathered in some kind of Panchayat Party as Mr. Pashupati Shamsher Rana has already announced. So it will be important to use the king as a mediator between the democratic parties and those conservative elements. In 1959 the constitution was presented by King Mahendra to the political parties only one week before the elections. It was not a constitution in the mind of the political parties contesting in the elections, but they accepted it because they wanted the elections at last after eight years of postponement. All in all even in the constitution of 1959 all powers were laid into the hands of the monarch. The cabinet was declared to be only an instrument of the king to exercise his executive powers. Later King Mahendra misused his emergency powers provided to him by the constitution to abrogate the party political system, to end democracy in Nepal and to send ministers and democratically elected members of parliament into prison for years without trial. Now the political parties have the chance to make a new constitution in their own sense. This constitution should be written in a way that the misuse of power by either side - be it the king, the prime minister, the cabinet, the party in power or any other group - is avoided. A prerogative will be that Nepal stops to declare herself to be a Hindu state. As long as Nepal is a Hindu state the king will have absolute powers, because this is part of Hindu political thinking. The new constitution should be a secular one with a constitutional monarch. There should be a clear separation between politics and religion. As the constitution is the fundamental law of Nepal all other laws are Hindu laws as well. But Nepal is a multiethnic society and should be proud of this. There are not only Hindus, but Buddhists, Muslims, Jains, Christians, and a lot of ethnic religions. The constitution and the other laws must be applicable to all Nepalese citizens, but this is not possible as long as they are founded on Hindu law. In my view only a secular constitution can be the fundament of a Nepalese society, in which everybody is enjoying equal rights. Of course this means that after promulgating the new constitution a lot of other laws will have to be reviewed and changed. One of the most important ones will be the muluki ain. This civil code of Nepal divides the society into different levels in

context with the view of the higher Hindu castes. So it should be changed immediately in connection with the new constitution.

Article 10 (2) of the Panchayat Constitution says "No discrimination shall be made against any citizen in the application of general laws on grounds of religion, race, sex caste, tribe or any of them". So far the reality has been different. I could count of lot of examples, but I only will cite one, that effects me personally: If there is no discrimination on grounds of sex, why don't have women equal rights to live in Nepal. If a Nepalese man marries a foreigner, he can live in Nepal together with his wife as long as he likes. But if a Nepalese woman marries a foreigner, she is forced to leave the country or live separated from her husband for most of the year. This is only a small example. It is a fact in almost every society, that women are the stronger economic force than men. But they are completely underrepresented against men. This already starts with their part in school education. It must be one of the first prerogatives to provide equal education to girls and boys.

And this brings me to another problem. If you look at the Nepalese school books you will find out, that they have completely been written from the Hindu point of view. I've found out, when I was in Solu-Khumbu for example, that many children don't understand, what they are reading about. Of course also non-Hindu children must learn about the facts of Hinduism, since this is one of the most important cultural elements of Nepal. But children who have grown up in another cultural context must read about things they know, when they start learning. Later on they can learn about other cultural features of Nepal. It was one of the main items of Panchayat politics to form the whole of Nepal into a Hindu society. This also effected the educational politics. The result of this Panchayat politics has been, that the ethnic cultures and values got more and more lost. I think this is a great loss for this wonderful mosaic of Nepalese society. It is a misunderstanding of the idea of national unity, that every citizen must feel and think and behave the Hindu way. It is a fact of history that Nepal is a multiethnic society and every Nepali should be proud of this fact. So it belongs to the human rights of all the ethnic groups of Nepal that their own culture is protected and kept alive. This comprises that all children at primary level must also be taught in their own culture, religion and language besides the national one. This is what I understand as equality of races, castes and tribes.

Now I have written a few things out of a lot that will be the task of human rights organizations in Nepal after the success of the democracy movement. When we met you here in Germany five weeks ago we have founded the Nepal Support Group - Germany - on your intention. I think that this was a very good idea, even though we could not do much. But we could inform the Nepalese people and some officials here in Germany, and the response to our action showed that this is a way to work further on. So yesterday we had a meeting in Cologne again to discuss our further steps. We think we should no longer work under the name of Nepal Support Group, since the aim of this group has been reached with the introduction of a party political government. Ludmilla Tuetting has proposed to work under the name "Nepal Watch" as an action oriented group. She could not take part in our meeting yesterday. All five persons present agreed to work not as an action group but as an official organization under this name. Our aim will be to work hand in hand with the human rights organizations in Nepal for the introduction of human rights under the new political system. We think that there is a chance now to avoid the excesses and corrupt practices that occurred under the Panchayat System, if there are human rights organizations to watch over the situation right from the beginning and report to the public in Nepal and abroad all violations and offences of the fundamental human rights common to mankind.

I hope reading this letter did not take too much of your time. Please excuse, if my English is not always correct, but it's not my mother tongue. I only wanted to congratulate you and all the people of Nepal taking part in the democracy movement. Kindly regards especially to Mr. Mathura Prasad Shrestha, the president of your organization and new health minister, even though I did not have a chance to meet him personally so far. And I also wanted to talk to you about some personal views of the human rights situation in Nepal, of the tasks of human rights organizations in Nepal now as I see them, and about our and my personal willingness to assist you in your work. I hope you can integrate some of my ideas into the now started process of political development in Nepal. I will inform you as soon as our new organization has been formally founded providing you detailed information.

I wish you all the best and success for your work. Hoping to see you again and to hear from you
Yours

Karl Heinz Krämer

(founding member of Nepal Support Group Germany)

ANTWORTSCHREIBEN VON PRAKASH KAFLE VOM 25.05.1990

The present situation of Nepal is undergoing through a phase of transition. There has been a tug of war between the king who wants to preserve his prerogatives and the people's force which is dead set to confine the king within the constitutional framework. Because of this conflict of interest there has emerged an open contradiction between what the king did and what the government wanted.

When the cabinet led by Marich Man Singh was dissolved and Lokendra Bahadur Chand formed a new cabinet, an Investigation Commission was constituted on 6th April 1990. However, the mass movement did not abate and it went on increasing. Finally the king was forced to dissolve the cabinet of Lokendra Bahadur

Chand and a new interim government headed by Acting Chairman of the Nepali Congress, Mr Krishna Prasad Bhattarai, was instituted. The Investigation Commission was supposed to look into the cases of excesses committed by the officials of the Panchayat government.

Since the Investigation Commission was formed during the tenure of the old government and its office bearers were all the supporters of the Panchayat system, the people and all the democratic forces demanded for its dissolution. Instead of giving heed to the people's voice the king tried to give the commission a facelift by including two human rights activists, namely, Mr Prakash Kafle, General Secretary of FOPHUR, and Mr Kapil Shrestha, also General Secretary of Nepal Human Rights Organization. However, the HR activists were very quick to reject the offer. Left with no choice the king had to dissolve it, too.

The main concern of the present government is to frame a new constitution which will establish constitutional monarchy in our country. However, the king is not feeling easy with the intent of the multiparty forces. In order to forestall the possibility of such a constitution being drafted, the king again constituted a constitution drafting commission led by supreme court justice, Mr Bishwa Nath Upadhyaya.

However, the people reacted angrily to that undemocratic step of the king. The party personages like Mr Bharat Mohan Adhikari and Mr Daman Dhungana both refused to work in that commission. Overwhelmed by the opposition of the people chairman Mr Bishwa Nath Upadhyaya himself resigned defusing the crisis brought about by the formation of the commission. The king was also able to avert an embarrassment of having to dissolve the commission which he had constituted only a week ago.

It is a victory for the people. The king has given assurance that he would agree to be a constitutional king. The tension has now eased a little but the people are not ready to accept the king's words in their face value. The invisible conflict between the royal powers and the people's force continues.

The present government has been forced to make use of the administrative machinery of the old government which is resisting the policies of the new government. The new government wants to promulgate an Interim Act which will enable it to function on a constitutional basis. Only yesterday, the king has devolved some of the constitutional residual powers to the cabinet saying that these powers will enable the cabinet to take any necessary steps which it needs in the process of discharging its duties. The King wants to invest the cabinet with the powers enshrined in the old constitution but the cabinet wants the annulment of the old constitution and to promulgate a new interim act which will facilitate the formation of a new constitution framing commission. If the interim act is promulgated soon, the constitution framing commission will come into existence within one or two weeks. Though there are grave problems ahead, we believe that the people will eventually come victorious.

Dear Mr Karl, I received your letter which is beneficial not only for me but for whole Nepalese people. Thanks for your suggestions. As you suggested us FOPHUR has demanded Secular State Nepal constitutionally

Thanks again for your good suggestion

Yours

Prakash Kafle

BRIEF AN RISHIKESH SHAHA, DEN VORSITZENDEN DER HUMAN RIGHTS ORGANIZATION OF NEPAL (HURON), vom 27. 5. 1990

Dear Dr. Shaha,

I would like to introduce our organization, which was founded on the intention of FOPHUR to support the movement for democracy and human rights in Nepal. It was on the height of this movement, when Mr. Prakash Kaphley, the General Secretary of FOPHUR, met us - i.e. four Nepali and two Germans, who were interested to support the movement in Nepal - at the Asia Pacific Centre in Cologne. He provided us a lot of back ground information, that was not to get from western media. On the intention of Mr. Kaphley we founded the Nepal Support Group Germany to provide correct and quick information about the movement to all Nepalese living in Germany, Germans interested in Nepali affairs and most of all to government and organizations in Germany. Until the end of the movement we were in close contact to FOPHUR, which sent us a lot of information material. We wrote letters to all Nepalese in Germany, provided information to members of the German parliament, and published articles in journals.

After the end of the movement we discussed the future of our action group. We agreed that the present situation can only be a basis for the realisation of democracy and human rights in Nepal. It will be a long path to reach this goal. Even after the introduction of a new constitution and free and democratic elections to parliament and lower levels of the administration there will be a lot of work for the human rights organizations in Nepal. For changes will also be necessary in the thinking and behaviour of the whole Nepalese Society. On 5th May we had the opportunity to meet Prof. Mathura Prasad Shrestha in Frankfurt at the airport and had a very warm hearted and informal talk with him for about four hours. He said that our support and also that of similar groups in other countries was a great help for the Nepalese people. Prof. Shrestha was very happy to hear that we had decided to extend our work for

human rights in Nepal by founding a permanent organization instead of Nepal Support Group, which was only an action group grown out of the current situation.

In the meantime we have founded this new organization under the name HUMAN RIGHTS FORUM NEPAL. Our aim will be to work hand in hand with the human rights organizations in Nepal for the introduction of human rights under the new political system. We think that there is a chance now to avoid the excesses and corrupt practices that occurred under the Panchayat System, if there are human rights organizations to watch over the situation right from the beginning and report to the public in Nepal and abroad all violations and offences of the fundamental human rights common to mankind.

The founding members of our organization are Shashi Rajbanshi Pradeep and Radha Bhattarai, Ludwig Debuck, Ram Thapa, Hari and Hildegard Karki, Shanti Tsering and Lhakpa and Karl-Heinz Kraemer. During the founding session on 13th May the following persons have been elected into office:

Karl-Heinz Kraemer, Funkgasse 15, 5202 Hennef 1, Tel.: 02242/83657 (president)
 Pradeep Kumar Bhattarai, Jülicher Str. 17, 5100 Aachen, Tel.: 0241/157936 (vice-president)
 Ludwig Debuck, Donaustr. 38, 4100 Duisburg, Tel.: 0203/763559 (treasurer)

So far we have only been in contact to FOPHUR. But on the occasion of a Nepal day organised by the German Nepalese Friendship Association in Bonn last Saturday we met Mr. Rawal from NEBA and gave him the chance to speak to the gathering. We from our side clearly pointed out the situation of democracy and human rights in Nepal. We had very good resonances and I think that we will be able to find support in broader sections of persons interested in Nepal here. We are intended not to work with FOPHUR alone but also with your organization as the other big human rights organization of Nepal. Our organization's work here in Germany can only be fruitful if we work hand in hand with both the human rights organizations in Nepal. So we want to offer you our cooperation too. We would like to support your efforts to improve the human rights situation in Nepal. We will inform you about all our actions. But for these actions we need quick and correct informations from Nepal. And these can only be provided by the human rights organizations there. FOPHUR has sent us its newsletter and other materials on regular terms during the movement and Prof. Shrestha has promised to continue this flow of information. We are very hopeful to get into close cooperation with you too.

Please send your information to
 HUMAN RIGHTS FORUM NEPAL

Funkgasse 15
 5202 Hennef 1

Federal Republic of Germany

For FAX and TELETEX please use the address of Mr. Ram Thapa:

FAX (0049) 0221/137651 (att.Thapa)

TELETEX 2214201 Asia (att.Thapa)

I will give you a small report on the things we have done so far:

All the above mentioned founding members have spent a lot of time to support the movement for democracy and human rights in Nepal. After we met Mr. Kaphley and got the informations from him, we have sent letters to all Nepalese in Germany, whose addresses we had, and to some Germans. These have been about 100 Persons. We informed them about the events in Nepal and that we had formed a Nepal Support Group in Germany. We got about 20-30 answers. Some people also sent money, so that we could pay for our expenses we had for paper, copies, stamps, etc. One important person, who answered was Mrs. Petra Kelly, MP of the Green Party. A Tibetan friend of mine was working in her office at that time. I worked out an extensive chronology of the events in Nepal and sent this together with a long background article on the development of democracy and human rights in Nepal to the office of Mrs. Kelly. She has distributed these articles among all members of the foreign political committee of the German parliament, of which she is a member herself. So far I don't know the results since the meetings of this committee are secret. Later I have published both my articles in a shorter version in the "Suedasien" journal. I have given one issue of this journal to Prof. Shrestha when I met him in Frankfurt. Meanwhile Mr. Pradeep Bhattarai and Mr. Hari Karki had met the Dutch Nepal Support Group in the Netherlands for consultations about their and our work after the success of the movement. The Dutch Group decided to work under the same name. We had a meeting in Cologne where all participants agreed to form a permanent group. After our meeting with Prof. Mathura Prasad Shrestha we met again on 13th May to found our organization under the name of Human Rights Forum Nepal. On 19th May I held two seminars on recent developments in Nepal at the Suedasienbuero (South Asia Bureau) in Dortmund. The same day there was a Nepal Day organized by the German Nepalese Friendship Association in Bonn, where we had the chance to introduce our new organization to a forum of more than 100 Nepal interested participants. We had prepared a leaflet for this occasion and also had the chance to speak for our matter. Mr. Ram Pratap Thapa gave a summary of the events in Nepal. Then Mr. Rawal, who had come for this purpose from the Netherlands gave a very emotional report on the situation and circumstances. Later I had the opportunity to describe the role of monarchy before, during, and after the movement as well as the true face of Panchayat-System. I also explained the aim of our organization and that it was founded on the intention of the Forum for Protection of Human Rights. So far my report for today.

Please keep us informed about the developments in Nepal and also about your actions. Providing information will be one of our main tasks here in Germany. Many Greetings and best wishes

We wish you all the best and success for you work. Hoping to get into close cooperation and to hear from you

Yours

K.H. Kraemer

(chairman)

BRIEF AN PRAKASH KAFLE VOM 22.05.1990

Dear Mr. Kafle,

one month has passed since I wrote my first letter to you. I told you that we were planning to transform our Nepal Support Group into a permanent organization. All founding members of Nepal Support Group agreed with that. Only Ludmilla Tueting did not want to form a permanent group. She wanted to work further on as an action group under the name Nepal Watch. On 5th May we had the opportunity to meet Prof. Mathura Prasad Shrestha in Frankfurt at the airport as you know and we had a very warm hearted and informal talk with him for about four hours. He said that our support and also that of similar groups in other countries was a great help for the Nepalese people. Prof. Shrestha was very happy to hear that we had decided to extend our work for human rights in Nepal by founding a permanent organization instead of Nepal Support Group, which was only an action group grown out of the prevailing situation.

So we founded this new organization one week later on 13th May and named it Human Rights Forum Nepal. Our aim will be to work hand in hand with the human rights organizations in Nepal for the introduction of human rights under the new political system. We think that there is a chance now to avoid the excesses and corrupt practices that occurred under the Panchayat System, if there are human rights organizations to watch over the situation right from the beginning and report to the public in Nepal and abroad all violations and offences of the fundamental human rights common to mankind. And I have already written to you, that in my view also changes in the mind and social thinking and behaviour of many Nepalese people are necessary to bring human rights to all citizens.

The founding members of our organization are Shashi Rajbanshi, Pradeep and Radha Bhattarai, Ludwig Debuck, Ram Thapa, Hari and Hildegard Karki, Shanti Tsering and Lhakpa and Karl-Heinz Kraemer. During the founding session on 13th May the following persons have been elected into office:
Karl-Heinz Kraemer, Funkgasse 15, 5202 Hennef 1, Tel.: (0049) 02242/83657 (chairman)
Pradeep Kumar Bhattarai, Jülicher Str. 17, 5100 Aachen, Tel.: (0049) 0241/157936 (vice-chairman)
Ludwig Debuck, Donaust. 38, 4100 Duisburg, Tel.: (0049) 0203/763559 (treasurer)

We had the chance to introduce our organization on the occasion of a Nepal day organised by the German Nepalese Friendship Association in Bonn last Saturday. There we met Mr. Rawal from NEBA and gave him the chance to speak to the gathering. We from our side clearly pointed out the situation of democracy and human rights in Nepal. We had very good resonances and I think that we will be able to find support in broader sections of persons interested in Nepal here.

We are very hopeful to continue the close cooperation with you. As we already explained to Prof. Shrestha and to Mr. Rawal we regard ourselves as your partners here in Germany. And we will also try to get into contact to the organization of Mr. Rishikesh Shaha. But to work efficiently we need all kinds of information from your side. So please continue to send information material to our organization.

Please send your information to
HUMAN RIGHTS FORUM NEPAL

Funkgasse 15

5202 Hennef 1

Federal Republic of Germany

For FAX and TELETEX please use the address of Mr. Ram Thapa:

FAX (0049) 0221/137651 (att.Thapa)

TELETEX 2214201 Asia (att.Thapa)

We will inform you about all actions from our side. But for these actions we need quick and correct informations from Nepal. And these can only be provided by the human rights organizations there. You have sent us your newsletter and other materials on regular terms during the movement and Prof. Shrestha has promised to continue this flow of information. And I hope you will continue to do so. During the movement the BBC and other western media have reported a lot. But these media here only report as long as there are riots and casualties. So at the moment we don't get much information on the developments in Nepal.

I will give you a small report on the things we have done so far:
All the above mentioned founding members have spent a lot of time to support the movement for democracy and human rights in Nepal. After we met you and got the informations from you, we have sent letters to all Nepalese in Germany, whose addresses we had, and to some Germans. These have been about 100 Persons. We informed them about the events in Nepal and that we had formed a Nepal Support Group in

Germany. We got about 20-30 answers. Some people also sent money, so that we could pay for our expenses we had for paper, copies, stamps, etc. One important person, who answered was Mrs. Petra Kelly, MP of the Green Party. A Tibetan friend of mine was working in her office at that time. I worked out an extensive chronology of the events in Nepal and sent this together with a long background article on the development of democracy and human rights in Nepal to the office of Mrs. Kelly. She has distributed these articles among all members of the foreign political committee of the German parliament, of which she is a member herself. So far I don't know the results since the meetings of this committee are secret. Later I have published both my articles in a shorter version in the "Suedasien" journal. I have given one issue of this journal to Prof. Shrestha when I met him in Frankfurt. Meanwhile Mr. Pradeep Bhattarai and Mr. Hari Karki had met the Dutch Nepal Support Group in the Netherlands for consultations about their and our work after the success of the movement. The Dutch Group decided to work under the same name. We had a meeting in Cologne where all participants agreed to form a permanent group. After our meeting with Prof. Mathura Prasad Shrestha we met again on 13th May to found our organization under the name of Human Rights Forum Nepal. We have decided to make Prof. Mathura Prasad Shrestha honorary member of our organization. I will write a letter to him too, but please inform him about all I have written in advance. On 19th May I held two seminaries on recent developments in Nepal at the Suedasien-buero (South Asia Bureau) in Dortmund. The same day there was a Nepal Day organized by the German Nepalese Friendship Association in Bonn, where we had the chance to introduce our new organization to a forum of more than 100 Nepal interested participants. We had prepared a leaflet for this occasion and also had the chance to speak for our matter. Mr. Ram Thapa gave a summary of the events in Nepal. Then Mr. Rawal, who had come for this purpose from the Netherlands gave a very emotional report on the situation and circumstances. Later I had the opportunity to describe the role of monarchy before, during, and after the movement as well as the true face of Panchayat-System. I also explained the aim of our organization and that it was founded on the intention of the Forum for Protection of Human Rights. So far my report for today. We were very sorry to hear from Mr. Rawal that you have been in the Netherlands and could not meet us. Next time you must also meet the German group, please.

Please keep us informed about the developments in Nepal and also about your actions. Providing information will be one of our main tasks here in Germany. Many Greetings and best wishes

Yours sincerely

Karl Heinz Kraemer

(chairman)

ANTWORTSCHREIBEN VON PRAKASH KAFLE VOM 03.06.1990

Dear Sir,

We are glad to know that you had a meeting with Dr. Mathura Prasad Shrestha. Dr. Shrestha told us that the meeting remained fruitful and he wishes to thank all of you once again.

Prof. Mathura Prasad Shrestha has accepted to be an honorary member of your organization.

I am sad to say that I could not see you even though I came as near as the Netherlands. I had to come back from the Netherlands as my friends here called me back to attend the urgent tasks of the Forum for Protection of Human Rights. Our work of providing relief assistance to the victims is going on in full swing. It was also because of this that I had to shorten my visit.

At present the Forum for Protection of Human Rights is demanding with the government to take legal actions against those who took part in the violation of human rights and those who assisted in torturing the victims of the movement. In this context it would be a great help to our future work if you could put pressure on the government by writing letters requesting to take legal action against the offenders. Forum for Protection of Human Rights is planning to publish an album of the pictures taken during the recent democratic movement. We shall send copies when it will come out.

We could not be regular in publishing the newsletter and bulletin because of preoccupation in systematizing our office work. Finally we should like to express our sincere goodwill for the progress of Human Rights Forum Nepal which you have formed there.

We are eagerly looking forward to hearing from you.

Yours sincerely

Prakash Kafle

General Secretary, FOPHUR

BRIEF AN PRAKASH KAFLE VOM 08.06.1990

Dear Mr. Prakash Kafle,

thank you very much for your letter, which I received two days ago. It is a great honour for me that you have integrated some of my ideas into your plans of a new constitution. But of course other people might have had the same ideas.

I hope meanwhile you have got my letter, in which I informed you about our new organization, Human Rights Forum Nepal. Please keep in contact with us and send us up-to-date information. For the moment we can only publicize information here in Germany and write about our ideas to you, but as soon as we are fully registered as an organization, we will also try to provide financial support to the human rights organizations in Nepal.

This month again at least 5 articles will be published in German journals from our side. But I write this letter also, because I want to ask you to send photos from Nepal. So far we only have those three photos you gave us during our meeting in Cologne and we took some photos, when we met Prof. Mathura. But when we write articles for journals they always ask for new photos. So please send us more photos from the time of the movement as well as from after the movement. Also photos from personalities and from human rights events of all kinds are wellcome. And please mention on the back of each photo the date, the event and the persons (if possible). It would be a great help for our work, if you could send photos on regular terms, too.

Many thanks in advance and my best greetings

Yours

Karl-Heinz Kraemer
(chairman)

ANTWORTSCHREIBEN VON PRAKASH KAFLE VOM 18.06.1990

Dear Karl Heinz Kraemer,

we received your letter dated June 8, 1990. We are happy to learn that you have opened Human Rights Forum Nepal which we hope will be of great help for the expansion of our work. We have been sending publications to all our friends at home and abroad. We enclose a copy of "FOPHUR and Pro-Democracy Movement" and the "Newsletter" which is published in 15 days time.

It is a matter of pleasure that you are planning to bring out journals with articles about Nepal. For that purpose we have sent three photographs about the recent democratic movement. We hope you will find it interesting.

Yours sincerely

Prakash Kafle
General Secretary FOPHUR

BRIEF AN FRAU PETRA KELLY, MDB, VOM 09.06.1990

Liebe Frau Kelly,

bitte entschuldigen Sie, daß ich mich erst so spät melde, aber die Situation in Nepal hat sich ja zwischenzeitlich etwas entspannt und ich hatte dennoch wahnsinnig Streß in den letzten drei Monaten.

Ich möchte mich zunächst ganz herzlich bei Ihnen für Ihr Engagement bedanken. Sie waren die einzige Bundestagsabgeordnete, die auf unseren Aufruf, damals noch unter dem Namen Nepal Support Group Germany, geantwortet hat, aber das kenne ich ja auch schon von Ihnen u.a. in Sachen Tibet. Ich hatte Ihnen damals auf dem Höhepunkt der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung eine ausführliche Chronologie und einen Hintergrundartikel zugeschickt, den Sie, wie mir Tsewang mitteilte, kopiert und an die übrigen Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses verteilt haben. Tsewang sagte mir auch, daß Sie das Thema Nepal auch in diesem Ausschuß zur Sprache bringen wollten. Es würde mich brennend interessieren, was dabei herausgekommen ist.

Wir haben unsere damals auf Bitte des nepalischen "Forum for Protection of Human Rights (FOPHUR)" gegründete Aktionsgruppe, "Nepal Support Group", zwischenzeitlich in einen richtigen Verein unter dem Namen "Human Rights Forum Nepal" umgewandelt. In der Vergangenheit war es uns leider nicht geglückt, unser Anliegen über die bereits bestehenden Vereine, die sich mit Nepal beschäftigen, in die Öffentlichkeit tragen zu können. Man hat sich stets geäußert, politische Äußerungen irgendwelcher Art von sich zu geben. Unsere guten Kontakte zur nepalischen Menschenrechtsorganisation FOPHUR im Verlauf der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung vom Frühjahr haben uns in unserer Auffassung bestärkt, endlich selbst etwas tun zu müssen. Prof. Mathura Prasad Shrestha, der Vorsitzende von FOPHUR und heutige nepalische Gesundheitsminister, hat uns im Verlauf eines Treffens am 5. Mai dringend gebeten, unsere Arbeit fortzusetzen, und auch die Ereignisse seit Einsetzung der Übergangsregierung in Nepal bestärken die Notwendigkeit.

Leider waren am Anfang einige bürokratische Dinge zu erledigen: Das Finanzamt Siegburg hat unsere Satzung bereits mündlich gebilligt. Der schriftliche "Vorläufige Anerkennungsbescheid" soll in 1-2 Wochen folgen. Die Eintragung ins Vereinsregister wird zur Zeit angestrebt. Erst danach können wir im Namen unseres Vereins ein Konto eröffnen und Organisationen und Privatpersonen um spendenbegünstigte Unterstützung bitten. Dann soll auch eine allgemeine Mitgliederversammlung abgehalten werden, um unsere weitere Arbeit gemeinsam auszudiskutieren.

Wir haben uns die Organisation unseres Vereins so vorgestellt, daß diejenigen, die als Ansprechpartner mitwirken möchten, in den Beirat des Vereins aufgenommen werden. Sie erhalten verstärkt alle uns zukommenden Informationen, leiten diese an die in ihrem näheren Wohngebiet ansässigen Mitglieder weiter und führen eigenverantwortliche Aktionen in Absprache mit dem Vorstand durch. Wenn die Sache einmal richtig läuft, sollen in unregelmäßigen Abständen Informationen in Form von Rundbriefen an alle Mitglieder verschickt werden.

Wir haben z.Z. die Möglichkeit, regelmäßig Informationen über die Situation in Nepal und die weitere Entwicklung in der vom Südasien-Büro in Dortmund herausgegebenen Zeitschrift "Südasien" zu publizieren. Auch im nächsten Heft der Zeitschrift "Blätter des IZ3W", die vom Informationszentrum Dritte Welt in Freiburg herausgegeben wird, ist ein Artikel enthalten. Wir wollen unsere Informationen aber auch gezielt in alle Regierungsstellen, Behörden und Organisationen einfließen lassen, die in irgendeiner Weise mit Nepal zu tun haben.

Doch neben der Informationsverbreitung können wir auch gezielt an einer Verwirklichung der Menschenrechte in Nepal mitarbeiten. Das ist nur durch eine enge Zusammenarbeit mit den nepalischen Menschenrechtsorganisationen möglich. Mit FOPHUR haben wir schon länger gute Kontakte, und deren Generalsekretär, Prakash Kafley, hat mir in einem Brief vom 25. Mai mitgeteilt, daß er unsere Anregungen aufgegriffen und in die Überlegungen zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung eingebracht hat. Herrn Rishikesh Shaha, dem Vorsitzenden der anderen großen nepalischen Menschenrechtsorganisation, der "Human Rights Organization of Nepal (HURON)" haben wir die gleiche enge Zusammenarbeit angeboten; seine Antwort steht noch aus.

Ich möchte Ihnen einen kurzen Überblick über unsere bisherigen Aktivitäten geben: Am 16. März trafen sich einige der Gründungsmitglieder in Köln mit Prakash Kafley, dem Generalsekretär von FOPHUR. Auf seine Veranlassung wurde zur Unterstützung der Bewegung in Nepal die "Nepal Support Group Germany" gegründet. Wir erhielten in der Folge umfangreiches Informationsmaterial von FOPHUR und schickten über 100 Briefe an alle Nepali in Deutschland und an einige Deutsche, darunter auch einige Politiker. Etwa dreißig Personen haben geantwortet; einige schickten auch etwas Geld, mit dem wir unsere Ausgaben decken konnten. Meine Artikel, die ich Ihnen damals zugeschickt habe, habe ich später in gekürzter Form in der Zeitschrift "Südasien" veröffentlicht. Nach dem Ende der Demokratiebewegung hat Ram Thapa FOPHUR im Namen unserer Gruppe telegraphisch beglückwünscht. Ich habe meinerseits am 22. April einen längeren Brief an Herrn Kafley geschrieben, in welchem ich persönliche Gedanken zur ganzen Problematik von Verfassung und Menschenrechten in Nepal vorgetragen habe. Dieser Brief hat offensichtlich ein sehr gutes Echo gefunden, wurde ins Nepali übersetzt und in einer Zeitung veröffentlicht, und die Anregungen wurden, wie mir Prakash Kafley jetzt mitteilte, von FOPHUR vorrangig in die Verfassungsarbeit mit eingebracht. Hari Karki und Pradeep Bhattarai nahmen an einem Treffen der ebenfalls auf Veranlassung von Prakash Kafley gegründeten holländischen Nepal Support Group in Nijmegen teil zwecks Absprache über das weitere Vorgehen. Anschließend traf sich unsere deutsche Gruppe in Köln und wir beschlossen, die Arbeit als rechtsfähiger Verein fortzusetzen. Am 5. Mai trafen wir uns in Frankfurt zu einem mehrstündigen Gespräch mit Prof. Mathura Prasad Shrestha, dem Vorsitzenden von FOPHUR und heutigen Gesundheitsminister, der uns alle ganz tief beeindruckt hat. Prof. Shrestha betonte die große Unterstützung der Bewegung gerade aus Deutschland und bat uns eindringlich, unsere Arbeit fortzusetzen. Er führte zahlreiche Beispiele auf, die belegten, wie schwierig die Situation in Nepal immer noch ist und wie dringend Information auch bei uns erforderlich ist, wo die Medien nun nicht mehr über Nepal berichten, da es ja keine Toten und Verletzten mehr gibt. Daher gründeten wir am 13. Mai das Human Rights Forum Nepal als Verein. Bereits am 19. Mai konnten wir unseren Verein vorstellen. Ich hatte die Gelegenheit, morgens in Dortmund einen Vortrag über die Lage in Nepal zu halten. Am gleichen Tag fand in Bonn der Nepal-Tag der Deutsch-Nepalischen Gesellschaft statt, wo wir ein Informationsblatt verteilten und auch selbst die Möglichkeit hatten zu sprechen. Ram Thapa informierte über die Ereignisse, Herr Rawal, ein Vertreter der nepalischen Anwaltsvereinigung (NEBA), trug sehr emotional die Anliegen des nepalischen Volkes vor und ich hatte die Möglichkeit, einen Blick auf die Rolle der Monarchie zu werfen. Die gute Resonanz bestärkt uns in unserer Überzeugung, daß wir uns auf dem richtigen Weg befinden.

Weitere Informationen können Sie den beigefügten Anlagen entnehmen:

Kopien der vorläufigen Satzung, des Protokolls der Gründungsversammlung, meines Schreibens an Prakash Kafley (FOPHUR) vom 22. April und seine Antwort, ein Auszug aus unserem Gespräch mit Prof. Mathura P. Shrestha, eine von mir gefertigte Übersetzung eines Interviews mit Padma Ratna Tuladhar, einem führenden Mitglied von United Left Front und FOPHUR, und ein Entwurf eines Artikels für "Südasien 6/90" zur aktuellen Lage.

Dann möchte ich noch ein anderes Problem ansprechen, mit dem ich im Augenblick zu kämpfen habe. Ich arbeite schon seit etwa eineinhalb Jahren an einem Buch zum Thema Demokratie und Menschenrechte in Nepal. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen habe ich dieses Buch jetzt forciert zum Abschluß gebracht und bemühe mich, einen Verleger zu finden. Ich hätte ganz gern eine Veröffentlichung in der Reihe rororo-aktuell gesehen, in der Sie und Herr Bastian ja auch das Buch über Tibet veröffentlicht haben. Ich bin mir natürlich bewußt, daß es schwierig ist, einen Verleger für ein derart ausgefallenes Thema wie Nepal zu finden, aber deswegen müssen diese Dinge doch zur Sprache gebracht werden. Ich hätte daher auch verstanden, wenn der Rowohlt-Verlag seine Absage allein mit zu geringen zu erwartenden Verkaufszahlen begründet hätte. Wenn die rororo-Redaktion mir jetzt aber mitteilt, daß Themen zur deutsch-deutschen Entwicklung Vorrang vor solchen zur sogenannten Dritten Welt hätten, dann erschüttert mich das sehr. Mir klingt da nämlich noch immer so etwas die Zusicherung der Bundesregierung im Ohr, der Dritten Welt wür-

den keine Nachteile aus den derzeitigen politischen Entwicklungen in Europa erwachsen. Wie an unserem Verein ersichtlich ist, gibt es in Deutschland auch noch Menschen, die mindestens genauso viel oder, ehrlich gesagt, noch mehr an der Situation und weiteren Entwicklung in Nepal interessiert sind. Die Lage in Nepal ist sehr schwierig, und wir dürfen da nicht schweigen. Vielleicht können Sie mir einen Rat geben, wie ich das Buch am besten veröffentlichen kann. Ich habe bereits vor einigen Jahren einmal ein kleines Buch zum Thema Nepal über einen Verlag in Sankt Augustin publiziert. Das ist damals allerdings sehr schlecht verkauft worden, weil einfach zu wenig auf die Publikation aufmerksam gemacht wurde. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie mir einen Tip geben könnten. Sollte es zu einem Erlös kommen, so soll der in die Arbeit der nepalischen Menschenrechtsorganisationen einfließen.

Mit den besten Grüßen

Karl-Heinz Krämer

(Vorsitzender)

BRIEF AN PROF.DR.MATHURA PRASAD SHRESTHA, GESUNDHEITSMINISTER UND VORSITZENDER VON FOPHUR, VOM 14.06.1990

Dear Prof. Shrestha,

more than one month has passed since we met you at the airport in Frankfurt. For all of us the discussions with you have been very impressive. I must beg your pardon, that we forgot the time while we sat together with you talking about Nepal's past and future. So you were tired and hungry when we left you at midnight. We should have invited you for dinner. But all you told us was so interesting, that we forgot everything else. So next time when you come to Germany you must be our guest.

I have written a letter to Prakash Kafley some weeks ago. Maybe he has already informed you. You said on our meeting, that our support during the movement and also that of similar groups in other countries was a great help for the Nepalese people. You were very happy to hear that we had decided to extend our work for human rights in Nepal by founding a permanent organization instead of Nepal Support Group, which was only an action group grown out of the prevailing situation.

So we founded this new organization one week later on 13th May and named it Human Rights Forum Nepal. Our aim will be to work hand in hand with the human rights organizations in Nepal for the introduction of human rights under the new political system. We think that there is a chance now to avoid the excesses and corrupt practices that occurred under the Panchayat System, if there are human rights organizations to watch over the situation right from the beginning and report to the public in Nepal and abroad all violations and offences of the fundamental human rights common to mankind. And I have already written to you, that in my view also changes in the mind and social thinking and behaviour of many Nepalese people are necessary to bring human rights to all citizens.

The founding members of our organization are Shashi Rajbanshi, Pradeep and Radha Bhattarai, Ludwig Debuck, Ram Thapa, Hari and Hildegard Karki, Shanti Tsering and Lhakpa and Karl-Heinz Kraemer. During the founding session on 13th May the following persons have been elected into office:

Karl-Heinz Kraemer, Funkgasse 15, 5202 Hennef 1, Tel.: (0049) 02242/83657 (chairman)

Pradeep Kumar Bhattarai, Jülicher Str. 17, 5100 Aachen, Tel.: (0049) 0241/157936 (vice-chairman)

Ludwig Debuck, Donaustr. 38, 4100 Duisburg, Tel.: (0049) 0203/763559 (treasurer)

We have decided to make you honorary member of our organization. We hope very much, that you accept this offer. It would be a great honour for us and our organization as well as a stimulus for our future work.

We have offered our cooperation also to Mr. Rishikesh Shaha and his Human Rights Organization of Nepal, but he did not answer so far. Of course I understand, that all of you are very busy in this period of transition in Nepal. I think our present task will be to provide information about the situation and developments in Nepal after the movement to the public, government and organizations here in Germany and to introduce our ideas and recommendations into the discussion of human rights and constitutional planning in Nepal. Prakash Kafley's short letter from 25th May is a hint, that we are on the right way. But to fulfil our task of providing information we ourselves need immediate information about all developments and considerations in Nepal. I have written a number of articles during the past months. I gave you one copy when we met you in Frankfurt. And I want to go on with this practice. But the main information I get at the moment is from Nepal Press Digest. So I need other sources of information, too. Most of all I need photos, because the publishers of the journals always ask for relevant photos. So please ask Prakash or other members of FOPHUR again to send such material to us. And please tell this also to Mr. Rishikesh Shaha, Dr. Devendra Raj Pandey and other Persons of HURON.

I will give you a small report on the things we have done so far:

All the above mentioned founding members have spent a lot of time to support the movement for democracy and human rights in Nepal. After we met Prakash on 16th March in Cologne and got the informations from him, we have sent letters to all Nepalese in Germany, whose addresses we had, and to some Germans. These have been more than 100 Persons. We informed them about the events in Nepal and that we had formed a Nepal Support Group in Germany. We got about 20-30 answers. Some people also sent money, so that we could pay for our expenses we had for paper, copies, stamps, etc. One important person, who answered

was Mrs. Petra Kelly, MP of the Green Party. A Tibetan friend of mine was working in her office at that time. I worked out an extensive chronology of the events in Nepal and sent this together with a long background article on the development of democracy and human rights in Nepal to the office of Mrs. Kelly. She has distributed these articles among all members of the foreign political committee of the German parliament, of which she is a member herself. Later I have published both my articles in a shorter version in the "Suedasien" journal. I have given one issue of this journal to you when we met you in Frankfurt. Meanwhile Mr. Pradeep Bhattarai and Mr. Hari Karki had met the Dutch Nepal Support Group in the Netherlands for consultations about their and our work after the success of the movement. The Dutch Group decided to work under the same name. We had a meeting in Cologne where all participants agreed to form a permanent group. After our meeting with you we met again on 13th May to found our organization under the name of "Human Rights Forum Nepal". On 19th May I held two seminars on recent developments in Nepal at the Suedasienbuero (South Asia Bureau) in Dortmund. The same day there was a Nepal Day organized by the German Nepalese Friendship Association in Bonn, where we had the chance to introduce our new organization to a forum of more than 100 Nepal interested participants. We had prepared a leaflet for this occasion and also had the chance to speak for our matter. Mr. Ram Thapa gave a summary of the events in Nepal. Then Mr. Rawal, who had come for this purpose from the Netherlands gave a very emotional report on the situation and circumstances. Later I had the opportunity to describe the role of monarchy before, during, and after the movement as well as the true face of Panchayat-System. I also explained the aim of our organization and that it was founded on the intention of the Forum for Protection of Human Rights. After this meeting some persons have become members of our organization. So we have representatives in many parts of Germany now. Other articles will be published during the next weeks, among them a report about our talks with you in Frankfurt by Pradeep Bhattarai and an interview with Padma Ratna Tuladhar, recorded by a friend of mine in Bangkok on 12th May. I also have written another letter to Mrs. Kelly, MP. I hope she will extend her support for human rights in Nepal.

So far my report for today. Best wishes and many greetings also to Prakash, Mr. Ramananda Prasad Singh and other members of FOPHUR.

Yours

Karl Heinz Krämer

(chairman)

**BRIEF AN DIE CONSTITUTION RECOMMENDATIONS COMMISSION,
KATHMANDU, VOM 24.06.1990**

Dear Sirs,

we are an organization founded in March on the intention of Mr. Prakash Kafley, general secretary of the Forum for Protection of Human Rights (FOPHUR), to support the movement for democracy and human rights in Nepal. Our members are Nepali living in Germany, their families and some German friends, who love the country and want to support the Nepalese people.

As we are very concerned about the constitutional future of Nepal at this turning point of history we would like to inform you about our ideas that should be incorporated into your planning.

We are a human rights organization and so we are interested to see all Nepalese people sharing human rights. Nepal is a multi-ethnic and multi-religious society and the people should be proud of this fact. This is a special phenomenon of Nepalese culture. In such a society all people can only share equal rights, if the constitution and the subordinate laws are of secular character. This means that it must be a prerogative of all constitutional planning, that Nepal stops to be a Hindu-State. It is a special aspect of a Hindu-State to have a monarch with absolute powers. If you want a constitutional monarchy with all powers in the hands of the people and with equal rights for all citizens irrespective of religion, race, sex, ethnic group etc., then Nepal must become a secular state.

Cases of torture, discrimination of all kinds, violation of human rights and destruction of the environment must be avoided. The freedom of speech and press must be guaranteed and the rights of all ethnic groups, of today's so-called suppressed classes, of prisoners, minors and women must be respected and the nature as a fundamental human right be protected. And it should be established in the constitution that there is no death penalty in Nepal.

This are some aspects we think to be very important for Nepal's future. Please take them into consideration in connection with your constitutional planning.

With kindly regards

Karl Heinz Kraemer

(chairman)

**BRIEF AN PREMIERMINISTER KRISHNA PRASAD BHATTARAI VOM
24.06.1990**

Your Excellency,

please let me shortly introduce our organization. We have been founded on the intention of Mr. Prakash Kafley, general secretary of the Forum for Protection of Human Rights, on 16th March as the so-called "Nepal Support Group Germany". Our aim was to provide information about the events in Nepal and their background to government, organizations and the public in Germany. After the success of the movement we had a meeting in Frankfurt with Prof. Dr. Mathura Prasad Shrestha, who is now an honorary member of our organization, after which we transformed our group into a registered organization under the name "Human Rights Forum Nepal". Our members are Nepali living in Germany, their families and some German friends, who are interested in the fate of the Nepalese people.

With great concern we are watching your efforts and that of other political parties and organizations to lead Nepal to a new era of democracy and respect of human rights. Everybody knows, that this is a very difficult task for all of you under the prevailing circumstances. But after some weeks of apparent stagnation the work for a new Nepal is going on now with faster speed. At this time of transition it is essential that freedom of press and speech do exist in the country. So even minorities and suppressed groups of society can bring their worries and wishes forward. Critique and exchange of ideas can only be fruitful for an effective political work.

I have included the copy of a letter that I have written to the Constitution Recommendations Commission. We think that the aspects mentioned in that letter are of fundamental importance for the future of the whole Nepalese Society. You want to introduce democracy as the basis of equal human rights for all Nepalese citizens. As Nepal is a multi-ethnic and multi-religious society you should keep religion out of the constitution. Else equality is not possible. So far Nepal has been declared a Hindu-State, because the politically and economically dominant families of the country have been Hindus for centuries. The effect of this has been the discrimination of many sections of society like ethnic groups, Buddhists, Muslims, lower castes, the Madhise population and also the women, as these groups are regarded as being of lower status than high caste Hindu males, who have been the founders and upholders of this kind of social law.

And there is still another argument for a secular state. The King could only become an absolute monarch, because Nepal had been declared a Hindu-State. The absolute monarch is a special phenomenon of the Hindu-State as you can read in the ancient political Hindu scriptures. So if you want Nepal to become a constitutional monarchy you must give it a secular constitution.

We are sure that you know about this and that you will take it into your considerations. But in this state of transition, when many conservative elements are raising their voices for the retention of the Hindu-State, we as the Human Rights Forum Nepal take it for our duty to bring our point of view to the public.

Then we still have another demand. There are so many persons who took part in the violation of human rights or who assisted in torturing the victims of the movement. We know that there have been problems with the investigation commission, but you are in office now for more than two months. Many cases are quite clear and well known. You should take legal action against these offenders immediately. This would also help to improve the law and order situation in the country.

We are eagerly looking forward to hear about your decisions

Yours sincerely

Karl Heinz Kraemer

(chairman)

**BRIEF AN S.E. DR. MARTIN SCHNELLER, BOTSCHAFTER DER
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND IN NEPAL, VOM 24.06.1990**

Eure Exzellenz,

ich möchte Ihnen unsere Organisation vorstellen, die im Verlauf der nepalischen Demokratie- und Menschenrechtsbewegung auf Veranlassung des Forum for Protection of Human Rights (FOPHUR) in Deutschland gegründet wurde.

Unsere Mitglieder sind in Deutschland lebende Nepali, ihre Ehepartner und einige an Nepal und dem Schicksal des nepalischen Volkes interessierte Deutsche. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, die Arbeit der nepalischen Menschenrechtsorganisationen zu unterstützen, die sich um eine politische Ordnung bemühen, in der Folter, alle Arten von Diskriminierung, Verletzungen der Menschenrechte und die Zerstörung der Umwelt vermieden werden. Rede- und Pressefreiheit müssen in Zukunft garantiert und die Rechte aller ethnischen Gruppen, der Gefangenen, der Jugendlichen und der Frauen beachtet und die Natur als menschliches Grundrecht geschützt werden.

Prof. Mathura Prasad Shrestha, der Vorsitzende von FOPHUR und heutige Gesundheitsminister, der Ehrenmitglied unseres Vereins ist, hat die besondere Bedeutung der Unterstützung aus dem Ausland für seine Organisation betont. Wir sehen unsere Aufgabe insbesondere in einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit unter Ausnutzung der Medien, Informierung von Regierung und Organisationen in Deutschland, enger Zusammenarbeit und Informationsaustausch mit den nepalischen und internationalen Menschenrechtsorganisatio-

nen, Kontakten zu allen in Deutschland lebenden Nepali und Freunden Nepals, die an einer Zusammenarbeit interessiert sind, sowie Gedankenaustausch mit den in Nepal tätigen deutschen und internationalen Hilfsorganisationen und den auf Nepal bezogenen Vereinen in Deutschland und anderen europäischen Ländern. Doch neben der Informationsverbreitung können wir auch gezielt an einer Verwirklichung der Menschenrechte in Nepal mitarbeiten. Das ist nur durch eine enge Zusammenarbeit mit den nepalischen Menschenrechtsorganisationen möglich. Mit FOPHUR haben wir schon länger gute Kontakte, und deren Generalsekretär, Prakash Kafle, hat mir in einem Brief vom 25. Mai mitgeteilt, daß er unsere Anregungen aufgegriffen und in die Überlegungen zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung eingebracht hat. Herrn Rishikesh Shaha, dem Vorsitzenden der anderen großen nepalischen Menschenrechtsorganisation, haben wir die gleiche enge Zusammenarbeit angeboten; seine Antwort steht noch aus.

Abschließend noch ein kurzer Überblick über unsere bisherigen Aktivitäten: Am 16. März trafen sich einige der Gründungsmitglieder in Köln mit Prakash Kafle, dem Generalsekretär von FOPHUR. Auf seine Veranlassung wurde zur Unterstützung der Bewegung in Nepal eine "Nepal Support Group Germany" gegründet. Wir erhielten in der Folge umfangreiches Informationsmaterial von FOPHUR und schickten etwa 100 Briefe an alle Nepali in Deutschland und an einige Deutsche. Einige Personen schickten auch etwas Geld, mit dem wir unsere Ausgaben decken konnten. Eine der prominentesten Personen, die uns geantwortet hat, war Frau Petra Kelly, MdB. Ich habe eine umfangreiche Chronologie der Ereignisse und einen Hintergrundartikel verfaßt und an Frau Kelly geschickt. Diese hat Kopien an alle Mitglieder des auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages verteilt. Meine Artikel habe ich später in gekürzter Form in der Zeitschrift "Südasiens" veröffentlicht. Nach dem Ende der Demokratiebewegung hat Ram Thapa FOPHUR im Namen unserer Gruppe telegraphisch beglückwünscht. Ich habe meinerseits am 22. April einen längeren Brief an Herrn Kafle geschrieben, in welchem ich persönliche Gedanken zur ganzen Problematik von Verfassung und Menschenrechten in Nepal vorgetragen habe. Dieser Brief hat offensichtlich ein sehr gutes Echo gefunden, wurde ins Nepali übersetzt und in einer Zeitung veröffentlicht, und die Anregungen wurden, wie mir Prakash Kafle jetzt mitteilte, von FOPHUR vorrangig in die Verfassungsarbeit mit eingebracht. Hari Karki und Pradeep Bhattarai nahmen an einem Treffen der ebenfalls auf Veranlassung von Prakash Kafle gegründeten holländischen Nepal Support Group in Nijmegen teil zwecks Absprache über das weitere Vorgehen. Anschließend traf sich unsere deutsche Gruppe in Köln und wir beschlossen, die Arbeit als rechtsfähiger Verein fortzusetzen. Am 5. Mai trafen wir uns in Frankfurt zu einem mehrstündigen Gespräch mit Prof. Mathura Prasad Shrestha, der uns alle ganz tief beeindruckt hat. Prof. Shrestha betonte die große Unterstützung der Bewegung gerade aus Deutschland und bat uns eindringlich, unsere Arbeit fortzusetzen. Er führte zahlreiche Beispiele auf, die belegten, wie schwierig die Situation in Nepal immer noch ist und wie dringend Information auch bei uns erforderlich ist, wo die Medien nun nicht mehr über Nepal berichten, da es keine Toten und Verletzten mehr gibt. Daher gründeten wir am 13. Mai das Human Rights Forum Nepal als Verein. Bereits am 19. Mai konnten wir unseren Verein vorstellen. Ich hatte die Gelegenheit, morgens in Dortmund einen Vortrag über die Lage in Nepal zu halten. Am gleichen Tag fand in Bonn der Nepal-Tag der Deutsch-Nepalischen Gesellschaft statt, wo wir ein Informationsblatt verteilten und auch selbst die Möglichkeit hatten zu sprechen. Ram Thapa informierte über die Ereignisse, Herr Rawal, ein Vertreter der nepalischen Anwaltsvereinigung (NEBA), trug sehr emotional die Anliegen des nepalischen Volkes vor und ich hatte die Möglichkeit, einen Blick auf die Rolle der Monarchie zu werfen. Die gute Resonanz bestärkte uns in unserer Überzeugung, daß wir uns auf dem richtigen Weg befinden. Danach wurden die Formalitäten angekurbelt (Finanzamt, Notar) und die Organisationen in Nepal angeschrieben. Von FOPHUR liegen bereits zwei Antwortschreiben vor. In Zeitschriften wurden mehrere Artikel veröffentlicht. Wiederholt haben sich auch Einzelpersonen mit Informationswünschen an uns gewandt. Vor wenigen Tagen erhielten wir einen Brief von FOPHUR, in welchem man uns bat, einen Brief an Premierminister K.P. Bhattarai zu schicken und ihn zu drängen, endlich gerichtliche Maßnahmen gegen jene Personen einzuleiten, die nachweislich an Menschenrechtsverletzungen beteiligt waren. Ich habe daher heute einen entsprechenden Brief an den Premierminister geschrieben. In Anbetracht der auf den 4. Juli festgesetzten Einbringungsfrist für Vorschläge zur neuen Verfassung habe ich die uns von menschenrechtlicher Seite besonders wichtig erscheinenden Aspekte in einem Brief an die Constitution Recommendations Commission aufgeführt und diese Aspekte auch noch einmal Premierminister K.P. Bhattarai nahegelegt.

Wir würden gerne mit Ihnen als der offiziellen deutschen Kontaktstelle in Nepal zusammenarbeiten und werden Sie gerne über alle unsere Schritte und Schreiben informieren. Zu Ihrer ersten Information sind unsere Vereinsatzung, eine Liste der Funktionsträger sowie Kopien meiner Briefe an Prakash Kafle (incl. dessen Antwort), Premierminister Krishna Prasad Bhattarai und die Constitution Recommendations Commission als Anlage beigefügt. Wir freuen uns über eine Antwort von Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen

Karl Heinz Krämer
(Vorsitzender)

Ram Pratap Thapa

Brief an Prakash Kafle vom 25.06.1990

Dear Mr. Kafle,

thank you very much for your letter, which I received some days ago. We have written letters to the Constitution Recommendation Commission as well as to Primeminister Krishna Prasad Bhattarai. In these letters we have mentioned some of our ideas for the constitutional planning and we have asked to

include them into their considerations for a new constitution. In our letter to the Primeminister we have also mentioned the problem of taking legal action against the offenders of human rights during and before the movement as you have asked us to do. I have included copies of both these letters.

Yours

Karl-Heinz Kraemer

(chairman)

BRIEF AN BUNDESAUSSENMINISTER GENSCHER VOM 25.06.1990

Sehr geehrter Herr Minister Genschler,

ich möchte Sie auf einige Probleme in Nepal aufmerksam machen, die uns sehr am Herzen liegen und Ihnen bei dieser Gelegenheit unsere Organisation vorstellen, die im Verlauf der jüngsten nepalischen Demokratie- und Menschenrechtsbewegung auf Veranlassung des nepalischen Forum for Protection of Human Rights (FOPHUR) in Deutschland gegründet wurde.

Unsere Mitglieder sind in Deutschland lebende Nepali, ihre Ehepartner und einige an Nepal und dem Schicksal des nepalischen Volkes interessierte Deutsche. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, die Arbeit der nepalischen Menschenrechtsorganisationen zu unterstützen, die sich um eine politische Ordnung bemühen, in der Folter, alle Arten von Diskriminierung, Verletzungen der Menschenrechte und die Zerstörung der Umwelt vermieden werden. Rede- und Pressefreiheit müssen in Zukunft garantiert und die Rechte aller ethnischen Gruppen, der Gefangenen, der Jugendlichen und der Frauen beachtet und die Natur als menschliches Grundrecht geschützt werden.

Prof. Mathura Prasad Shrestha, der Vorsitzende von FOPHUR und heutige Gesundheitsminister, der Ehrenmitglied unseres Vereins ist, hat die besondere Bedeutung der Unterstützung aus dem Ausland für seine Organisation betont. Wir sehen unsere Aufgabe insbesondere in einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit unter Ausnutzung der Medien, Informierung von Regierung und Organisationen in Deutschland, enger Zusammenarbeit und Informationsaustausch mit den nepalischen und internationalen Menschenrechtsorganisationen, Kontakten zu allen in Deutschland lebenden Nepali und Freunden Nepals, die an einer Zusammenarbeit interessiert sind, sowie Gedankenaustausch mit den in Nepal tätigen deutschen und internationalen Hilfsorganisationen und den auf Nepal bezogenen Vereinen in Deutschland und anderen europäischen Ländern. Doch neben der Informationsverbreitung können wir auch gezielt an einer Verwirklichung der Menschenrechte in Nepal mitarbeiten. Das ist nur durch eine enge Zusammenarbeit mit den nepalischen Menschenrechtsorganisationen möglich. Mit FOPHUR haben wir schon länger gute Kontakte, und deren Generalsekretär, Prakash Kafle, hat mir in einem Brief vom 25. Mai mitgeteilt, daß er unsere Anregungen aufgegriffen und in die Überlegungen zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung eingebracht hat. Herrn Rishikesh Shaha, dem Vorsitzenden der anderen großen nepalischen Menschenrechtsorganisation, der Human Rights Organization of Nepal (HURON), haben wir die gleiche enge Zusammenarbeit angeboten; seine Antwort steht noch aus.

Nach dem Erfolg der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung, der sich in in der Wiederzulassung politischer Parteien, der Einsetzung einer Übergangs-Parteienregierung und der allmählichen Bereitschaft des Königs zu einer konstitutionell-monarchischen Rolle äußerte, besteht erstmals in Nepal die Chance zu einer wirklichen Demokratie, in der alle Menschen die gleichen Rechte genießen können. Der Weg zu diesem Ziel ist ein weiter, gilt es doch, neben einer Veränderung der Gesetze auch einen tiefgreifenden Wandel in den Denk- und Verhaltensweisen der Menschen herbeizuführen. Dieser Wandel muß auf jeden Fall vom nepalischen Volk selbst ausgehen; er darf nicht von außen herangetragen werden, und daher braucht Nepal Zeit.

Es ist aber unbedingt notwendig, daß jetzt, wo innerhalb kürzester Zeit eine neue Verfassung geschaffen werden soll, die Weichen in die richtige Richtung gestellt werden. All jene Kräfte, welche die alte Ordnung der absoluten Monarchie mit dem die Menschenrechte mißachtenden und das Volk vielfach unterdrückenden Panchayat-System aufrechterhalten haben, sind nach wie vor stark und einflußreich. Sie versuchen durch irreführende Schlagworte den konstitutionellen Wandel so gering wie möglich zu halten.

Nepal ist ein Vielvölkerstaat, in dem zahlreiche ethnische Gruppen und Menschen unterschiedlicher Religionszugehörigkeit zusammenleben. In einem solchen Staat können gleiche Rechte nur dann allen Menschen zuteil werden, wenn die Religion außen vor gelassen wird. Wenn Nepal wirkliche Demokratie und die Gleichheit aller Bürger erreichen will, muß es sich zu einem säkularen Staat erklären. Bis heute bezeichnet sich Nepal als Hindu-Staat und spricht in den Statistiken von über 90 % hinduistischer Bevölkerung. Hierzu muß man wissen, daß nach dem Selbstverständnis der hohen Hindu-Kasten des Gebirgsraums, die seit Jahrhunderten die politisch und wirtschaftlich dominierende Schicht des Landes stellen, auch die nicht-hinduistischen Völkerschaften Nepals in das Gesellschaftsgefüge des Kastenwesens eingereicht werden, natürlich an sehr untergeordneten Stellen. Diese Randgruppen der Gesellschaft, hierzu gehören neben den zahlreichen teilweise animistischen ethnischen Gruppen die Buddhisten, die Moslems und die unberührbaren Hindu-Kasten, machen etwa 30-40 % der Gesamtbevölkerung aus. Zu den benachteiligten Gruppen in Nepal zählen aber auch die in jüngerer Zeit aus den benachbarten indischen Gebieten zugewanderte Bevölkerung des nepalischen Flachlandgürtels entlang der indischen Grenze, Tarai genannt, und ganz allgemein auch die Frauen, die in einer von Männern dominierten Hindu-Welt nur geringe Rechte genießen.

All diese Gruppen haben nun ihre Stimme erhoben und fordern eine Beteiligung an der Ausarbeitung der neuen Verfassung und eine Wahrung ihrer Rechte, die sie nur in einer säkularen Verfassung gegeben sehen. Eine solche Verfassung ist auch aus einem anderen Grunde noch unumgänglich, wenn Nepal in Zukunft eine konstitutionell-monarchische Staatsform anstreben will. Wie man in den alten politischen Hindu-Schriften, auf die sich der heutige Hindu-Staat Nepal beruft, nachlesen kann, gehört zu einem Hindu-Staat ganz einfach eine absolute Monarchie. Solange sich Nepal folglich als Hindu-Staat definiert, wird die Macht nicht in den Händen des Volkes, sondern in denen des Königs und der den Hindu-Staat tragenden hohen Hindu-Kasten liegen.

Uns als Human Rights Forum Nepal steht es nicht zu, in Nepal Politik zu betreiben. Wir sehen es aber als unsere Pflicht an, die nepalischen Menschenrechtsorganisationen bei ihrem Bemühen um eine Durchsetzung der Menschenrechte in Nepal zu unterstützen. Wir sind uns mit dem Forum for Protection of Human Rights einig, daß dies nur durch eine säkulare Verfassung zu erreichen ist. Daher haben wir der Constitution Recommendations Commission, die mit der Ausarbeitung der neuen Verfassung beauftragt ist, unsere Argumente in schriftlicher Form vorgelegt und auch Premierminister Krishna Prasad Bhattarai zu diesem Problem angeschrieben. Wir haben auch den deutschen Botschafter in Kathmandu, Herrn Dr. Schneller, über unsere Aktionen informiert.

Der Frankfurter Staatsrechtler, Prof. Avenarius, hat auf Vermittlung der Friedrich Naumann Stiftung die nepalischen Juristen unmittelbar nach der Einsetzung der Übergangsregierung beraten, und zahlreiche seiner damals gegebenen Ratschläge finden sich heute in den Verfassungsüberlegungen wieder. Nepal hat sich nun entschieden, die neue Verfassung ohne ausländische Berater zu entwerfen. Dies darf uns aber nicht daran hindern, unsere Gedanken offen auszusprechen und über die legalen Kanäle in die weiteren Überlegungen einzubringen.

Es würde mich sehr freuen, wenn Sie unser Engagement in geeigneter Weise unterstützen könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Karl Heinz Krämer

(Vorsitzender)

BRIEF AN CHARGE D'AFFAIRES, FIRST SECRETARY, MR. MADHAV JI SHRESTHA, ROYAL NEPALESE EMBASSY, IM HAG 15, 5300 BONN 2, VOM 26.06.1990

Dear Mr. Shrestha,

please let me introduce our organization, which has been founded on the intention of Mr. Prakash Kafle, general secretary of the Forum for Protection of Human Rights, on 16th March as the so-called "Nepal Support Group Germany". Our aim was to provide information about the events in Nepal and their background to government, organizations and the public in Germany. After the termination of the movement we had a meeting in Frankfurt with Prof. Dr. Mathura Prasad Shrestha, who is now an honorary member of our organization, after which we transformed our group into a registered organization under the name "Human Rights Forum Nepal". We have been recognized by the German tax administration as charitable organization and we are registered at the Amtsgericht Köln. Our members are Nepali living in Germany, their families and some German friends, who are interested in the fate of the Nepalese people.

With great concern we are watching the efforts of your government and of the political parties and organizations to lead Nepal to a new era of democracy and respect of human rights. Everybody knows, that this is a very difficult task for all of you under the prevailing circumstances. After some weeks of apparent stagnation the work for a new Nepal is going on now with faster speed. At this time of transition it is essential that freedom of press and speech do exist in the country. So even minorities and suppressed groups of society can bring their worries and wishes forward. Critique and exchange of ideas can only be fruitful for an effective political work.

As we are very concerned about the constitutional future of Nepal at this turning point of history we have informed the Constitution Recommendations Commission as well as Primeminister Krishna Prasad Bhattarai about our ideas, which should be included into their planning.

We are a human rights organization and so we are interested to see all Nepalese people sharing human rights. Nepal is a multi-ethnic and multi-religious society and the people should be proud of this fact. This is a special phenomenon of Nepalese culture. Cases of torture, discrimination of all kinds, violation of human rights and destruction of the environment must be avoided. The freedom of speech and press must be guaranteed and the rights of all ethnic groups, of today's so-called suppressed classes, of prisoners, minors and women must be respected and the nature as a fundamental human right be protected. And it should be established in the constitution that there is no death penalty in Nepal. These are some aspects we think to be very important for Nepal's future. For this goal we are working in support of and in collaboration with the human rights organizations of Nepal.

We also hope for good cooperation with your embassy. Please take us into your mailing list and inform us about everything concerning human rights in Nepal. Please write, if we can do anything for you. So far we have already published a number of articles on the events and the situation in Nepal in

different journals. For further information I have attached a copy of our statutes and a list of the committee of our organization.

We are eagerly looking forward to hearing from you.

With kindly regards

Karl Heinz Kraemer

(chairman)

CHRONOLOGIE DER EREIGNISSE SEIT DEZEMBER 1989

10.12.1989

Bei Veranstaltungen verschiedener Gruppen wird an diversen Orten der Menschenrechte gedacht. Einige Politiker, Professoren und Intellektuelle müssen während dieser Gedenkfeiern eine Verhaftung befürchten. Andere feiern den Tag unter dem Schutz der Regierung. Demokraten und Linken ist es nicht gestattet, ein öffentliches Treffen aus Anlaß des Menschenrechtstages abzuhalten. Sie müssen den Tag daher auf Untergrundveranstaltungen zelebrieren. Bei einer Feier im Tri Chandra Campus fordern Redner die Regierung eindringlich auf, alle politischen Häftlinge freizulassen. Es sei falsch, Politiker aus politischen Gründen zu inhaftieren. Die meisten Redner stellen fest, daß es die Regierung nicht erlaubt, die diesbezüglichen Bestimmungen der Verfassung in Kraft zu setzen. Sie verlangen nach der Möglichkeit, die Rechte zu genießen, die von der Verfassung garantiert werden. Studentenführer vertreten die Meinung, daß ihre Freunde nicht inhaftiert werden sollten, nur weil sie an einer politischen Demonstration teilgenommen hätten. Eine Reihe von Rednern auf einer Veranstaltung, die von dem Richter und früheren Staatsminister Krishna Prasad Pant organisiert wurde, verteidigen jedoch die Menschenrechtssituation in Nepal. Sie erklären, die Nepali genossen alle Menschenrechte ohne irgendwelche Beschränkungen. (The Motherland, 11. Dezember 1989)

Dezember 1989

Nach dem Sieg der Opposition bei den indischen Parlamentswahlen ist die Hoffnung gewachsen, daß der Handelskonflikt zwischen Nepal und Indien nun doch am Verhandlungstisch beigelegt werden kann. Der Warenfluß nach Nepal hat sich jedenfalls bereits verstärkt, so daß Ende 1989 sogar die Benzinrationierung für private Kraftfahrzeuge aufgehoben werden kann. Die neue indische Regierung hat offiziell ihr Interesse an einer Beilegung des Konflikts bekundet, was von allen nepalischen Seiten mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen wird. Für die verbotenen Parteien ist dies das lange erhoffte Signal, endlich wieder wirkungsvolle Oppositionspolitik zu betreiben. Die Führer der großen Parteien kommen überein, sich zu einer demokratischen Front (United Democratic Front) zusammenzuschließen und rufen zu einer Satyagraha-Bewegung und Streiks auf. Die Antwort der Regierung ist die Verhaftung so namhafter Parteiführer wie Ganesh Man Singh, Girija Prasad Koirala und Man Mohan Adhikari. Daß dies ausgerechnet zu einer Zeit geschieht, als landesweit der Tag der Menschenrechte zelebriert wird, belegt die Hilflosigkeit und den Rechtsstandpunkt der nepalischen Regierung. (diverse nepalische Zeitungen aus dem Monat Dezember 1989)

18.01.1990

Nationale Parteikonferenz des Nepali Congress (NC) in Kathmandu. Auf dieser Konferenz wird von der Partei die Entscheidung der Parteiführer bestätigt, sich mit der United Leftist Front, einem Bündnis der 7 Linksparteien, zur United Democratic Front zusammenzuschließen und am 18. Februar, dem nationalen Demokratietag, eine landesweite Demokratiebewegung zu starten. Diese soll erst dann wieder beendet werden, wenn das Panchayat-System abgeschafft und ein Vielparteiensystem eingeführt worden ist. Sozialdemokratische Parteiführer aus der ganzen Welt sind zur Konferenz eingeladen, auch aus Deutschland, doch ist die Resonanz sehr mäßig. Namhafte indische Parteiführer nehmen jedoch teil, was das Panchayatlager veranlaßt, von auswärtiger Einmischung zu sprechen und den NC als Wahrer indischer Interessen abzustempeln.

(Rede des NC-Vorsitzenden, Krishna Prasad Bhattarai vom 18.01.1990)

28.01.1990

Verbot der Wochenzeitung Deshantar.
(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.3, p.3)

28.01.1990

Pancha-Versammlung im Kathmandudal, veranstaltet von den Stadt-Panchayats der drei großen Städte des Tals, um die Stimmung gegen die geplante Demokratiebewegung anzuheizen. Die Veranstalter sprechen von 200.000 Teilnehmern. Um Masse zu demonstrieren werden mit 500 Lastwagen und Bussen Personen von außerhalb des Tals herangeschafft. Die Opposition spricht dennoch von lediglich 20.000 Teilnehmern, darunter verpflichtete indische und tibetische Arbeiter aus den Ziegel- und Teppichfabriken.

(The Rising Nepal, 29.01.1990, Daily Diary, 29.01.1990, u. Dristi, 31.01.1990)

30.01.1990

Bildung eines Koordinationskomitees von NC und United Leftist Front zur Durchführung der Demokratiebewegung. Ganesh Man Singh spricht von einer National People's Liberation Movement (NPLM). Als dritte Trägergruppe beteiligt sich das Forum for Protection of Human Rights Nepal (FOPHUR). FOPHUR fordert zur Unterstützung der Bewegung das Recht zur Bildung von Vereinigungen und Parteien, Pressefreiheit und eine freie Gerichtsbarkeit.

Die Bewegung wird voll unterstützt von der Nepal Human Rights Organization.
(Weekly Bimarsha, 02.02.1990, Daily Samaj, 02.02.1990 u. FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.3, p.1)

04.02.1990

Verbot der Wochenzeitung Janajagriti.
(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.3, p.3)

07.02.1990

Verbot der Wochenzeitungen Punarjagaran und Dristi.
(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.3, p.3)

08.02.1990

Verbot der Wochenzeitung Rastrapukar.
(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.3, p.3)

09.02.1990

Verbot der Wochenzeitungen Bimarsha und Nepali Avaj.
(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.3, p.3)

10.02.1990

Eine Abordnung der Nepal Journalists' Association protestiert im Ministry of Communication gegen die Zunahme von Pressezensur und Zeitungsverboten in den letzten Tagen. Der Minister weigert sich jedoch, sie zu empfangen und droht stattdessen mit weiteren Polizeimaßnahmen, wenn die Berichterstattung über die Demokratie- und Menschenrechtsbewegung nicht eingestellt würde.
(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.3, p.3-4)

11.02.1990

Treffen von Mitgliedern der University Teachers' Association of Nepal (UTA) in Kathmandu. Es werden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Unterstützung und aktive Teilnahme an der angekündigten nationalen Demokratiebewegung.
2. Verurteilung des Rundschreibens der Regierung, daß alle Lehrer an den staatlichen Veranstaltungen zum Demokratietag (18. Februar) teilnehmen sollen.
3. Verurteilung der Verhaftung von Lehrern, der Pressezensur, der Androhung der Universität, Maßnahmen gegen Studenten einzuleiten, die an der Demokratiebewegung teilnehmen, und der Entscheidung der Universität, der Polizei den Zugang zu den Universitätsgeländen zu gestatten.
(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.3, p.4)

11.02.1990

Frau Sahana Pradhan, Vorsitzende der United Leftist Front, und Herr Bishnu Bahadur Manandhar, Mitglied der United Leftist Front und Generalsekretär einer der kommunistischen Parteien, werden verhaftet. Badi Khatiwada, der frühere stellvertretende Vorsitzende von FOPHUR wird in Kathmandu auf offener Straße verhaftet. Vier Tage später ist es immer noch niemandem erlaubt, zu ihm Kontakt aufzunehmen.
(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.3, p.4)

12.02.1990

Auf dem Prithvi Narayan Campus in Pokhara schreitet die Polizei ein, als die Freilassung von Nelson Mandela gefeiert wird. Die Polizei schlägt wahllos auf die Teilnehmer ein und verhaftet 300 von ihnen. Die Polizei entwendet den Gefangenen 5 Goldketten, 5 goldene Armbanduhrn und 9 Goldringe. Eine Studentin wird 13 Stunden nackt im Polizeigewahrsam gehalten und anschließend mit 33 anderen Personen ins Gefängnis gesteckt. Die übrigen Personen verbleiben im Polizeigewahrsam.
(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.4, p.1)

13.02.1990

In Pokhara werden zahlreiche Protestversammlungen gegen die jüngsten Polizeirepressalien und das Panchayat-System abgehalten.
(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.4, p.1)

14.02.1990

In Pokhara bleiben die Geschäfte aus Protest gegen die Unterdrückungsmaßnahmen der Polizei geschlossen. Im Gefängnis bricht der politische Gefangene Keshav Lal Shrestha bewußtlos zusammen. Mitgefangene fordern die Wärter auf, ihn im Krankenhaus behandeln zu lassen, was jedoch abgelehnt wird. Als die übrigen Gefangenen Anti-Panchayat-Slogans anstimmen, dringen etwa 100 Polizisten in das Gefängnis ein und schlagen blindlings auf die Gefangenen ein. Zwei Stunden später werden 27 schwerverwundete Personen ins Krankenhaus abtransportiert.
(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.4, p.1)

15.02.1990

In Pokhara bleiben alle akademischen Institutionen aus Protest gegen die Brutalität der Polizei geschlossen.

(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.4, p.1)

16.02.1990

Die Polizei dringt in den Prithvi Narayan Campus in Pokhara ein und verhaftet 150 Studenten. Einige von ihnen werden unter Anwendung des Public Security Act inhaftiert, der Rest wird am nächsten Tag wieder freigelassen.

(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.4, p.1)

17.02.1990

Die Polizei durchsucht in der Nacht in Kathmandu ohne Durchsuchungsbefehl das Haus des Parlamentsabgeordneten Padma Ratna Tuladhar, der ein Mitglied der United Leftist Front ist. Er ist selbst nicht zu Hause. Als seine Frau den Durchsuchungsbefehl verlangt, dringt die Polizei mit Gewalt ins Haus ein.

(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.4, p.1)

17.02.1990

In Pokhara werden abermals 21 junge Leute auf der Grundlage des Public Security Act verhaftet.

(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.4, p.1)

18.02.1990

Beginn der landesweiten Demokratie- und Menschenrechtsbewegung.

18.02.1990

Die Gefangenen im Rajbiraj-Gefängnis unterstützen die Demokratiebewegung, indem sie Slogans rufen und eine Flagge des NC entrollen.

(Daily Samaj, 23.02.1990)

18.02.1990

Jagrit Prasad Bhetuwal und Bhim Bahadur Shrestha, die gewählten Parlamentsabgeordneten des Chitwan-Distrikts, werden wegen ihrer Teilnahme an den landesweiten friedlichen Demonstrationen verhaftet. Es kursieren Gerüchte, daß sie in der Haft gefoltert werden. Jagrit Prasad Bhetuwal, der sich erst einen Monat zuvor einer Unterleibsoperation unterzogen hatte, soll sogar an den Folgen der Folterungen gestorben sein. Selbst drei Wochen nach ihrer Verhaftung verweigert die Polizei jegliche Aussage über das Verbleiben und den Gesundheitszustand der beiden Abgeordneten.

(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.9, p.3)

18.02.1990 - 19. 2.1990

Aus Anlaß des Beginns der landesweiten Demokratie- und Menschenrechtsbewegung kommt es an diversen Orten zu Zusammenstößen mit der Polizei. Diese eröffnet in Narayangarh, Palpa, Bhaktapur und Janakpur das Feuer auf die Demonstranten. Einige Personen werden getötet, viele verletzt. Die Situation ist wesentlich ernster als 1979 vor dem Referendum.

(Navaras Weekly, 21.02.1990)

18.02.1990 - 20. 2.1990

3 Polizisten und 19 Demonstranten sollen landesweit in den ersten drei Tagen der Bewegung getötet worden sein. Zur Unterdrückung der gemeinsamen Demokratiebewegung von Nepali Congress und United Leftist Front sind bereits Frau Sahana Pradhan und Herr Bishnu Bahadur Manandhar von der United Leftist Front verhaftet und Ganesh Man Singh, Girija Prasad Koirala und Krishna Prasad Bhattarai vom NC unter Hausarrest gestellt worden. Dennoch war der Beginn der Bewegung ein voller Erfolg.

(Arati Weekly, 22.02.1990)

19.02.1990

Am Morgen demonstrieren in Bhaktapur 5.000 Menschen für das Vielparteiensystem. An der Nyatapola-Pagode eröffnet die Polizei das Feuer auf die Demonstranten. Es gibt zwei Tote und 23 Verletzte, davon einer schwer. Ganz Bhaktapur ist geschlossen wegen der Repressalien der Regierung.

(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.4, p.4)

19.02.1990

In Patan wird ein Bus, der den Streik der Transportmittel bricht, von aufgebrachtten Demonstranten schwer beschädigt.

(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.4, p.4)

19.02.1990

Bei Demonstrationen in Chysal, Patan, setzt die Polizei Tränengas ein. Dennoch bildet sich kurz darauf an der gleichen Stelle ein neuer Demonstrationzug von 50-60 Personen. Die Hälfte der Geschäfte bleibt geschlossen.

(Daily Samaj, 21.02.1990)

20.02.1990

Etwa 400 seit dem 18. Februar in Chitwan inhaftierte Personen sind immer noch ohne Nahrung. Die Bewohner von Narayangarh sammeln daher Nahrung für die Gefangenen, werden aber von der Polizei zurückgewiesen mit dem Hinweis, sie könnten ihre Exkremete essen. Ähnlich soll die Situation der Gefangenen in Sarlahi sein. Zahlreiche Personen werden seit der Verhaftungswelle vermißt.
(Daily Samaj, 21.02.1990)

20.02.1990

In Kirtipur bleibt die Lage gespannt. Zahlreiche Jugendliche werden am Morgen von der Polizei verhaftet, als sie ihre Häuser verlassen. Allein in Kirtipur sollen zwischen dem 17. und 19. Februar 300 Personen verhaftet worden sein. Von den im ganzen Tal verhafteten Personen werden etwa 500 im Baggikhana, nahe dem Singha Darbar, im Erdgeschoß festgehalten. Zu den Verhafteten gehören Studenten genauso wie Ziegenverkäufer, Arbeiter und Mitarbeiter der lokalen Presse, welche die Demonstrationen aus beruflichen Gründen beobachteten.
(Daily Samaj, 21.02.1990)

20.02.1990

Transportwesen und öffentliches Leben im Kathmandutal sind heute normal. Auf den Universitätsgeländen bleibt die Lage jedoch gespannt. Überall wehen dort schwarze Fahnen. Am Engineering Campus, Padma Kanya, Ratna Rajya und Law and Balmiki Campus sieht man auch die Flaggen der verbotenen Parteien. Un-
terricht findet nicht statt.
(Daily Samaj, 21.02.1990)

20.02.1990

Das Forum for Democracy and National Unity (FODENU) nimmt Stellung zu den Menschenrechtsverletzungen der Regierung im Zusammenhang mit der Bewegung. FODENU trauert um die Opfer und wirft der Regierung vor, die Gewalt ins Volk zu tragen.
(Daily Samaj, 21.02.1990)

20.02.1990

Streik der Anwälte an allen Gerichtshöfen des Landes, einschließlich des Obersten Gerichtshofes in Kathmandu. Die Anwälte folgen damit dem Aufruf der Nepal Bar Association (NEBA).
(Daily Samaj, 21.02.1990)

21.02.1990

Dhruva Thapalia, der Vizepräsident der Nepal Red Cross Society, wird von der Polizei verhaftet, als er in Chitwan bei Studenten des Rampur Campus Blutkonserven sammelt, um die Opfer der Polizeigewaltaktionen vom 18. Februar behandeln zu können. Bei der anschließenden Folter wird ihm das Rückgrat gebrochen. Sein Gesundheitszustand ist bedrohlich.
(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.8, p.2)

21.02.1990

Die Regierungspresse facht die Emotionen weiter an, indem sie, insbesondere seit dem 18. Februar, die demonstrierenden Oppositionsgruppen als "antinationale Elemente" bezeichnet. Es mutet wie ein Witz an, daß Premierminister Marich Man Singh Shrestha den Führer des Nepali Congress, Ganesh Man Singh, erst kürzlich als "Gandhi Nepals" ausgezeichnet hat.
(Navaras Weekly, 21.02.1990)

21.02.1990

Eine Delegation der Nepal Journalists' Association unter Führung ihres Vorsitzenden, Govinda Biyogi, wird bei Premierminister Marich Man Singh Shrestha vorstellig wegen der verschärften Pressezensur. Der Premierminister empfängt sie mit den Worten: "Dies sind die Journalisten, die von Unruhe sprechen und Terror im Land verbreiten. Diese Journalisten können auf keinen Fall geduldet werden. ... Ich werde ihnen schon den Weg weisen, sei es mit Schlagstöcken oder mit Geschossen."

Govinda Biyogi antwortet: "Die Zeitungen und Journalisten in diesem Land informieren das Volk über das Kabinett. Sie verdienen mit ihrer Arbeit nicht einmal genug, um ihren Lebensunterhalt zu decken. Ein Kabinettsmitglied baut derweil kostspielige und luxuriöse Häuser, sobald er ins Kabinett aufrückt. Wie ist das möglich ohne Korruption? Es ist die Pflicht der Journalisten, gegen diese Korruption zu protestieren."

Der Premierminister soll daraufhin sehr blaß geworden sein.
(Navaras Weekly, 21.02.1990)

23.02.1990

Nira Khanal, eine Studentin des Padma Kanya College's in Kathmandu wird von der Polizei so schwer gefoltert, daß sie Beinbrüche erleidet. Sie wird jedoch weiterhin ohne medizinische Behandlung im Gefängnis gehalten. In diesem Zustand findet der Parlamentsabgeordnete Padma Ratna Tuladhar sie am 25. Februar vor, als er im gleichen Gefängnis inhaftiert wird. Erst auf sein massives Drängen hin wird die junge Frau ins Bir Hospital eingeliefert.
(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.8, p.2)

23.02.1990

Das Shivaratri-Fest in Pashupatinath, eines der größten religiösen Feste in der gesamten Hinduwelt, mit unterschiedlichen Augen betrachtet:

"Tausende von Verehrern aus dem In- und Ausland nahmen heute in Pashupatinath am Mahashivaratri, dem großen Fest der Hindus teil." (The Rising Nepal)

"Dieses Mal war die Zahl der Pilger nach Pashupatinath äußerst gering." (Dainik Samaj)
(The Rising Nepal, 24.02.1990 u. Daily Samaj, 25.02.1990)

23.02.1990

Ärzte und medizinisches Personal des Teaching Hospital's beteiligen sich am "Black Day", indem sie sich schwarze Armbinden umbinden und für zwei Stunden vor dem Krankenhaus gegen die unzureichende medizinische Versorgung der Opfer der Polizeiausschreitungen protestieren. Sie verurteilen das willkürliche Schießen auf friedliche Demonstranten, die Demokratie fordern.
(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.6, p.1)

23.02.1990

Eine Delegation, bestehend aus Mukunda Regmi, dem Vorsitzenden der Menschenrechtskommission von NEBA, Laxman Aryal, dem Expräsidenten von NEBA, Dr.Devendra Raj Pandey, dem amtierenden Vorsitzenden der Human Rights Organization of Nepal, Prof.Mathura Prasad Shrestha, dem Präsidenten von FOPHUR, Prakash Kaphle, dem Generalsekretär von FOPHUR, Narahari Nath, dem Sekretär der Nepal Teachers' Association, und anderen Personen, überreichen Premierminister Marich Man Singh Shrestha ein vierseitiges Dokument, in welchem die gravierenden Menschenrechtsverletzungen durch die Regierung seiner Majestät hervorgehoben werden. Die Regierung wird aufgefordert, den Staatsterror sofort zu beenden. Nur fünf Stunden nach dem Gespräch mit dem Premierminister wird das Delegationsmitglied Prof. Mathura Prasad Shrestha, Präsident von FOPHUR und erster Medizinprofessor Nepals, verhaftet.
(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.6, p.1)

23.02.1990

Tanka Prasad Acharya, in den fünfziger Jahren Premierminister unter König Mahendra und ältester Politiker Nepals, nimmt Stellung zur Demokratiebewegung. Er kritisiert das Panchayat-System als undemokratisch. Seine Vermittlungsversuche seien jedoch in beiden Lagern auf taube Ohren gestoßen. Er hält es für die beste Lösung, im April eine Übergangsregierung zu bilden, der alle politischen Gruppen des Landes angehören sollen. Ziel sollten dann freie Parlamentswahlen unter freier Beteiligung aller Parteien sein. Wenn das Parteienlager bei diesen Wahlen die Mehrheit erhalte, sollte die offizielle Rückkehr zum Vielparteiensystem erfolgen. T.P.Acharya bedauert jedoch, daß die Führer der Bewegung seinen Vorschlag verworfen hätten.
(Daily Samaj, 23.02.1990)

25.02.1990

Som Nath Pyasi, Parlamentsabgeordneter aus Pokhara, und andere mit ihm inhaftierte Personen schwenken im Gefängnis schwarze Flaggen, um ihre Teilnahme an der gleichzeitig stattfindenden Protestveranstaltung zu bezeugen. Sie werden von der Polizei erbarmungslos verprügelt. Herr Pyasi wird gezwungen, auf dem nackten Fußboden zu schlafen und erhält nichts zu essen.
(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.8, p.2)

25.02.1990

In Divan, im Saptari-Distrikt forscht die Polizei nach dem untergetauchten Ram Narayan Bhandari Mandal wegen seiner Beteiligung an der Demokratiebewegung. Als bei seiner hochschwangeren Frau Geburtswehen einsetzen, macht sich sein Bruder auf den Weg, um Medikamente zu besorgen, wird jedoch von der Polizei verhaftet. Als sich der Gesundheitszustand der Frau verschlechtert, versucht ein anderer Bruder sie auf einem Ochsenwagen zum Krankenhaus nach Rajbiraj zu fahren. Die Polizei unterbindet diesen Transport jedoch. Die Frau stirbt bald darauf mangels ärztlicher Betreuung. Die Verbrennung der Leiche wird von der Polizei erst nach drei Tagen gestattet.
(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.8, p.1)

25.02.1990

Bei einer Protestveranstaltung für Demokratie und Menschenrechte in Jumla werden neun Personen verhaftet.
(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.8, p.3)

25.02.1990

Die Polizei durchsucht willkürlich Taschen, Papiere und Körper zahlloser Personen. Teilweise werden nichtsahnende Passanten einfach verhaftet. Insbesondere sind Jugendliche und Studenten betroffen. Allein am heutigen Tag werden landesweit mehr als 1.000 Studenten, Arbeiter, Intellektuelle und sonstige Zivilisten verhaftet.
(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.7, p.1)

25.02.1990

über Kathmandu und andere Städte wird zur Unterdrückung der Demokratiebewegung eine inoffizielle Ausgangssperre verhängt. Polizeitrupps marschieren durch die Straßen mit Gewehren, Maschinengewehren und verbotener Munition (Dum-Dum-Geschosse). Dennoch kommt es vielerorts zu Protestveranstaltungen der Bevölkerung. Am Darbar Square in Kathmandu demonstrieren etwa 400 Personen mit schwarzen Fahnen. Die Polizei geht mit Schlagstöcken vor und verhaftet viele. Auf der New Road in Kathmandu demonstrieren etwa 200 Personen, darunter der Parlamentsabgeordnete Padma Ratna Tuladhar und Haribol Bhattarai, der gewählte Bürgermeister von Kathmandu. Auch hier geht die Polizei mit Schlagstöcken vor und verhaftet die beiden Genannten sowie 28 weitere Personen. Ähnliche Demonstrationen mit Gruppen von 200 bis 300 Teilnehmern finden innerhalb des Stadtgebietes in Dilli Bazar, Bangemudha, Pyukha und Balaju statt. Demonstrationen außerhalb des Kathmandutals werden insbesondere aus Dharan, Janakpur, Birganj, Hetaunda, Pokhara und Palpa gemeldet.
(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.7, p.1)

26.02.1990

Intellektuelle bezweifeln, daß sich die Situation in den nächsten Tagen beruhigen wird. Dazu trägt insbesondere die Regierung das Ihre bei, indem sie einige extremistische Kommunisten beschuldigt, Brücken zu sprengen und Terror und Randalen zu verbreiten. Führer der Bewegung bestreiten diese Ausschreitungen jedoch und bezeichnen sie als Intrige der Regierung um Zwietracht zwischen NC und den linken Gruppen zu sähen.
(Gandiv Weekly, 26.02.1990)

26.02.1990

Ganesh Man Singh beschuldigt in einem Interview mit All India Radio die Regierung, Terror zu verbreiten, indem sie wahllos Leute töte, Eigentum zerstöre und Schlagstöcke, Tränengas und Geschosse gegen friedliche Demonstranten einsetze.
(Gandiv Weekly, 26.02.1990)

27.02.1990

In Chitwan werden an vier Orten Massenveranstaltungen zur Unterstützung der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung abgehalten. Die Polizei verhaftet 9 Personen.
(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.8, p.3)

Zweite Februarhälfte 1990

In verschiedenen Gegenden des Landes werden wahllos junge Menschen von der Polizei verhaftet, geschlagen und mit gebrochenen Armen und Beinen wieder freigelassen. In Janakpur weigert sich die Polizei, die Leichname ihrer Opfer an deren Familien zu übergeben.
(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.6, p.1)

Ende Februar 1990

Es werden weitere Berichte über die Foltermethoden der Polizei bekannt: Zunächst werden die Gefangenen mit Schmutz beworfen. Dann werden sie von mehreren Polizisten erbarmungslos verprügelt. Schließlich werden sie gezwungen, auf einem künstlich bewässerten Steinfußboden zu sitzen. Sie erhalten täglich 100 g stark versalzene Reis zu essen, aber nichts zu trinken. Wenn sie sich weigern, den versalzene Reis zu essen, werden sie abermals erbarmungslos verprügelt.
(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.8, p.1-2)

Ende Februar 1990

Damodar Lamichhane, ein Lastwagenfahrer der Hetaunda-Zementfabrik, wird verhaftet, weil er am 18. Februar nach den Polizeischüssen auf die Demonstranten in Hetaunda verletzte Personen in ein Krankenhaus in Raxaul, Indien, gefahren hat. Er wird gemeinsam mit zwei anderen politischen Gefangenen brutal gefoltert: Die Polizei stößt ihnen Nadeln in die Genitalien und Stöcke in den After, die dann gedreht werden. Diese Foltermaßnahmen werden dreimal täglich vorgenommen.
(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.8, p.1)

Ende Februar 1990

In Chitwan wird ein Student von der Polizei überrascht, als er Slogans zur Vorbereitung von Protestaktionen am 25.2. und 2.3. an Wände schreibt. Die Polizisten sagen wörtlich: "Sind das nicht die Hände, die auf die Wand schreiben?" und zerschmettern ihm beide Handflächen mit Steinen.
(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.8, p.2)

Ende Februar 1990

In Dang, West-Nepal, wird Khum Bahadur Khadga, ein politischer Mitarbeiter des NC, krankenhausauf verprügelt.
(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.8, p.3)

Ende Februar 1990

Es sind bis Ende Februar etwa 5.000 Personen verhaftet worden. Die namhaftesten sind:

1. Ganesh Man Singh (Oberster Führer des Nepali Congress)
2. Krishna Prasad Bhattarai (amtierender Präsident des NC)
3. Sahana Pradhan (Präsidentin der United Leftist Front)

4. Man Mohan Adhikari (Generalsekretär der Nepal Communist Party)
 5. Tulsi Lal Amatya (Exgeneralsekretär der NCP)
 6. Vishnu Bahadur Manandhar (Generalsekretär der NCP)
 7. Girija Prasad Koirala (Generalsekretär des NC)
 8. Badri Prasad Khatiwada (Vizepräsident des Forum for Democracy and National Unity, =FODENU)
 9. Shiva Ram Gautam (Generalsekretär von FODENU)
 10. Bhog Prasad Upadhyaya (Sekretär des NC)
 11. Basu Risal (Sekretär des NC)
 12. Mukunda Regmi (Expräsident der Nepal Bar Association, =NEBA)
 13. Subhas Nembang (Exsekretär von NEBA)
 14. Bharat Mohan Adhikari (Mitglied der United Leftist Front)
 15. Haribol Bhattarai (gewählter Bürgermeister von Kathmandu)
 16. Padma Ratna Tuladhar (MP)
 17. Drona Prasad Acharya (MP)
 18. Jagrit Prasad Bhetuwal (MP)
 19. Som Nath Pyasi (MP)
 20. Bhim Bahadur Shrestha (MP)
- (FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.8, p.2)

02.03.1990

Landesweit wird zur Unterstützung der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung das sogenannte "Nepal Closed"-Programm durchgeführt. Die Fahrzeuge stehen still, die Geschäfte sind geschlossen. In Kathmandu hatte die Polizei bereits am 1. März viele Taxis, Minibusse und Dreiradfahrzeuge samt Fahrer beschlagnahmt. Am Abend wurde dann für die Fahrer ein großes Festessen veranstaltet. Man bestach die Fahrer, indem man jedem 400 Rs. und 15 l Benzin schenkte, damit sie am nächsten Tag ihre Fahrzeuge führen. Ebenso werden Regierungsbeamte mit einer Zulage von 200-400 Rs. geworben, Regierungsfahrzeuge als Transportmittel zu steuern. Die Fahrer haben die ausdrückliche Anweisung, Demonstranten, die die Fahrzeuge zu stoppen versuchen, über den Haufen zu fahren; es wird ihnen völlige Straffreiheit zugesichert. Trotz dieser Vorkehrungen verkehren nur sehr wenige Taxis, Minibusse und Dreiradfahrzeuge. Die noch verkehrenden, sonst hoffnungslos überfüllten Busse sind nicht einmal zur Hälfte besetzt. Die Geschäfte in den Hauptgeschäftsstraßen bleiben fast ausnahmslos geschlossen. Gleiches gilt für die Bildungsinstitutionen.

In Bhaktapur bleiben sämtliche Geschäfte und Schulen geschlossen.

In Pokhara ist der Bazar geschlossen. Es verkehren nur wenige Taxis unter Polizeischutz. Einige Geschäftsleute werden von der Polizei gezwungen, ihre Geschäfte zu öffnen. Ein Student, drei Lehrer und der Ward-Vorsitzende eines Dorf-Panchayats werden verhaftet.

In Sunsari bleiben die Geschäfte geschlossen. Fahrzeuge, außer dem Bus nach Dhankuta, verkehren nicht.

Auch in Morang bleiben die Geschäfte geschlossen; Fahrzeuge verkehren nicht. Am Morgen zwingt die Polizei einige Busse, die Fahrt nach Ostnepal aufzunehmen. Sie werden jedoch unterwegs von Demonstranten gestoppt und zur Rückkehr gezwungen. Die Vorsitzenden von Distrikt-Panchayat und Klassenorganisation der Frauen sind aktiv beteiligt, mit Hilfe der Polizei die Geschäftsbesitzer zum Öffnen der Geschäfte zu zwingen. So wird auch Golcha, eines der führenden nepalischen Industrieunternehmen, gezwungen, seinen Ausstellungsraum zu öffnen.

In Hetaunda ist das Industriegelände vollständig geschlossen. Während die Transportmittel stillstehen, sind die Basargeschäfte teilweise geöffnet.

(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.8, p.3-4)

03.03.1990

Im Sindhuli-Distrikt werden in einem Waldstück drei Leichen gefunden, zwei davon sind Frauen. Sie können wegen der fehlenden Köpfe nicht identifiziert werden. Im Hauptkanal hinter der Ratna Rajya Lakshmi-Schule in Pokhara wurden ebenfalls zwei Frauenleichen gefunden. Man vermutet, daß es sich um Opfer des Polizeiterrors handelt. Gleiches gilt für die Leichen, die am 5., 8. und 11. März im Kathmandutal gefunden werden. Immer noch gelten zahlreiche Personen nach ihrer Verhaftung durch die Polizei als vermißt.

(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.10, p.1)

06.03.1990

Eine Gruppe uniformierter Männer wird dabei beobachtet, wie sie am Ufer des Vishnumati eine Leiche verbrennt. Wie auch in den Fällen der Leichenfunde kann die Regierung keine plausible Erklärung liefern.

(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.10, p.1)

Anfang März 1990

Wegen ihrer Unterstützung der Bewegung für Demokratie und Menschenrechte werden in Kathmandu und Biratnagar mehrere Pradhan Pancha, Ward-Vorsitzende und Panchayat-Mitglieder durch die Regierung Seiner Majestät ihrer Ämter enthoben. Eine umfangreiche Liste solcher Personen soll in Vorbereitung sein.

(FOPEUR, Newsletter, vol.2, no.9, p.3)

Anfang März 1990

19 Personen, darunter Herr Pyasi, der gewählte Parlamentsabgeordnete des Kaski-Distrikts, werden in das entlegene Gefängnis von Jomosom, im Mustang-Distrikt, verlegt. Dort im Hochgebirge sind die Haftbedingungen für die Leute aus dem Pokharatal (ca. 800 m) besonders schwer zu ertragen. Vor dem Transfer wird Herr Pyasi Folterungsmaßnahmen unterzogen.
(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.9, p.2)

Anfang März 1990

Es häufen sich die Fälle, daß im Zusammenhang mit den friedlichen Demonstrationen verhaftete Personen verschwinden. Die Polizei läßt den betroffenen Familien keinerlei Informationen über den Verbleib dieser Personen zukommen. Beliebte ist die Aussage, sie befänden sich im Gewahrsam einer anderen Polizeistelle, wo man dann aber nichts von ihnen weiß.
(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.9, p.3-4)

Anfang März 1990

Auf dem Tri Chandra-Campus findet eine Versammlung von fast 2.500 Universitätslehrern statt, welche die Demokratie- und Menschenrechtsbewegung unterstützen. Hauptredner sind Mangal Siddhi Manandhar, V.C. Malla und Anand Dev Bhatta. Veranstalter des Treffens ist Narhari Acharya.
(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.8, p.4)

Anfang März 1990

Die Polizei zwingt Zeitungsverleger und Studentenführer wiederholt zum Verteilen von aggressiven Flugblättern und zum Werfen von Steinen vor der Kamera. Die Fotos werden dann über die Regierungspresse veröffentlicht und bei Verhaftungen als Beweismittel benutzt.
(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.9, p.2)

Anfang März 1990

FOPHUR legt eine Liste von 57 Rechtsanwälten vor, die landesweit verhaftet wurden, weil sie die Demokratie- und Menschenrechtsbewegung unterstützen. Die nepalische Anwaltsvereinigung, Nepal Bar Association (NEBA), hat folgendes Vierpunkteprogramm aufgestellt:

1. Alle Anwälte und Juristen sollen Personen, die im Zusammenhang mit der am 18. Februar gestarteten Bewegung verhaftet wurden, freien Rechtsbeistand gewähren.
2. Alle Familienangehörigen solcher Personen werden aufgefordert, Anwälte um freien Rechtsbeistand zu bitten.
3. NEBA bittet um alle Informationen über Folterungen an Personen, die im Zusammenhang mit der Bewegung verhaftet wurden.
4. Für den 6. März wird im Gebäude des Obersten Gerichtshofs eine einstündige Protestveranstaltung anberaumt, weil die Regierung auch nach der erfolgreichen Boykottierung des Gerichtshofs vom 20. Februar weiterhin Anwälte verhaftet und foltert.

(FOPHUR, Telefax an Professor David Weissbrowe)

Anfang März 1990

Die Polizei dringt zunehmend auf der Suche nach Teilnehmern an der Demokratiebewegung nachts in Privathäuser ein. Es kommt häufig zu Übergriffen, wenn die Polizei Frauen alleine antrifft. Oft wird berichtet, daß diesen Frauen die Kleidung heruntergerissen und Vergewaltigungsversuche unternommen werden.
(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.9, p.2)

Anfang März 1990

Frau Pal Kumari Shrestha wird in Pokhara nach Teilnahme an einem Massenstreik verhaftet und im Polizeigewahrsam so schwer geschlagen, daß ihr Gesundheitszustand besorgniserregend ist. Ebenso wird bekannt, daß Frau Jhalak Subedi, der Vorsitzenden der Studentinnenvereinigung des Prithvi Narayan Campus, die Ende Februar verhaftet worden ist, bei den Foltermaßnahmen der Polizei ein Bein gebrochen wurde.
(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.9, p.2)

08.03.1990

Aus Anlaß des internationalen Frauentages veranstalten etwa 500 Frauen in Jhapa ein Treffen zur Unterstützung der Demokratiebewegung. Bereits nach zehn Minuten schreitet die Polizei ein und verhaftet 50 Frauen. Als sich bald darauf eine Protestdemonstration gegen diese Polizeimaßnahme bildet, geht die Polizei mit Schlagstöcken gegen die Frauen vor. Einige werden verwundet, andere verhaftet.
(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.9, p.1-2)

08.03.1990

Aus Anlaß des internationalen Frauentages veranstalten etwa 500 Ärztinnen, Universitätslehrerinnen, Ingenieurinnen und Studentinnen im Padma Kanya College in Kathmandu eine Protestversammlung gegen die brutalen Foltermaßnahmen und illegalen Verhaftungen durch die Regierung und gegen die vulgäre und obszöne Behandlung von Frauen durch die Polizei. Nach der Veranstaltung verhaftet die Polizei acht Teilnehmerinnen.
(FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.9, p.1)

08.03.1990

Keshav Kumar Budhathoki, Assistenzminister für Wasserressourcen und gewähltes Parlamentsmitglied des Jhapa-Distrikts, wird auf Wunsch von Premierminister Marich Man Singh Shrestha von König Birendra entlassen, weil er sich nicht verfassungsgemäß verhalten habe. Er hatte öffentlich seine persönliche Mißbilligung der Repressalien der Regierung gegenüber den friedlichen Demonstranten zum Ausdruck gebracht. (FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.9, p.3)

08.03.1990

D.P.Adhikari, Parlamentsabgeordneter des Morang-Distrikts, legt sein Mandat aus Protest gegen die herrschende Menschenrechtssituation im Land nieder. Immer mehr namhafte Politiker des Panchayat-Lagers kehren dem System den Rücken. (FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.9, p.4)

08.03.1990

Die regierungsunabhängige All Nepal Women's Association organisiert in Biratnagar eine Versammlung von 200 Frauen. Nach einem Protestmarsch von etwa 1 km erscheint die Polizei und verhaftet 16 Frauen. Sie werden an den Haaren ins Polizeigebäude geschleift und in aller Öffentlichkeit vulgär auf Hüften und Schenkel geschlagen. Niemand darf anschließend Kontakt zu ihnen aufnehmen, nicht einmal ihre Kinder. (FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.9, p.1)

08.03.1990

Etwa 70 nepalische und ausländische Frauen nehmen an einem von ICIMOD organisierten Treffen aus Anlaß des Weltfrauentages teil. Frau Chandani Joshi, die Vorsitzende der Frauenentwicklungsabteilung im Ministerium für Panchayat und lokale Entwicklung versucht mit allen Mitteln Diskussionen um jüngste Vorgänge in Pokhara zu unterbinden. Dort war Frau Lakshmi K. 13 Stunden lang nackt im Polizeigewahrsam gehalten worden. Auch andere Studentinnen des Prithvi Narayan Campus waren obszönem Verhalten der Polizei ausgesetzt. (FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.9, p.1)

09.03.1990

Die Polizei verhaftet an 16 unterschiedlichen Orten des Kathmandutals zwanzig Personen, weil sie an Protestversammlungen gegen das Panchayat-System teilgenommen haben, bei denen Strohpuppen symbolisch verbrannt wurden. Eine Versammlung von über 400 Personen wird von der Polizei mit Schlagstöcken auseinandergetrieben. Verletzte und Verhaftungen bei ähnlichen Anlässen werden auch aus Pokhara, Chitwan, Morang, Jhapa und Birganj gemeldet. (FOPHUR, Newsletter, vol.2, no.9, p.4)

16.03.1990

Ein führender Vertreter von FOPHUR hält sich in der Bundesrepublik Deutschland auf, um einerseits der Bundesregierung und den Parteien über die Lage in Nepal zu berichten und andererseits seine nepalischen Landsleute in Deutschland und ihre Freunde um Unterstützung zu bitten. Zu diesem Zweck sind bereits in mehreren Ländern der Erde Nepal Support Groups gebildet worden. Nach eingehender Diskussion mit einigen Nepali und Deutschen wird auf seine Veranlassung eine NEPAL SUPPORT GROUP - GERMANY gegründet. Vorrangige Ziele sind, alle Nepali in Deutschland und ihre Freunde über die Ereignisse in Nepal auf dem Laufenden zu halten, die deutsche Regierung und die deutschen Organisationen auf die Lage in Nepal aufmerksam machen und die Demokratie- und Menschenrechtsbewegung in Nepal moralisch und finanziell zu unterstützen. Auch nach einem möglichen Erfolg der Demokratiebewegung will man sich für die Verbesserung der Menschenrechte in Nepal engagieren. (Siehe auch Aufruf der NEPAL SUPPORT GROUP - GERMANY in gesondertem Kasten.)

21.03.1990

Zahlreiche Doktoren, Professoren, Ingenieure, Krankenschwestern, Anwälte, Vorarbeiter und Studenten beteiligen sich an einem Seminar zum Thema "Unsere Verantwortung in der gegenwärtigen Situation". Während einer Rede von Professor Mathura Prasad Shrestha, dem Vorsitzenden von FOPHUR, stört die Polizei zunächst durch Entfernen des Mikrofons und räumt anschließend gewaltsam den Saal. Fast 500 Personen werden verhaftet, die Polizei spricht anschließend von 440. 350 von ihnen werden ohne Nahrung in einem stark verschmutzten Untergeschoß des Verkehrspolizeibüros untergebracht. Nur der Polizei unbekannt Personen werden nach Mitternacht entlassen. (FOPHUR, Telefax vom 21.03.1990)

29.03.1990

Beginn eines Elektrizitätsabschaltungsprogramms zur Unterstützung der Protestbewegung gegen die Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung und zur Durchsetzung der Forderungen nach Demokratie und Menschenrechten. Die Polizei setzt Tränengas und Schlagstöcke gegen die Menschen ein, die an diesem Programm teilnehmen und verhaftet viele von ihnen. Die Bewegung tritt in ihre entscheidende Phase. (FOPHUR, Fernschreiben vom 03.04.1990)

30.03.1990

Die Bewohner des Kathmandutals organisieren aus Protest gegen das feindliche Vorgehen der Regierung zahlreiche Demonstrationen. Eine besonders große Demonstration mit über 50.000 Teilnehmern wird in Patan abgehalten. Dort sterben an den Folgen von Polizeischüssen zwei Personen, zehn weitere, darunter ein neunjähriges Kind, werden verletzt.
(FOPHUR, Fernschreiben vom 03.04.1990)

31.03.1990

Die Polizei dringt in zahlreiche Privathäuser in Patan ein und verhaftet viele Personen. Dies wiederum steigert den Unmut der Bevölkerung und veranlaßt sie zu einer weiteren Demonstration. Wiederum eröffnet die Polizei das Feuer auf die Demonstranten. Acht Personen werden verletzt. Eine Krankenschwester des Bir-Hospitals wird auf dem Weg zu ihrer Arbeitsstätte von einer Polizeikugel getroffen. Die Polizei gibt nach wie vor keinerlei Informationen über die Opfer ihres brutalen Vorgehens preis.
(FOPHUR, Fernschreiben vom 03.04.1990)

01.04.1990

Die Demonstrationen der Bevölkerung und die Repressalien der Polizei werden an verschiedenen Orten des Landes fortgesetzt.
(FOPHUR, Fernschreiben vom 03.04.1990)

01.04.1990

Nachdem auch innerhalb des Kabinetts der Unmut über die Unterdrückung des Volkes gewachsen ist und sich mehrere Kabinettsmitglieder "regierungsfeindlich" geäußert haben, nimmt König Birendra eine größere Kabinettsumbildung vor. Es werden insgesamt 12 Minister, Staats- und Assistenzminister entlassen. Die Tatsache, daß der König weiterhin an Premierminister Marich Man Singh Shrestha festhält, zeigt, daß er unverändert die harte Regierungslinie fortsetzen will.
(HMG, Fernschreiben an die nep.Botschaften vom 01.04.1990)

02.04.1990

Wegen des Todes ihrer Familienangehörigen und der unerträglichen Repressalien durch die Regierung Seiner Majestät gehen in Patan mehr als 30.000 Menschen auf die Straße. Sie haben sich diesmal zu ihrer eigenen Verteidigung mit hölzernen Küchengeräten und alten Schwertern bewaffnet. Man errichtet außerdem Straßenbarrikaden, um die bewaffneten Polizeieinheiten und ihre Fahrzeuge zu stoppen. Hubschrauber und Flugzeuge der Regierung kreisen über der Stadt.
(FOPHUR, Fernschreiben vom 03.04.1990)

03.04.1990

Am Abend werden in Kirtipur, einer alten Stadt südwestlich von Kathmandu, fünf Personen durch Polizeischüsse getötet. Zahlreiche andere werden verwundet. Die Polizei feuert blind in die Menschenmenge, als Kirtipur infolge der Stromabschaltung in Dunkel gehüllt wird. Die Regierung Seiner Majestät benutzt Hubschrauber, um Tränengas gegen die Demonstranten einzusetzen. Auch ganz Kathmandu ist aus Protest gegen die Regierung für mehr als zwei Stunden ohne jegliche Stromversorgung. Vielerorts dauert der Stromausfall bis zum nächsten Morgen. In den Stadtteilen Chabahil und Baneshwar werden zwei weitere Personen von der Polizei zu Tode geprügelt.
(FOPHUR, Fernschreiben vom 03.04.1990)

05.04.1990

Unter dem Eindruck der zunehmenden Protestbewegung, entläßt König Birendra am späten Abend, nur vier Tage nach der großen Kabinettsumbildung, das gesamte Marich Man Singh Shrestha - Kabinett. Er bildet einen vierköpfigen neuen Ministerrat mit Lokendra Bahadur Chand als Premierminister. Chand war bereits einmal von 1983 bis 1986 Premierminister. Damals hatte er Surya Bahadur Thapa aufgrund eines Mißtrauensvotums im Parlament gestürzt. Lokendra Bahadur Chand gilt als gemäßigter Pancha, der dem Oppositionsflügel innerhalb des Systems angehört.
(BBC, 06.04.1990)

06.04.1990

König Birendra wendet sich am frühen Morgen in einer Radioansprache an das nepalische Volk. Er bekundet seine Gesprächsbereitschaft mit den verbotenen Parteien. Von ihm in Aussicht gestellte Reformen des Systems erinnern jedoch allzu sehr an das Jahr 1979. Die Träger der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung lehnen das Angebot des Königs grundlegend ab. Sie bestehen auf einer sofortigen Abschaffung des undemokratischen Panchayat-Systems, Wiedereinführung eines Vielparteiensystems und Umwandlung des Hindu-Königtums in eine konstitutionelle Monarchie. Es bilden sich spontan an allen Ecken und Enden des Kathmandutals Demonstrationen, die sich im Laufe des Tages vor dem Königspalast sammeln. Man spricht von 500.000 Teilnehmern, der größten Demonstration, die Nepal je erlebt hat. Als der Volkszorn überhand nimmt und man die Absperrungen vor dem Königspalast durchbricht, eröffnen Polizei und Militär das Feuer auf die Menge. Es wird von 200 bis 300 Toten und mehreren hundert Verletzten berichtet. Die Toten sollen vom Militär in einem Massengrab verscharrt worden sein. Jedenfalls bestätigt die Regierung lediglich sechs Tote, darunter auch zwei Bundesbürger. Bezeichnend ist, daß erstmals auch das Militär in die Auseinandersetzungen hineingezogen wird.
(BBC, WDR, Deutschlandfunk, 06.04.1990)

07.04.1990

Über Kathmandu und Patan wird eine Ausgangssperre verhängt, die nur für zwei Stunden am Tag unterbrochen werden soll, damit die Bevölkerung notwendige Besorgungen erledigen kann. Militär und Polizei patrouillieren durch die Straßen. Sie haben den strikten Befehl, jeden, der gegen diese Ausgangssperre verstößt, auf der Stelle zu erschießen. Es gibt bereits am Morgen einige Meldungen aus Patan, daß sie diese Anweisung in die Tat umgesetzt haben. Ungeachtet dessen kommt es in Bhaktapur abermals zu einer Demonstration von über 15.000 Personen. An diversen Orten Nepals sterben wieder Menschen im Kugelhagel der Polizei. Aufgrund der angespannten Lage wird die Ausgangssperre entgegen der ursprünglichen Ankündigung nicht unterbrochen.

(BBC, WDR, 07.04.1990)

08.04.1990

Wegen der großen Demonstration vom Vortag wird die Ausgangssperre auch auf Bhaktapur ausgedehnt. Polizei und Militär patrouillieren in allen Straßen der drei großen Städte des Kathmandutals. Der Königspalast ist hermetisch abgeriegelt. Aus anderen Teilen des Landes werden weiterhin Demonstrationen und Ausschreitungen der Polizei gemeldet. Die Notregierung mit Premierminister Lokendra Bahadur Chand bemüht sich um Gespräche mit dem Parteienlager. Die Parteien wollen jedoch nur mit König Birendra persönlich sprechen. Ganesh Man Singh, der oberste Führer des NC ist selbst dazu nicht mehr bereit, wenn der König nicht zuvor die Rückkehr zum Vielparteiensystem erkläre. Wörtlich sagt er: "Dies ist die letzte Chance, die der König hat. Ich bin bereits von drei Königen betrogen worden. Ich lasse mich nicht mehr mit leeren Floskeln hinhalten. Wenn der König nicht umgehend einlenkt, wird das Land im Chaos versinken." Am Abend harren die Menschen vor Radios und Fernsehern aus weil eine wichtige Mitteilung angekündigt wird. Etwa 1½ Stunden nach dem normalen Programmschluß von Nepal TV wird dann verkündet, der König habe ab sofort die politischen Parteien wieder zugelassen. Die Verfassung werde entsprechend geändert. Menschen strömen trotz Ausgangssperre jubelnd auf die Straßen. Polizei und Militär, die offensichtlich noch nicht über die veränderte Situation informiert sind, eröffnen das Feuer. Wie schon in den Tagen zuvor, werden Krankenwagen nicht zu den Verletzten und Sterbenden gelassen. Man spricht offiziell von sechs Toten.

(BBC, 8. u. 9.4.1990)

09.04.1990

Die Ausgangssperre ist offiziell aufgehoben. Polizei und Militär ziehen sich zurück. Lediglich der Königspalast bleibt weiter abgeschirmt. Die Menschen feiern ausgelassen auf den Straßen den "Sieg des Volkes". Überall ziehen Gruppen mit Fahnen der bis gestern verbotenen Parteien durch die Städte. Die Gewalt droht nun ins andere Lager überzuschlagen. Verständlicherweise aufgetauter Haß wird unverhohlen geäußert. Gruppen von Extremisten fordern lautstark, den abgesetzten Premierminister Marich Man Singh Shrestha zu hängen. Die Parteiführer haben große Mühe, die Massen zur Vernunft zu bringen. Girija Prasad Koirala, der Generalsekretär des NC und einer der populärsten Parteipolitiker Nepals, plädiert in einer Ansprache vor einer großen Menschenmenge, man möge den Panchayat-Politikern verzeihen; viele von ihnen könnten sicherlich auch in Parteien sinnvolle Arbeit leisten. Koirala wird jedoch von der Menge niedergeschrien. Derweil bemühen sich die Parteiführer und die Notregierung um ein Programm, wie es weitergehen soll. Es deutet sich an, daß eine Übergangsregierung gebildet wird, der Partei- und Panchayatpolitiker angehören sollen. Parteiführer wie Ganesh Man Singh machen klar, daß die Normalisierung der Lage in Nepal davon abhängen wird, wie schnell der König eindeutig auf seine absoluten Rechte verzichtet.

(BBC, 9.4.1990)

10.04.1990

Die anfängliche Euphorie über der Wiederzulassung der Parteien verschwindet allmählich. Die Führer der politischen Parteien bringen ihren Unmut zum Ausdruck, daß König Birendra immer noch keine weiteren Schritte zu einem Vielparteiensystem unternommen hat. Man erwartet insbesondere die sofortige Bildung einer Übergangsregierung. Führer des NC kündigen an, daß die Demokratiebewegung fortgesetzt werden soll, falls der König nicht bald entscheidende weitere Schritte unternahme. Außenminister Pashupati Shamsher Rana spricht demgegenüber von einem Fortgang der Verhandlungen und Gespräche mit den Parteien. Er kündigt ferner an, daß das Panchayatlager in einer entsprechenden neuen Partei aufgefangen werden soll.

(BBC, 10.04.1990)

11.04.1990

Weiterhin keine Reaktion aus dem Königspalast. Die Parteiführer sehen sich zunehmend von radikalen Kräften aus den eigenen Reihen bedrängt, welche die Aussetzung der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung abgelehnt hatten. Sie setzen daher König Birendra ein Ultimatum von 48 Stunden, um eine Übergangsregierung zu bilden, der er entweder selbst oder einer der Parteiführer vorstehen soll. Ansonsten müsse der Weg ohne den König beschritten werden.

(BBC, 11.04.1990)

13.04.1990

Noch vor Ablauf des 48stündigen Ultimatums kommt es erstmals zu einem Gespräch zwischen Ganesh Man Singh und König Birendra. Anschließend verlautet aus Parteikreisen, der König habe die Verantwortung

zur Bildung einer Übergangsregierung in die Hände von Ganesh Man Singh gelegt. Am Sonntag (15.04.) solle es zu weiteren Gesprächen zwischen dem König und den Parteiführern kommen, bei denen es dann um die von den Parteien geforderte sofortige Abschaffung des Panchayat-Systems gehen solle.
(BBC, 13.04.1990)

14.04.1990

Mit seiner üblichen Neujahrsansprache (1. Baishakh 2047) wendet sich König Birendra erst zum Zweitenmal seit Beginn der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung an das nepalische Volk. Wer allerdings die Bekanntgabe weiterer Schritte erwartet hat, wird enttäuscht. König Birendra bedauert die zahlreichen Toten und Verletzten im Verlauf der Demonstrationen. Jetzt aber sei für Nepal ein neues Zeitalter angebrochen. Alle politischen Richtungen des Landes sollten an der Ausarbeitung einer neuen Verfassung beteiligt werden. Kein Wort jedoch zur Zukunft des Panchayat-Systems bzw. dessen Abschaffung.

Frau Sahana Pradhan, die Vorsitzende der United Leftist Front, äußert sich in einem Interview unzufrieden. Sie spricht von einem Betrugsversuch; die Parteien würden weiterhin auf einer offiziellen Beendigung des Panchayat-Systems noch vor der Bildung einer Übergangsregierung bestehen.

Außenminister Pashupati Shamsher Rana spricht demgegenüber von einem positiven Fortgang der Verhandlungen. Er glaubt, daß innerhalb weniger Tage eine Einigung über eine Übergangsregierung erzielt werden könne. In einem Vielparteienstaat müsse auch das Panchayatlager sich nun als eine eigenständige Kraft des zukünftigen Nepal neu formieren.

(BBC, 14.04.1990)

15.04.1990

Ca. 15.000 - 20.000 Menschen versammeln sich in Kathmandu vor dem Gebäude, in welchem die Parteiführer mit dem Ministerrat über die von der Demokratiebewegung geforderte Auflösung des National-Panchayats und des gesamten Panchayat-Systems verhandeln. Als Premierminister Lokendra Bahadur Chand das Treffen verläßt, wird sein Fahrzeug von erregten Demonstranten mit Steinen beworfen.

Am nächsten Morgen um vier Uhr harren immer noch etwa 2.000 Demonstranten vor dem Gebäude aus, in welchem die Verhandlungen andauern. Sie rufen "Wir wollen Demokratie!" und "Lange lebe Ganesh Man!". Die Demonstranten setzen auf diese Weise auch die an der Verhandlung beteiligten Parteiführer unter Druck. Das Volk möchte endlich ein Ergebnis. Es möchte, daß sobald wie möglich freie demokratische Wahlen durchgeführt werden. Bei einem Weiterbestehen des korrupten Panchayat-Systems ist jedoch eine Verfälschung in ähnlicher Weise wie beim Referendum von 1980 zu befürchten. Daher drängt das Volk auf eine umgehende Beendigung des Panchayat-Systems. Nur unter einer Interimsregierung der demokratischen Parteien können reguläre Wahlen durchgeführt werden. Es fließen große Summen ausländischer Hilfsmittel ins Land und auch der Tourismus wirft einiges ab. Das Volk fragt sich: Wo versiegen diese Gelder? Eine Erklärung kann nur in der Korruptivität des Panchayat-Systems liegen. Der König hätte aufgrund seiner absoluten Stellung verfassungsmäßig die Möglichkeit, dem System ein sofortiges Ende zu bereiten. Doch er zögert, da eine solche Entscheidung auch seinen persönlichen Machtverlust einleiten würde. Bisher reagierte er nur, wenn Demonstrationen und Blutvergießen überhand nahmen. Man fragt sich: Wielange kann er sich das noch erlauben?

(BBC, 15. u. 16.04.1990)

16.04.1990

Die Demokratiebewegung verzeichnet ihren zweiten großen Erfolg: König Birendra verkündet die sofortige Auflösung des Panchayat-Systems. Premierminister Lokendra Bahadur Chand tritt zurück; er soll jedoch bis zur Bildung einer neuen Regierung die Amtsgeschäfte weiterführen. Der König äußert sich jedoch nicht zur Forderung der Parteien nach freie Wahlen und vor allem nicht zu seiner eigenen zukünftigen Rolle, die nur in einem Verzicht auf seine absoluten Rechte eines Hindukönigs und der Einführung einer konstitutionellen Monarchie bestehen kann. Nepal kann nicht länger ein Hindustaat sein; das Zeitalter der Demokratie ist endgültig angebrochen. Diese Forderung wird von den Parteiführern nach wie vor nicht wörtlich ausgesprochen; man hofft weiterhin auf die Selbsteinsicht des Königs. Padma Ratna Tuladhar, Parlamentsabgeordneter und Mitglied der United Leftist Front, der im Verlauf der Demokratiebewegung verhaftet worden war, weil er für die Durchsetzung der Forderungen des Volkes auf die Straße gegangen war, antwortet auf die Frage, wie die Rolle des Königs aussehen werde: "Das Volk möchte die Demokratie. Der König wird nicht umhin können, die entsprechenden Veränderungen vorzunehmen."

Am Nachmittag empfängt König Birendra abermals Ganesh Man Singh zu einem etwa 2½stündigen Gespräch, dessen Atmosphäre von Ganesh Man Singh als offen und freundlich, ja geradezu herzlich bezeichnet wird. Ergebnis des Gesprächs ist, daß Ganesh Man Singh mit der Verantwortung einer neuen Regierungsbildung beauftragt wird. Wegen seines Alters und schlechten Gesundheitszustandes verzichtet Ganesh Man Singh jedoch selbst auf das Amt des Premierministers. Am Abend verlautet, daß Krishna Prasad Bhattarai, der seit dem Tode von B.P.Koirala amtierende Vorsitzende des Nepali Congress, der neue Premierminister sein wird und als solcher auch die Unterstützung der United Leftist Front besitzt. König Birendra äußert sich jedoch immer noch nicht, welche Rolle er im zukünftigen Staatswesen zu spielen gedenkt.

(BBC, 16.04.1990)

17.04.1990

Der designierte neue Premierminister, Krishna Prasad Bhattarai, kündigt bereits vorab die weiteren Vorkehrungspläne seiner Übergangsregierung an. Zunächst soll innerhalb der nächsten 90 Tage eine neue Ver-

fassung ausgearbeitet werden, damit das Panchayat-System endgültig der Vergangenheit angehören kann und die neue Regierung eine rechtliche Handlungsbasis besitzt. Innerhalb eines Jahres sollen dann Wahlen zu einem frei gewählten demokratischen Parlament stattfinden. Diese Pläne hätten auch die volle Unterstützung der an seiner Regierung beteiligten sieben Parteien der United Leftist Front. Entscheidend für eine erfolgreiche Verwirklichung dieser Pläne werde sein, ob König Birendra mit der ihm zugeordneten Rolle eines konstitutionellen Monarchen mit beschränkter Macht einverstanden sein werde. Eine der ersten Maßnahmen der Regierung solle eine Normalisierung des Verhältnisses zum Nachbarland Indien sein, mit dem sich die Panchayat-Regierung auf einen aussichtslosen und das nepalische Volk hart treffenden Wirtschaftskonflikt eingelassen hatte. K.P.Bhattarai ist überzeugt, mit dem neuen indischen Premierminister, B.P.Singh, eine rasche und für beide Seiten akzeptable Lösung zu finden.

(BBC, 17. u. 18.04.1990)

19.04.1990

Die neue Regierung wird vereidigt. Premierminister Krishna Prasad Bhattarai bekleidet außerdem noch die Ämter des Außen- und des Verteidigungsministers. Seinem Kabinett gehören 10 weitere Minister an, darunter Frau Sahana Pradhan, die Vorsitzende der United Leftist Front, und Prof. Mathura Prasad Shrestha, der Vorsitzende des Forum for Protection of Human Rights Nepal (FOPHUR). Nach wie vor hat aber auch König Birendra zwei eigene Leute in diesem Ministerrat sitzen, wobei vor allem der Einsatz von Kesar Jung Rayamajhi, des früheren kommunistischen Führers und heutigen engen Vertrauten des Königs, als Kulturminister auf heftige Kritik stößt.

Die Kabinettsliste sieht wie folgt aus:

1. Krishna Prasad Bhattarai (Premierminister, Verteidigung, auswärtige Angelegenheiten, Palastangelegenheiten)
2. Sahana Pradhan (Industrie und Handel)
3. Kesar Jung Rayamajhi (Bildung und Kultur, allgemeine Verwaltung)
4. Achyut Raj Regmi (Wohnungswesen und physikalische Planung)
5. Mahendra Narayan Nidhi (Wasserressourcen und lokale Entwicklung)
6. Yog Prasad Upadhyaya (Inneres und Kommunikationswesen)
7. Nilamber Acharya (Justiz, Arbeit, soziale Wohlfahrt und Tourismus)
8. Jhala Nath Khanal (Landreform, Landwirtschaft und Forstwesen)
9. Marshal Julum Shakya (Versorgung, öffentliche Arbeiten und Transport)
10. Dr. Devendra Raj Pande (Finanzen)
11. Prof. Dr. Mathura Prasad Shrestha (Gesundheit)

(BBC, 19.04.1990 und Telefax der Royal Nepalese Embassy, Bonn, 19.04.1990)

20.04.1990

Es soll eine kleinere Demonstration aus dem Kreis der Linksgruppen gegen die Zusammensetzung des neuen Kabinetts gegeben haben.

(persönliche Information aus Nepal)

23.04.1990

Im Volk steigert sich der Unmut gegen den Palast. Polizei und Militär unterstehen weiterhin direkt dem König; das neue Kabinett hat keinen Einfluß. Demonstranten fordern daher in Kathmandu, Polizei und Militär dem Ministerrat zu unterstellen. Außerdem wird der Ruf nach einer sofortigen Ablösung der Zonenkommissare (Ancaladhis) laut, die direkt vom König ernannt worden sind und in den 14 Verwaltungszonen Nepals für Ruhe und Ordnung zu sorgen haben. Im Verlauf der Demonstration kommt es zu Ausschreitungen; aufgeregte Demonstranten greifen Polizisten und - wie es heißt - als Polizisten verkleidete Mandale an, lynchen einige von ihnen und schleifen sie vor den Königspalast. Wie schon bei früheren Demonstrationen eröffnet die Polizei das Feuer. Es gibt wieder zahlreiche Opfer; man spricht von bis zu 10 Toten und über 70 Verletzten. Es wird eine nächtliche Ausgangssperre über Kathmandu verhängt, die in der Folgezeit zwar mehrfach verkürzt, aber erst am 10. Mai wieder völlig aufgehoben wird, und das Militär kontrolliert die Straßen.

Die im Volk verhaßten Randaliererbanden waren von der Panchayat-Regierung während der Demokratiebewegung bewußt eingesetzt worden (sie sollen bis zu 300 Rs. pro Tag erhalten haben), um die Bewegung in Verruf zu bringen. Bereits bei den Unruhen von 1979, die damals zum Referendum über das Panchayat-System führten, war die Regierung ähnlich verfahren. Sie hatten ihren Ursprung in den sechziger Jahren, als die Panchayat-Regierung Schüler und Studenten kaufte, um sie als Spitzel gegen Sympathisanten der verbotenen Parteien an Universität und Schulen einzusetzen. Da diese Gruppen später im "Rastravadi Svatantra Vidyartha Mandal" (RSVM), der Studentenvereinigung des Panchayat-Systems institutionalisiert wurden, werden sie allgemein als "Mandaliya" oder "Mandale" bezeichnet. Seit der Beendigung des Panchayat-Systems am 16. April streifen diese Banden nachts durch die Stadt, dringen in Privathäuser ein, rauben und plündern. Die Bevölkerung traut sich kaum noch zu schlafen. Es mehren sich die Aussagen, daß diese Banden ihren Auftrag vom Palast erhalten und bildet in den Stadtbezirken und Dörfern eigene Zivilschutztruppen, die sogenannten "Tol Raksya Sangh" oder "Vigilante Groups". Ein besonderes Problem ist auch, daß viele Polizisten ihre Ausweise nicht mit sich führen und sich daher bei Zusammenstößen mit den Tol Raksya Sangh nicht als tatsächliche Polizisten ausweisen können. Oft genügt es schon, wenn einer ruft: "Das sind Mandale", um eine gewalttätige Auseinandersetzung anzuzetteln. Die Parteienregierung soll in Verruf gebracht werden, um die absolute Macht des Königs zu erhalten. Da Polizei und Mili-

tär weiterhin dem König unterstehen, können die Banden ungehindert ihr Unwesen treiben. Das Volk fordert daher zunehmend die Abschaffung der Monarchie.

Weitere Angst wird durch die Nachricht verbreitet, das Trinkwasser der Stadt sei verseucht worden. Bis zum nächsten Morgen traut sich niemand, Wasser zu verwenden, ehe dann von der Regierung die Entwarnung kommt.

Auf dem Land läßt die Bevölkerung keine Fremden mehr in die Dörfer, da man Angst vor der Einschleusung von Spitzeln hat. In der Folge sind Reisende zunehmend gefährdet, da die Bevölkerung sehr sensibel reagiert.

(BBC, 23. u.24.04.1990 und persönliche Informationen aus Nepal)

27.04.1990

Nachdem man im Volk zunehmend unruhig geworden ist über die weiteren Maßnahmen der Regierung, leitet der Ministerrat einen weiteren wesentlichen Schritt zur Abschaffung des Panchayat-Systems ein. Mit sofortiger Wirkung werden alle Dorf-, Stadt- und Distrikt-Panchayats aufgelöst. Es verlautet jedoch nicht, wie diese Verwaltungslücke so rasch wieder geschlossen werden soll. Gleichzeitig wird bekannt, daß alle Staatssekretäre, also die höchsten Verwaltungsbeamten, ausgetauscht werden sollen. Ein weiteres Amt, das harter Kritik ausgesetzt ist, ist das des Polizeichefs. Das neue Kabinett hatte auch seine Absetzung erwogen, da es sich um einen Mann des Königs handelt. Man ist aber von dieser Überlegung wieder abgerückt, da man im Augenblick keinen gleichwertigen Ersatz für ihn sieht. Erstmals in der nepalischen Geschichte gibt es nämlich bereits einen designierten Nachfolger, u.z. einen engen Verwandten der Königin. Diese hatte das neue Amt durchgesetzt, nachdem sie ihren Verwandten nicht direkt als Polizeichef hatte einsetzen können. Der neue Ministerrat will aber diesen Mann auf keinen Fall zum Polizeichef ernennen, da dann die Königin noch weitergehender ihre Intrigen spinnen könnte. Der Ärger im Volk über die Königin zeigt sich rein äußerlich schon darin, daß man in Häusern und an Tempeln das Bildnis der Königin entfernt hat; der König wirkt wie ein Witwer. Es ist auf den Straßen Kathmandus ein offenes Geheimnis, daß Königin Aishvarya Rajya Lakshmi Devi Shah, die in Anlehnung an die Gattin des früheren philippinischen Diktators "Imelda" gerufen wird, in mehreren westlichen Ländern Bankkonten mit hohen Beträgen unter dem Namen Pampa Devi Thakuri angelegt hat. Königin Aishvarya traut sich kaum noch in die Öffentlichkeit und soll zahlreiche ihrer Ämter, darunter das der Vorsitzenden des Social Services Coordination Council's, welcher die Verteilung der ins Land fließenden Entwicklungshilfegelder überwacht und regelt, aufgegeben haben. Offensichtlich beugt Nepals Königin bereits für den Ernstfall vor.

(BBC, 27.04.1990, und persönliche Informationen aus Nepal)

Ende April 1990

Die Regierung erhöht den Betrag für die finanzielle Unterstützung der Familien jener Personen, die im Verlauf der Demokratiebewegung getötet wurden, von jeweils 15.000 auf 20.000 Rupien.

(Gorkhapatra, 30.04.1990)

29.04.1990

Für den kommenden Tag werden alle 14 vom König eingesetzten Zonenkommissare (ancaladhis) in die Hauptstadt beordert. Diese sind hauptverantwortlich für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und den Einsatz von Polizei und Militär in ihren Zonen. Sie tragen somit auch die Verantwortung für die Polizeiausbreitungen im Verlauf der Demokratiebewegung. Aus Volkskreisen ist die Forderung nach einer völligen Abschaffung dieses Amtes unüberhörbar.

(Gorkhapatra, 30.04.1990, The Rising Nepal, 01.05.1990, und persönliche Informationen aus Nepal)

29.04.1990

Am Abend wird in Pokhara das Gebäude des Distrikt-Panchayat-Sekretariats von Ambar Bahadur Karki, dem Vorsitzenden des abgesetzten Kaski Distrikt-Panchayats, Bharat Raimajhi und anderen Mandaliya in Brand gesetzt und vollständig zerstört. Die Bevölkerung ergreift Bharat Raimajhi und seine Gefährten und übergibt sie der örtlichen Armeeeinheit. Am nächsten Morgen versammelt sich eine große Menschenmenge vor dem Wohnhaus des Chief District Officers (CDO), Ram Chandra Upadhyaya, und verlangt eine Bestrafung der Schuldigen. Der CDO befiehlt der Polizei, auf die erregte Menge zu schießen. Zwei Personen werden getötet und mehr als 10 verletzt. Daraufhin ergreift die Menge auch den CDO und die Polizisten und übergibt sie ebenfalls der Armee. Unterdessen wird bekannt, daß Ambar Bahadur Karki zusammen mit Radheshyam Kamaro, einem früheren Staatsminister und Surya Bahadur K.C., dem Vorsitzenden des aufgelösten Stadt-Panchayats von Pokhara geflohen sind. Zur Untersuchung der Zwischenfälle begibt sich Innenminister Y.P.Upadhyaya gemeinsam mit seinem Ministerkollegen Jhala Nath Khanal nach Pokhara.

(Gorkhapatra, 01.u.04.05.1990; Samaj und Nepal Bhumi, 01.05.1990)

29.04.1990

Minister Jhala Nath Khanal erklärt auf einem Treffen der All Nepal Women's Association in Kirtipur, daß der Kampf des Volkes für die Verwirklichung voller demokratischer Rechte, einschließlich des Rechts zum Entwurf und zur Änderung der Verfassung, fortgesetzt werde. Er verweist auf das 14-Punkte-Programm der United Left Front und droht mit seinem Rücktritt vom Ministeramt, "wenn wir nicht die notwendige Kooperation seitens der Bürokratie und der Machtzentren erhalten."

(The Rising Nepal, 01.05.1990)

30.04.1990

Der Generalinspekteur der Polizei kündigt an, daß in jedem Stadtbezirk zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung Schutztruppen (Vigilante Groups) gebildet werden sollen, die aus Polizisten und vom Nepali Congress und der United Left Front zu benennenden Freiwilligen bestehen. Beide Seiten stellen je einen Anführer. Hierdurch soll das derzeitige Mißtrauen zwischen Polizei und Volk reduziert werden. Erste derartige Komitees werden Anfang Mai in Baneshwar, Maitidevi, Dilli Bazar und anderen Orten aufgestellt.

Der Generalinspekteur der Polizei fordert gleichzeitig die Polizisten auf, ihrer Verantwortung in Hinsicht auf die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, die Verbrechensbekämpfung und den Schutz von Leben und Eigentum der Bürger unabhängig vom politischen System gerecht zu werden. Er kündigt an, Mangel an Disziplin und Extremismus streng zu bestrafen, und fordert zur Zusammenarbeit mit dem Volk auf. Den Familien der bei der Wahrnehmung ihrer Pflichten getöteten Polizisten sichert er finanzielle Hilfe zu. (The Rising Nepal, 30.04.1990 u. Gorkhapatra, 01. u. 05.05.1990)

30.04.1990

Jhala Nath Khanal, der Minister für Forsten und Bodenerhaltung weist darauf hin, daß reaktionäre Elemente in verschiedenen Gegenden des Landes die Übergangsphase nutzen, um Raubbau an den ohnehin schon dezimierten Wäldern zu betreiben. Er fordert das Volk auf, dazu beizutragen, derartige Maßnahmen zu unterbinden und ein Bewußtsein für die Erhaltung der natürlichen Umwelt zu entwickeln. (Gorkhapatra, 01.05.1990)

01.05.1990

Erstmals wird auch in Nepal der 1. Mai von den Arbeitern gefeiert. Die Regierung erklärt den 1. Mai offiziell zum Tag der Arbeit und zum staatlichen Feiertag für die in der Industrie Beschäftigten. Zahlreiche Arbeiterorganisationen aus dem Umfeld der United Left Front und dem demokratischen Lager veranstalten Kundgebungen in Kathmandu. (Gorkhapatra, 30.04. u. 02.05.1990 u. The Rising Nepal, 02.05.1990)

01.05.1990

Das nächtliche Ausgangsverbot in Kathmandu, Patan und einigen anderen Orten des Kathmandutals wird auf sieben Stunden (21.00-4.00 Uhr) verkürzt. (The Rising Nepal, 02.05.1990)

01.05.1990

Finanzminister, Dr.D.R.Pandey, nutzt die Gelegenheit der Jahrestagung der Asian Development Bank in New Delhi zu Gesprächen mit führenden Mitgliedern der indischen Regierung. Er übergibt dem indischen Premierminister, V.P.Singh, einen Brief von Premierminister K.P.Bhattacharai, in welchem dieser zu einer Rückkehr des indisch-nepalischen Verhältnisses auf den Stand von vor dem 23.03.1989 bittet. V.P. Singh lädt K.P.Bhattacharai zu einem baldigen Besuch in Indien ein. Dr.D.R.Pandey betont nach seinen Gesprächen mit dem indischen Außenminister, I.K.Gujral, und dem indischen Finanzminister, Madhu Dandavate, er habe den Eindruck gewonnen, daß der indischen Regierung sehr an einer raschen Beilegung des Konflikts gelegen sei. Der politische Wille sei auf beiden Seiten vorhanden. (The Rising Nepal, 01.-05.05.1990)

02.05.1990

Die von Gobind Biyogi geleitete Nepal Journalists' Association ehrt auf einem Empfang jene 40 Journalisten, die im Verlauf der Demokratiebewegung verhaftet worden waren. Bei dieser Gelegenheit nimmt auch Premierminister Krishna Prasad Bhattacharai zum weiteren Vorgehen seiner Regierung Stellung. Er betont, daß bald eine Kommission mit dem Entwurf einer neuen Verfassung innerhalb von 90 Tagen beauftragt würde. Seine Regierung habe der Durchführung unparteiischer Wahlen absoluten Vorrang eingeräumt. Das zukünftige Wahlalter werde 18 Jahre betragen. Seine Regierung habe das von den Linken vorgelegte 14-Punkte-Programm voll akzeptiert, und der Nepali Congress werde zum Bündnis mit der United Left Front stehen. (Gorkhapatra, 03.05.1990)

03.05.1990

Der Gorkhapatra meldet, die beiden letzten politischen Gefangenen seien aus dem Gefängnis in Jhapa entlassen worden. Im Siraha-Gefängnis sind jedoch immer noch Bishnu Prasai, Ram Chandra Upreti und Dilli Kumar Mainali, die alle aus Jhapa stammen, auf der Grundlage des Public Security Act inhaftiert. (Gorkhapatra, 06.05.1990; Daily Diary, 11.05.1990)

03.-05.05.1990

Nationale Konferenz der Nepal Law Society über die "Art der voraussichtlichen Verfassung Nepals", an welcher über 300 Personen teilnehmen, darunter auch Andreas Proksch als Vertreter der Friedrich Naumann Stiftung. Als wichtigste Punkte werden hervorgehoben: Der König sollte sofort ein Constitution Drafting Committee aus Vertretern des Volkes bilden. Der Verfassungsentwurf sollte vor seiner endgültigen Verabschiedung dem Volk zur Diskussion vorgelegt werden. Die Souveränität muß beim Volk liegen, und die Rolle des Monarchen muß konstitutionell sein. Es wird ein Zweikammerparlament empfohlen; das Oberhaus sollte sich aus Vertretern unterschiedlicher Regionen, Berufe und Religionsgemeinschaften zusammensetzen.

zen, während das Unterhaus aus gewählten Vertretern des Volkes bestehen sollte. Das Parlament sollte die höchste Institution des Staates sein und mit Zweidrittelmehrheit auch die Verfassung ändern können. (Gorkhapatra, 04.05.1990; Rising Nepal, 04., 05. u. 07.05.1990)

Anfang Mai 1990

Die am 6. April gebildete Kommission zur Untersuchung der Ausschreitungen gegen Leben und Besitzstand der Bürger seit dem Beginn der Demokratiebewegung, der die Richter Prachand Raj Anil, Hari Prasad Sharma und Kedar Nath Acharya angehören, wird um zwei Vertreter der Menschenrechtsorganisationen erweitert: Prakash Kaphley, Generalsekretär von FOPHUR, und Kapil Shrestha, HURON. Außerdem wird die Funktionsdauer dieser Kommission von einem auf drei Monate verlängert. In dieser Zeit sollen nun alle Zwischenfälle im Zusammenhang mit der Demokratiebewegung untersucht werden. Die beiden Vertreter der Menschenrechtsorganisationen weisen ihre Nominierung jedoch aus moralischen Gründen zurück, da sie nicht einer Kommission angehören wollen, die von der Panchayat-Regierung ausgerechnet am Tag des schlimmsten Massakers gebildet worden war. Die Human Rights Organization of Nepal beauftragt ihrerseits Dr. Rajesh Gautam, den stellvertretenden Vorsitzenden ihrer Kathmandu-Gruppe, einen Bericht über die Demokratiebewegung in den unterschiedlichen Gegenden des Landes zu erstellen. (Nepal Rajpatra, 06.04.1990; Gorkhapatra 04. u. 09.05.1990; Rising Nepal, 11.05.1990)

05.05.1990

Eine Abordnung der Nepal Support Group Germany trifft sich auf dem Frankfurter Flughafen zu einem mehrstündigen Gespräch mit Prof. Mathura Prasad Shrestha, dem Vorsitzenden von FOPHUR und jetzigen Gesundheitsminister, der sich in Begleitung von Dr. Santosh Shrestha auf der Durchreise zur Weltgesundheitsorganisation in Genf befindet. Prof. Shrestha lobt die gute Unterstützung der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung gerade von deutscher Seite. Er betont die Notwendigkeit einer weiteren Unterstützung der Menschenrechtsbewegung in Nepal durch das Ausland und bittet die Abordnung der Nepal Support Group, ihre Arbeit unbedingt fortzusetzen. Aus diesem Grunde wird die Nepal Support Group am 13. Mai in einen rechtsfähigen Verein unter dem Namen Human Rights Forum Nepal umgewandelt. (Siehe Interview mit Prof. Shrestha und Aufruf des HUMAN RIGHTS FORUM NEPAL in gesonderten Kästen.)

07.05.1990

Premierminister Krishna Prasad Bhattarai erklärt auf einem Empfang des Nepal World Peace Committee's, die 14 Zonal Commissioners (Achaladhish), deren Funktion im Panchayat-System und vor allem im Verlauf der Demokratiebewegung harter Kritik ausgesetzt war, seien zurückgetreten. (Gorkhapatra, 08. u. 09.05.1990)

08.05.1990

Eine Delegation der People's Front (Janvadi Morcha) unter Leitung ihres amtierenden Vorsitzenden, Prem Krishna Pathak, trifft sich mit Premierminister Krishna Prasad Bhattarai. Man fordert die Bildung einer Verfassungskommission mit Vertretern aller politischer Parteien, um eine Übergangsverfassung zu entwerfen, unter der dann Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung abgehalten werden sollten. Ferner verlangt man eine Generalamnestie für alle im Exil lebenden politischen Führer, darunter Ram Raja Prasad Singh, der Führer der People's Front, Mohan Bikram Singh (Mashal-Gruppe der Nepal Communist Party) und Chandra Prakash Mainali (marxistisch-leninistischer Flügel der NCP), sowie die vorzeitige Entlassung der 12 in Verbindung mit den Bombenanschlägen von 1985 inhaftierten Personen. (Gorkhapatra, 09.05.1990)

08.05.1990

Eine Delegation der neu gegründeten "Nepal National People's Liberation Front" trifft Premierminister Krishna Prasad Bhattarai und fordert die sofortige Auflösung des Staatsrats (Raj Sabha) und baldige Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung. Die Führer dieser neuen Partei, M.S.Thapa und Gore Bahadur Knapangi, waren zuvor Mitglieder der Nepal Communist Party. Wichtigste Ziele der Partei ist die Errichtung eines föderativen Staates mit lokaler Autonomie auf säkularer Basis. (Gorkhapatra, 09.05.1990)

10.05.1990

Der National Sports Council wird auf Vorschlag des Premierministers von König Birendra aufgelöst. Jener war auf der Grundlage des National Sports Council Act von 1964 zur Entwicklung des Sports in Nepal gegründet worden. Sieben der 13 Mitglieder, der Vorsitzende und andere Amtsträger waren vom König ernannt worden. Sportleraustausch und Begegnungen mit Sportlern anderer Nationen waren nur mit Genehmigung dieses Rats möglich. Daneben diente der Rat in der Vergangenheit als ein Forum des Macht- und Geldmißbrauchs höchsten Grades. So wurde bekannt, daß der National Sports Council über 2.000 Sportler beschäftigt hatte, um die Demokratiebewegung zu unterdrücken. Hierzu wurden täglich etwa 600.000 Rupien (= ca. 35.000 DM) aufgewendet.

Der Bildungs- und Kulturminister, Kesar Jung Rayamajhi, einer der Vertrauten des Königs im Kabinett, wird mit der Bildung eines neuen Rats beauftragt. (Gorkhapatra, 08. u. 11.05.1990; Nepali Avaj, 11.05.1990)

10.05.1990

Die Vizekanzler und andere führende Beamte der Tribhuvan University und der Mahendra Sanskrit University treten zurück, nachdem die Universitätslehrer zur Unterstützung ihrer Forderung nach deren Rücktritt einen Hungerstreik begonnen hatten.

(Gorkhapatra, 11.05.1990)

11.05.1990

Shrish Shumshere Rana, der Vorsitzende und Generalmanager der Gorkhapatra Corporation, in deren Verlag u.a. die staatlichen Blätter Gorkhapatra und Rising Nepal erscheinen, die sich in der Vergangenheit immer wieder als Sprachrohr der Panchayat-Regierung ausgezeichnet hatten, tritt zurück. Als sein Nachfolger wird wenige Tage später Bhagwat Chandra Karmacharya ernannt.

(Rising Nepal, 12.05.1990 u. Gorkhapatra, 16.05.1990)

11.05.1990

König Birendra bildet ohne Konsultation des Übergangskabinetts eine Verfassungskommission. Dies führt zu massiven Protesten aus dem Parteienlager und dem Volk. Auch innerhalb des Regierungsbündnisses kommt es zu Streitigkeiten über die angeblich ungeschickte Vorgehensweise von Premierminister Krishna Prasad Bhattarai in diesem Zusammenhang. Die Kritik der Presse an der Maßnahme des Königs ist durchweg scharf.

(BBC, 10.05.1990; diverse nepalische Zeitungen)

12.05.1990

Der Gorkhapatra berichtet nun offiziell, daß Königin Aishwarya das skandalumwitterte Amt der Vorsitzenden des Social Services National Coordination Council's, welcher für die Verteilung der auswärtigen Hilfsgüter zuständig ist, niedergelegt hat. Bis zur Ernennung eines neuen Vorsitzenden soll der Arbeits- und Sozialminister diese Funktion wahrnehmen.

(Gorkhapatra, 12.05.1990)

13.05.1990

In Burtiwang, im Baglung-Distrikt, kommt es zu einem Zwischenfall, als Studenten den Polizei-Unterspektor Dharma Prasad Gurung ergreifen, sein Gesicht schwärzen und groben Fehlverhaltens beschuldigen. Die Polizei eröffnet das Feuer; ein Student wird getötet und zwei andere verletzt. Die für die Schießerei verantwortlichen Polizisten werden später verhaftet und nach Pokhara gebracht.

(Samalochana, 14.05.1990; Gorkhapatra, 15.05.1990; Nayan Nepal, 17.05.1990)

13.05.1990

Studentengruppen der Nepal National Students Federation (Varma- und Manandhar Gruppen), der All Nepal National Independent Students Union, der Revolutionary Students Union, der Nepal Progressive Students Union und der Nepal Students Federation bringen auf einer gemeinsamen Veranstaltung im Open Air Theater in Kathmandu ihren Unmut über die vom König gebildete Verfassungskommission zum Ausdruck und verlangen deren sofortige Auflösung. Andere Organisationen stellen gleichlautende Forderungen. Gleichzeitig treten mehrere der vom König ernannten Kommissionsmitglieder zurück oder lehnen eine Beteiligung unter den gegebenen Voraussetzungen grundsätzlich ab.

(Gorkhapatra, 13. u. 14.05.1990; Rising Nepal 14.05.1990; Samalochana, 15.05.1990)

13.05.1990

In Kathmandu wird die Green Democratic Party gegründet. Die Führer dieser neuen Partei, Ravindra Kharel, Hridayesh Tripathi, Gobind Adhikari, Krishna Bhattachan und Madan Shrestha nennen als wichtigste Ziele die direkte Beteiligung der Bürger an allen Angelegenheiten des Staates, lokale Selbstverwaltung, Kontrolle, und Besitz der natürlichen Ressourcen durch die lokalen Gemeinschaften, eine eigenständige Wirtschaft und ein entwicklungsorientiertes föderatives Vielparteiensystem.

(Gorkhapatra, 14.05.1990)

14.05.1990

In Nepalganj ergreift die örtliche Bevölkerung Yam Bahadur Rawat, den stellvertretenden Vorsitzenden des Kohalpur-Dorfpanchayats wegen seiner korrupten Machenschaften und übergibt ihn der Polizei, der frühere Parlamentsabgeordnete Fatte Singh Tharu und andere Ex-Panchas sorgen jedoch für seine Entlassung. Daraufhin ergreift die Bevölkerung Fatte Singh Tharu, schert seinen Kopf, bindet ihm eine Schuulgirlande um und fährt mit ihm durch die Stadt, wobei Slogans gegen die korrupten Panchas angestimmt werden. Einige Studenten sollen auch die Polizei mit Steinen angegriffen haben. F.S.Tharu wird wieder freigelassen, nachdem er ein Schuldbekennnis unterschrieben hat.

Diese Vorfälle der Selbstjustiz werden vom Forum for Protection of Human Rights (FOPHUR) scharf verurteilt. Ähnlich äußern sich führende Vertreter des Panchayat-Lagers wie Matrika Prasad Koirala, Lokendra Bahadur Chand, Visvabandhu Thapa, Rajesvar Devkota, Lalit Chand und Nain Bahadur Swanr. Innenminister Yog Prasad Upadhyaya kündigt geeignete Maßnahmen gegen die Schuldigen an.

(Gorkhapatra, 15., 17. u. 19.05.1990; Samaj, 16.05.1990)

15.05.1990

König Birendra löst die fünf Tage zuvor von ihm gebildete Verfassungskommission infolge des massiven Drucks aus dem Volk wieder auf. Es heißt, er habe nun alle Verantwortung für die Bildung einer derarti-

gen Kommission in die Hände des Ministerrats gelegt. Außerdem verlautet, daß die Führungsspitze der Universität, die in der Vergangenheit massiven Protesten der Studenten ausgesetzt war, abgesetzt worden ist.

(BBC, 15.05.1990 u. persönliche Informationen)

15.05.1990

Die Regierung beschließt, daß neben den staatlichen Zeitungen, Gorkhapatra und Rising Nepal, erstmals auch Zeitungen privater Herausgeber von den Regierungsstellen abonniert werden dürfen.

(Gorkhapatra, 16.05.1990)

16.05.1990

In Chaujahari, im Rukum-Distrikt, gibt es angeblich Zusammenstöße zwischen Mandale und Studenten der All Nepal National Independent Students Union. Der CDO soll Truppen vom Innenminister angefordert haben, die dann in die Menge geschossen hätten. 10 Studenten sollen getötet und vier Personen verhaftet worden sein. Das Innenministerium bestreitet jedoch diese Berichte mit Ausnahme der Verhaftung von drei Personen wegen illegaler Machenschaften.

(Daily Diary, 21.05.1990; Hindu, 22.05.1990; Nayan Nepal, 23.05.1990; Gorkhapatra, 25.05.1990)

Mitte Mai 1990

Alle Haftstrafen, die unter dem Panchayat-System wegen der Mitgliedschaft in einer verbotenen Partei oder Vereinigung auf der Grundlage des Organizations and Associations (Control) Act ausgesprochen wurden, werden aufgehoben. Gleichzeitig wird allen Gefangenen bei guter Führung ein Viertel der Haftstrafe erlassen.

(Gorkhapatra, 16. u. 18.05.1990)

Mitte Mai 1990

In Nepal zirkuliert ein Flugblatt, in welchem eine "Limbuwan Liberation Front" für den östlichen nepalischen Gebirgsraum einen gesonderten Staat "Limbuwan" fordert. Dieser solle mit Ausnahme von Währung, auswärtigen Angelegenheiten und Verteidigung volle Autonomie besitzen. Gleichzeitig fordert man die Einführung eines föderativen Systems in Nepal.

(Samaj, 18.05.1990; Hindu, 24.05.1990)

17.05.1990

Alle verbliebenen Mitglieder der am 6. April von der Panchayat-Regierung zur Untersuchung der Ausschreitungen gebildeten Kommission treten zurück.

(Gorkhapatra, 18.05.1990)

18.05.1990

Jhal Nath Khanal, der die marxistisch-leninistische Richtung der Nepal Communist Party in der Übergangsregierung repräsentiert, droht mit einem Austritt seiner Partei aus dem Regierungsbündnis, wenn das 14-Punkte-Programm der United Left Front nicht in die Tat umgesetzt werde.

(Gorkhapatra, 19.05.1990)

20.05.1990

Nepali Congress und United Left Front (ULF) beschließen auf einem gemeinsamen Treffen, entsprechend dem Vorschlag der ULF ein Übergangsgesetz zu schaffen, um alle exekutive und legislative Macht auf die Übergangsregierung zu übertragen.

(Daily Diary, 20. u. 21.05.1990)

21.05.1990

Das Forum for Protection of Human Rights (FOPHUR) teilt mit, daß im Verlauf der Demokratiebewegung allein in Kathmandu 13 Personen, darunter 6 Inder, spurlos verschwunden sind.

(Rising Nepal, 22.05.1990)

21.05.1990

Die Human Rights Organization of Nepal veranstaltet ein Symposium zum Thema "Menschenrechte und die neue Verfassung", auf der die parteipolitischen Kräfte des Landes noch einmal ihre unterschiedlichen Auffassungen deutlich machen.

(Gorkhapatra, 22.05.1990)

22.05.1990

Das Department des General-Rechnungsprüfers teilt mit, daß 103 Mitglieder des aufgelösten Rastriya-Panchayats der Staatskasse Geld in Höhe von 2,82 Millionen Rupien (ca. 170.000 DM) schulden. Spitzenreiter ist Nava Raj Subedi, zuletzt Vorsitzender des Panchayat-Parlaments.

(Dristi, 23.05.1990)

23.05.1990

Die Regierung bildet eine neue Kommission, bestehend aus drei Richtern, zur Untersuchung der Ausschreitungen im Verlauf der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung und ihrer Folgen. Außerdem wird Ballav

Shumshere J.B.Rana mit der Untersuchung diverser Zwischenfälle in der Zeit vom 19. bis 30. April beauftragt.

(Gorkhapatra, 24. u. 26.05.1990)

23.05.1990

Der Gouverneur der Nepal Rastra Bank, der nepalischen Staatsbank, tritt zurück. Wenige Tage zuvor war bereits mit Ausnahme von Nayan Raj Pant das gesamte Führungsgremium der Royal Nepal Academy zurückgetreten.

(Gorkhapatra, 22., 23. u. 24.05.1990)

24. u. 29.05.1990

Man Mohan Adhikari, der Generalsekretär des marxistischen Flügels der Nepal Communist Party bringt bei Ansprachen in Butwal und Pokhara sein Erstaunen zum Ausdruck, daß die Macht des National-Panchayats auf die Übergangsregierung übertragen worden ist, obgleich das Panchayat-System doch bereits aufgelöst worden sei. Eine solche Machtübertragung sei nutzlos. Stattdessen müsse ein Übergangsgesetz geschaffen werden, welches die Übergangsregierung mit der notwendigen Macht ausstattet.

(Gorkhapatra, 26. u. 30.05.1990)

25.05.1990

Prof.B.C.Malla wird zum Vizekanzler der Tribhuvan University und Sri Krishna Acharya zum Vizekanzler der Mahendra Sanskrit University ernannt.

(Gorkhapatra, 26.05.1990)

25.05.1990

Die United National People's Movement (UNPM) beginnt eine Serie von Demonstrationen und Massenveranstaltungen in unterschiedlichen Gegenden des Landes, um Unterstützung für ihre Forderung zu erlangen, die neue Verfassung durch eine zuvor gewählte verfassunggebende Versammlung zu schaffen.

(Pristhabhumi, 24.05.1990; Gorkhapatra, 26.05.1990)

29.05.1990

Die beiden früheren Premierminister des Panchayat-Systems, Lokendra Bahadur Chand und Surya Bahadur Thapa, gründen zwei voneinander unabhängige Parteien unter dem identischen Namen "National Democratic Party".

(Gorkhapatra, 30.05.1990)

30.05.1990

In Ghorahi, im Dang-Distrikt, kommt es zu einem Zwischenfall, dessen Hintergründe von offizieller Seite und Presse unterschiedlich dargestellt werden. Fehlverhalten der Polizei ist auch hier nicht ganz auszuschließen. Es gibt einen Toten; das Innenministerium schickt die Armee, um die Lage zu kontrollieren.

(Gorkhapatra, Nayan Nepal und Samaj, 01.06.1990)

30.05.1990

Auf Empfehlung des Premierministers ernannt König Birendra eine neue, diesmal neunköpfige Constitution Recommendations Commission. Die Leitung hat Bishwanath Upadhyaya vom Obersten Gerichtshof. Die übrigen Mitglieder sind namhafte Anwälte und Vertreter der Parteien und Menschenrechtsorganisationen. Diese Kommission soll Konsultationen mit den verschiedenen Parteien und Personen, welche die unterschiedlichen Gesellschaftsklassen repräsentieren, führen. Sie soll dann eine Verfassung entwerfen und diese innerhalb von drei Monaten vorlegen.

(Gorkhapatra, 31.05.1990)

Ende Mai/Anfang Juni 1990

Aus allen Teilen des Landes mehren sich Berichte, daß abtrünnige ehemalige Mitglieder in die Reihen des Nepali Congress zurückkehren. Ebenso wird von zahlreichen Übertritten früherer Panchas in den Nepali Congress berichtet.

(Gorkhapatra, 27.05.1990; Rising Nepal, 01.06.1990)

01.06.1990

Das All Nepal National Women's Forum kritisiert auf einer öffentlichen Veranstaltung zu Ehren der im Verlauf der Demokratiebewegung verhafteten Frauen, daß nicht eine einzige Frau in die Verfassungskommission aufgenommen wurde. Drei frühere weibliche Parlamentsabgeordnete, Indira Atreya, Sita Dev Garga und Kalawati Singh, fordern daher die sofortige Wiederauflösung der Kommission.

(Nepali Avaj, 01.06.1990; Gorkhapatra, 02.06.1990)

01.06.1990

Ganesh Man Singh erklärt auf einer Veranstaltung der Nepal Students' Federation auf dem Pulchok Engineering Campus, der Ministerrat sei nicht in der Lage gewesen, seine Aufgaben wahrzunehmen, weil er nicht mit der notwendigen Macht ausgestattet sei. Zwar habe er vom König exekutive und legislative Vollmachten erhalten, nicht jedoch judikative. Ganesh Man Singh fordert die Studenten auf, sich nicht von Elementen verleiten zu lassen, die die Übergangsregierung nur kritisierten, ohne ihre Leistungen zu würdigen.

(Gorkhapatra, 02.06.1990)

01.06.1990

Hom Nath Dahal, der Herausgeber des lange Jahre oppositionellen Wochenblattes Rastra Pukar wird zum Vorsitzenden und Generalmanager der Gorkhapatra Corporation ernannt. Gleichzeitig wird Bhup Raj Pandey Generalmanager der Nepal Telecommunication Corporation.
(Rising Nepal, 04.06.1990)

01.06.1990

In Kathmandu gründet Pitambar Gautam eine neue Partei unter dem Namen Nepal Sarvodaya Socialist Party. Diese Partei hat sich die konstitutionelle Monarchie, Nationalismus, wirtschaftliche Freiheit und soziale Gleichheit auf die Fahnen geschrieben.
(Gorkhapatra, 02.06.1990)

02.06.1990

Das im November 1989 gebildet Trade Promotion Committee wird aufgelöst und ein provisorisches Komitee unter Leitung von Dr. Nidhendra Raj Sharma, dem amtierenden Sekretär des Handelsministeriums gebildet.
(Gorkhapatra, 03.06.1990)

02.06.1990

Das Nepal Tarai Students Democratic Rights Forum veranstaltet in Kirtipur ein Symposium zu den Problemen der 8 Millionen Menschen in den Tarai-Gebieten. Zu den namhaftesten Rednern gehören Rishikesh Shaha, Gajendra Narayan Singh und als Gast Janalle M. Diller von der in Washington ansässigen International Human Rights Law Group. Gore Bahadur Khapangi, einer der Führer der Nepal National People's Liberation Front sagt auf dem Symposium: "In Nepal kontrollieren weniger als zwei Prozent der Bevölkerung aus Brahmanen-, Chetri- und Newarkreisen alle gesellschaftlichen Sphären. Seit Jahrhunderten beuten diese die fruchtbare Tarai-Region und die dort ansässige Madhise-Bevölkerung aus. Sie sind es auch, die die Menschen aus entlegenen Gegenden zu Unberührbaren abgestempelt haben." Die Teilnehmer des Symposiums fordern eine föderative Verfassung, unter der auch die bedeutenden Sprachen des Tarai als Nationalsprachen anerkannt werden und die Madhise-Bevölkerung eine angemessene Repräsentation in der Verwaltung, dem auswärtigen Dienst, der Polizei und Armee und in den Bildungsinstitutionen findet. Man kritisiert insbesondere Premierminister Krishna Prasad Bhattarai, weil die Tarai-Region nicht angemessen in der Verfassungskommission repräsentiert sei.
(Nepali, 04.06.1990; Samaj, 05.06.1990)

02.06.1990

Auf einem Symposium der Buddhist Youth Group in Kathmandu wird eine Resolution verabschiedet, daß in Nepal nur dann von wirklicher Religionsfreiheit gesprochen werden könne, wenn Nepal zu einem säkularen Staat erklärt würde. Diese Resolution wird später von einer Delegation dem Premierminister überreicht.
(Gorkhapatra, 03. u. 09.06.1990)

03.06.1990

Finanzminister Dr. Devendra Raj Pandey betont in einem TV-Interview, daß Nepal im derzeitigen Stadium mehr denn je auswärtiger Unterstützung bedürfe. Das Problem sei nur eine möglichst wirkungsvolle Nutzung dieser Hilfe. Weiterhin seien einflußreiche Kommissionäre aktiv, die sich in der Vergangenheit 5-10 % der ausländischen Finanzmittel persönlich angeeignet hätten.
(Gorkhapatra, 04.06.1990)

03.06.1990

Die Übergangsregierung verkündet einen neuen Richtlinienkatalog für ihre weitere Arbeit: Vorrangig werden die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, die Entwicklung eines Vielparteiensystems auf der Grundlage einer konstitutionellen Monarchie, der Entwurf einer neuen Verfassung und die Abhaltung allgemeiner Wahlen eingestuft. Die liberale Haltung der Übergangsregierung dürfe jedoch nicht als Schwäche ausgelegt werden. Alle Vorfälle des Verlusts von Leben und Eigentum, auch aus Polizeikreisen, sollen untersucht und notwendige Schritte eingeleitet werden. Besonders gefördert werden sollen die sogenannten "Vigilante Groups", die lokal die Einhaltung von Recht und Ordnung überwachen. Für Schußwaffen aller Art sollen ein Jahr lang keine Lizenzen mehr ausgestellt werden. Es soll eine Liste all jener Personen zusammengestellt werden, die in den vergangenen 30 Jahren im Kampf für die Demokratie als Märtyrer gestorben sind. Alle politischen Gefangenen, und all jene Gefangenen, die wegen erfundener Vorwürfe verurteilt worden sind, sollen freigelassen werden. Es sollen Untersuchungen angestellt werden, um noch nicht bekannte derartige Fälle aufzudecken. Alle Angelegenheiten, welche die Menschenrechte betreffen, sollen in Zusammenarbeit mit den Menschenrechtsorganisationen zur Sprache gebracht werden. Hierzu geeignete politische Schritte werden so bald wie möglich bekanntgegeben. Alle politischen Amtsträger und höheren Beamten müssen die Rechtmäßigkeit ihrer Besitztümer oder die ihrer Familienangehörigen gegenüber dem Ministerrat kundtun. Regierung und politischen Parteien ist die Einflußnahme auf die offiziellen Medien untersagt. Volle Presse- und akademische Freiheit werden garantiert. Regionale Sprachen sollen neben dem Nepali in das offizielle Kommunikationsprogramm integriert werden.
(Gorkhapatra u. Rising Nepal, 04.06.1990)

04.06.1990

Der eigentlich im Juli beginnende 8. wirtschaftliche Entwicklungsplanungszeitraum wird zurückgestellt. Die Ausarbeitung des 8. Plans erfolgt erst nach der Bildung einer gewählten Regierung. In der Übergangsphase sollen die laufenden Entwicklungsprojekte volksbezogen umformuliert werden.
(Rising Nepal, 05.06.1990)

04.06.1990

Auf einer Pressekonferenz in Kathmandu erklärt Dr. Tika Man Vaidya, der Vorsitzende der Hindu Religion Protection Organization, Nepal, der einzige Hindu-Staat der Welt, dürfe nicht zum säkularen Staat erklärt werden. Seiner Meinung nach hätte die Frage der Religion niemals im Zusammenhang mit dem Entwurf einer neuen Verfassung erhoben werden dürfen.
(Samaj, 05.06.1990)

04. u. 06.06.1990

Auf einem Treffen, welches im Zentralbüro der World Hindu Federation in Kathmandu unter Vorsitz von Achyut Raj Regmi, dem Minister for Housing and Physical Planning, einem der beiden Vertrauten des Königs im Ministerrat, stattfindet, wird beschlossen, eine öffentliche Kampagne zur Unterstützung der Forderung nach einer Erhaltung Nepals als hinduistisches Königreich zu starten. Am 6. Juni überreicht eine 108-köpfige Delegation Bishwanath Upadhyaya, dem Vorsitzenden der Constitution Recommendations Commission, ein Memorandum mit den entsprechenden Forderungen. Man behauptet in diesem Zusammenhang, in den vergangenen sechs Wochen nach der Bildung der Übergangsregierung seien 30.000 Nepali zum Christentum übergetreten.
(Rising Nepal, 05. u. 07.06.1990; Samaj, 08.06.1990)

06.06.1990

Amnesty International veröffentlicht den Bericht eines Untersuchungsteams, das Nepal vom 12.-22. April besucht hat. Die Bildung einer Untersuchungskommission hinsichtlich der Exzesse im Verlauf der Demokratiebewegung wird begrüßt. Ferner unterbreitet AI eine Reihe von Vorschlägen zum dauerhaften und wirkungsvollen Schutz der Menschenrechte in Nepal. Insbesondere wird der Regierung dringend empfohlen, die internationalen Abkommen zu den zivilen und politischen Rechten und die fakultativen Protokolle zu ratifizieren.
(Rising Nepal, 07.06.1990)

06.06.1990

Die Constitution Recommendations Commission setzt den 4. Juli als letzte Frist für die Einbringung von Vorschlägen zur Ausarbeitung der neuen Verfassung fest.
(Gorkhapatra, 07.06.1990)

06.06.1990

Premierminister K.P. Bhattarai erklärt in einem Interview mit der Zeitschrift "Nepali", die Übergangsregierung habe nun keinen Druck mehr seitens des Palastes zu befürchten. Die Panchayat-Verfassung sei quasi außer Kraft gesetzt, seit der König alle legislative Macht auf den Ministerrat übertragen habe. Demgegenüber verlangt die Industrie- und Handelsministerin, Frau Sahana Pradhan, auf einem Treffen der United Left Front in Kathmandu die Abschaffung der Panchayat-Verfassung und baldige Schaffung eines Übergangsgesetzes. Ab 12. Juni soll eine Reihe öffentlicher Veranstaltungen zur Durchsetzung dieser Forderung abgehalten werden.
(Nepali, 06.06.1990; Gorkhapatra, 07.06.1990)

07.06.1990

Die Wahlkommission beginnt mit den Vorbereitungen für die Zusammenstellung von Wählerverzeichnissen, in welche alle Personen aufgenommen werden sollen, die bis zum 17.10.1990 mindestens 18 Jahre alt sind. Diese Arbeit soll bis zum 15. Juli abgeschlossen sein.
(Gorkhapatra, 08.06.1990)

07.06.1990

Auch an einigen bedeutenden Instituten der Tribhuvan University werden neue Direktoren ernannt: Dr. Madhav Sharma (Research Centre for Applied Science and Technology, RECAST), Dr. Durga Prasad Bhandari (Center for Nepal and Asian Studies, CNAS), Dr. Surya Lal Amatya (Center for Economic Development and Administration, CEDA) und Harsha Narayan Dhaubhadel (Center for Educational Research, Innovation and Development, CERID).
(Rising Nepal, 08.06.1990)

07.06.1990

Nepal und die Bundesrepublik unterzeichnen in Kathmandu ein Abkommen über technische und personelle Hilfeleistungen zur Verwirklichung der dritten Phase des Small Business Promotion Project's.
(Gorkhapatra, 08.06.1990)

08.-10.06.1990

Staatsbesuch Premierminister Krishna Prasad Bhattarais in New Delhi auf Einladung des indischen Premierministers: Bereits im Vorfeld des Besuchs deutet sich ein Entgegenkommen beider Seiten in Hinsicht auf die noch immer ungelöste Handels- und Transitproblematik der beiden Länder ab. Man einigt sich auf

eine Rückkehr zum Status, wie er vor dem Beginn der indischen Wirtschaftsblockade im vergangenen Frühjahr bestanden hat.

WARUM OPFERN DIE MASSES IN NEPAL IHR LEBEN FÜR DIE DEMOKRATIE?

Der lange Kampf demokratischen Gedankenguts gegen die traditionellen Kräfte der Hindumonarchie

(K.H.Krämer für Südasien, 10, 4-5/90)

Seit dem 18. Februar (Phalgun 7, Demokratietag) wird in Nepal einmal mehr für Demokratie und Menschenrechte demonstriert (vgl. ausführliche Chronologie der jüngsten Ereignisse). Träger dieser Demokratiebewegung ist ein KOORDINATIONSKOMITEE DES NEPALI CONGRESS (NC) UND DER UNITED LEFTIST FRONT (ULF), eines Bündnisses der sieben nepalischen Linksparteien. Ihre gemeinsame politische Forderung ist die Wiedereinführung eines Mehrparteiensystems in Nepal. Parallel dazu setzt sich eine regierungsunabhängige Menschenrechtsorganisation, das FORUM FOR PROTECTION OF HUMAN RIGHTS NEPAL (FOPHUR) für die Beachtung der Menschenrechte in Nepal ein. Gerade im Zusammenhang mit der jüngsten Demokratiebewegung ist es immer wieder zu äußerst gravierenden Verletzungen der fundamentalsten Menschenrechte durch die nepalische Regierung gekommen.

Anders als in der Vergangenheit haben sich diesmal große Teile der Bevölkerung in allen Gegenden Nepals, vom Tarai bis zum Hochgebirge, an der Protestaktion beteiligt. Ungeachtet dieser Massenbeteiligung versuchten Regierung und Polizei die Bewegung durch Gewalt zu unterdrücken. Das Ergebnis waren Schießereien mit vielen Toten und zahlreichen Verletzten. Seit jenem Tag sind in Nepal täglich Politiker, Studenten, Schriftsteller, Ärzte, Lehrer und Anwälte verhaftet worden. Insgesamt sollen in den vergangenen Wochen etwa 20.000 Personen wegen Teilnahme an der Demokratiebewegung willkürlich inhaftiert worden sein. Sie hatten teilweise unmenschliche Folterungen zu ertragen. (Auch hierzu soll die beigefügte Chronologie einen Eindruck vermitteln.)

Einige Nationen haben sofort an die nepalische Regierung appelliert, die Bewegung für Demokratie und Menschenrechte in Nepal nicht zu unterdrücken. Trotz dieser internationalen Appelle setzte die nepalische Regierung jedoch ihre Gewaltpolitik fort. Sieben Wochen rissen die Polizeieinsätze nicht ab, und dennoch ließen sich die Massen nicht entmutigen. Im Gegenteil nahmen ab dem 29. März die Demonstrationen und Streiks ein derartiges Ausmaß an, daß selbst Regierungsangehörige ins Oppositionslager überwechselten. Die nepalische Regierung hatte derweil im Volk alle Glaubwürdigkeit verloren und machte sich durch Maßnahmen wie die Regierungsumbildung vom 1. April nur lächerlich. Vier Tage später gab dann König Birendra dem Druck der Massen erstmals nach und entließ das gesamte Marich Man Singh Shrestha-Kabinett. Er ernannte einen neuen, nur vierköpfigen Ministerrat, aus dem Lokendra Bahadur Chand als neuer Premierminister und Pashupati Shamsher Rana als Außenminister besonders zu erwähnen sind. Lokendra Bahadur Chand hatte 1983 zum ersten und bisher einzigen Mal einen Premierminister, Surya Bahadur Thapa, durch ein Mißtrauensvotum innerhalb des Parlaments zu Fall gebracht. Diese Möglichkeit eines Mißtrauensvotums war erst nach dem zweifelhaften Referendum über die Beibehaltung des Panchayat-Systems mit der dritten Verfassungsänderung von 1980 in der Verfassung verankert worden. Bis dahin war eine Verantwortung des Ministerrats gegenüber dem Parlament in Nepal unbekannt.

Die demonstrierenden Parteien waren jedoch mit diesen Veränderungen nicht zufrieden. Sie drängten auf eine sofortige Beendigung des maroden und korrupten Panchayat-Systems, und sie hatten die Massen auf ihrer Seite. Spontan bildeten sich am 6. April Demonstrationen an allen Ecken und Enden des Landes. Im Laufe des Tages versammelten sich etwa 500.000 Menschen (das entspricht beinahe der Gesamtbevölkerung des Kathmandutals) vor dem Königspalast. Abermals richtete die Polizei, diesmal mit Unterstützung der Armee ein Massaker an, um den Zorn des Volkes zu unterdrücken. Die Angaben über die Zahl der Toten allein schwanken zwischen 6 (=Regierungsangabe) und 300. Es dürften jedoch nicht unter 100 gewesen sein, darunter auch mehrere Ausländer. Die Regierung wußte nur noch durch eine totale Ausgangssperre eine trügerische Ruhe herbeizuführen. Am späten Abend des 8. April entschließt sich König Birendra dann endlich zu einem größeren Zugeständnis: Die politischen Parteien sind nach fast 30 Jahren - sie waren nach dem Staatsstreich von König Mahendra, dem Vater des heutigen Königs, am 05.01.1961 verboten worden - wieder zugelassen; die Verfassung soll entsprechend geändert werden. Doch dies genügt den Parteien noch nicht; sie bestehen auf einer sofortigen Abschaffung des Panchayat-Systems, Bildung einer Übergangsregierung mit Vertretern der politischen Parteien und Ausarbeitung einer neuen Verfassung als Grundlage einer parlamentarischen Demokratie in Nepal; die Rechte des Königs sollen auf die eines konstitutionellen Monarchen beschränkt werden.

Um die Reichweite dieser Forderungen voll erfassen zu können, sei ein Abriß der historischen Entwicklung demokratischen Gedankengutes in Nepal erlaubt. Der heutige Staat Nepal ist erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts von Prithvinarayan Shah, dem Herrscher des kleinen Königreichs Gorkha, und seiner Nachfolger durch militärische Einigung entstanden. Zuvor existierten auf dem Gebiet des heutigen Nepal etwa 80 kleine und kleinste Staatsgebilde, an deren Spitze jeweils ein raja (König) stand. Eine Verfassung gab es bis zu dieser Zeit nicht; Grundlagen von Staat und Verwaltung waren vielmehr die klassischen Hinduschriften, die sich auch sehr ausführlich mit den weltlichen Bereichen des menschlichen Lebens auseinandersetzen. Sie dürfen aber nicht mit westlichen Gesetzbüchern verglichen werden,

da sie keine konkreten, allgemein gültigen und anwendbaren Vorschriften enthalten, sondern lediglich Richtlinien, die in jedem Einzelfall einer individuellen Interpretation bedürfen, welche von Schriftgelehrten aus der Kaste der Brahmanen vorgenommen wird.

Wichtigste Grundlage der hinduistischen Lebensanschauung ist die Verwurzelung in der Tradition, d.h. die Stellung und Aufgabe eines Menschen sind an die Vergangenheit und das Weltall gebunden und durch die Umgebung und Gemeinschaft, in die er hineingeboren wird, bestimmt. Diese religiös-soziale Aufgabe und Verpflichtung wird mit dem Begriff "dharma" bezeichnet, ein Wort, welches in den neuindischen Sprachen auch zur Übersetzung unseres Wortes "Religion" benutzt wird, das aber in seiner Bedeutung wesentlich umfassender ist. Dies bedeutet, daß jeder Mensch einen jeweils individuellen persönlichen dharma (svadharna) besitzt, der abhängig ist von seiner Kaste, seinem Familienstand, seinem Geschlecht, seiner gesellschaftlichen Stellung, seiner Umwelt, der Zeit, in der er lebt.

Von diesem dharma-Begriff unterscheiden die klassischen hinduistischen Sanskritschriften den Begriff "artha", ein Wort, das in den neuindischen Sprachen für "Wirtschaft" oder "Wirtschaftswissenschaften" steht, hier aber ganz allgemein die politisch-weltliche Ordnung bezeichnet. Beide Begriffe haben nach hinduistischer Vorstellung ihren Berührungspunkt in der Gestalt des Königs, des raja. Dessen ganz besondere religiös-soziale Pflicht, sein "rajadharna", ist die Ausübung, Lenkung und Überwachung der politischen Tätigkeiten, d.h. artha. In diesem Sinne ist der König der Aufrechterhalter und Beschützer von dharma in seinem Reich.

Zur Erfüllung dieser Aufgabe kann der König die Prinzipien des rajaniti anwenden. "Niti" steht heute allgemein für "Politik", bedeutet aber im klassisch-hinduistischen Sinne "gutes Benehmen oder Verhalten". Dabei stehen dem König sieben Mittel (upaya) zur Verfügung, aus deren Zusammensetzung man leicht erkennt, daß hier lediglich der Erfolg zählt; Moral und Gewissen, die als Grundpfeiler des rajadharna angesehen werden können, werden beim rajaniti völlig außer acht gelassen, ja der König darf bewußt dagegen verstoßen, wenn es die Erfüllung seiner Aufgabe erfordert. Die vier Hauptmittel sind saman (Versöhnung, Verhandlung), danda (Bestrafung, Züchtigung, Zwang, Unterdrückung, Angriff), dana (Gabe, Schenkung, Geschenk, Bestechung) und bheda (Spaltung, Verrat, Säen von Zwietracht unter den Gegnern). Daneben gibt es noch drei weitere Mittel: maya (Täuschung, Betrug), upeksha (Vernachlässigen, Ignorieren, Nichtbeachten) und indrajala (Beschuldigen, Vortäuschen falscher Tatsachen).

Dieser klassisch-hinduistischen Grundprinzipien muß man sich bewußt sein, wenn man sich mit der Verfassung Nepals, des "einzigen Hindukönigreichs der Welt" auseinandersetzen will. Der erste schriftlich fixierte nepalische Gesetzeskodex war der muluki ain von König Surendra Bikram Shah aus dem Jahre 1854, der aber letztlich ein Werk des Premierministers Jang Bahadur Rana, des Begründers der Rana-Autokratie, war. Dieser muluki ain fungiert bis heute, von diversen Änderungen abgesehen, als eine Art Bürgerliches Gesetzbuch für Nepal. Er stellte ein Novum in der nepalischen Rechtsgeschichte dar, da erstmals die unterschiedlichen Anwendungskriterien des Hindurechts in der Gesellschaft verbindlich niedergelegt wurden. Der muluki ain sieht eine Aufteilung der nepalischen Gesellschaft in eine besondere, von der klassisch-indischen abweichende Form des hinduistischen Kastenwesens vor, in welches auch die nicht-hinduistischen Völkerschaften integriert sind. Die Eingruppierung dieser ethnischen Gruppen ist abhängig dem Grad der Übernahme hinduistischer Anschauungen und Praktiken, d.h. vom Umfang der Anpassung an die hinduistische Lebensweise und die damit verbundene Aufwertung im hinduistischen Kastensystem und somit dem erreichten Grad der Sanskritisierung, wie man in der Fachsprache sagt.

Die erste schriftlich fixierte, jedoch nie in Kraft getretene Verfassung Nepals stammt vom 26. Januar 1948. Dieser sogenannte "Government of Nepal Act, 2004 v.s.", wurde vom relativ gemäßigten Rana-Premierminister Padma Shamsher verkündet, nachdem er aufgrund des zunehmenden Drucks demokratischer Bewegungen innerhalb und außerhalb Nepals weitgehende Zugeständnisse hatte machen müssen. Mit dieser Verfassung wollte er einen gewissen Ausgleich zwischen der harten, orthodoxen Linie der Rana-Politik und dem erwachten Demokratiebewußtsein weiter Kreise der nepalischen Bevölkerung in Indien und Nepal schaffen. Obgleich die Verfassung noch weit von einem Gesetzeswerk entfernt war, das man als demokratisch bezeichnen kann, war die Zeit für eine derartige schwache Kursänderung der nepalischen Politik wohl noch nicht reif. Interessant ist, daß diese erste nepalische Verfassung zahlreiche Elemente enthielt, die sich auch in der heute noch gültigen Panchayat-Verfassung wiederfinden. Die Verfassung von 1948 beinhaltete noch kaum demokratische Aspekte. Allenfalls fanden einige demokratische Begriffe Eingang in dieses Gesetzeswerk, doch waren sie überwiegend eine Fassade, hinter der sich die alte Feudalgesellschaft des Landes verschanzte. Nach der Beendigung des Rana-Regimes und der Öffnung des Landes im Jahre 1951 konnte sich Nepal auch demokratischem Gedankengut nicht mehr völlig verschließen. Dennoch ist es nicht verwunderlich, daß die Demokratisierung des Landes nur sehr zögernd in Gang kam. Zu sehr dominierten im Lande noch die traditionellen Gesellschaftsstrukturen, war das Volk bewußt von jeglicher Bildung ferngehalten worden, so daß es erst allmählich zu größerer politischer und persönlicher Freiheit und Selbstbestimmung hingeführt werden mußte. Wenn wir einmal unterstellen, daß die verantwortlichen Politiker der frühen fünfziger Jahre, allen voran König Tribhuvan und die Führer der noch recht jungen politischen Parteien ernstlich die Demokratiebewegung in Nepal in Gang setzen wollten, sich bei diesem Prozeß aber unendlich schwer taten, so müssen wir ihnen zugute halten, daß auch sie erst lernen mußten, was doch Demokratie und politische Mitbestimmung, das Tragen von politischer Verantwortung, eine Sache, die auch der neuen Führungsschicht Nepals, einschließlich der königlichen Familie, unbekannt war.

Damit das Land allmählich zu einer wirklich demokratischen Regierungsform hingeführt werden konnte, bedurfte die neue Regierung einer Legitimationsgrundlage für ihr politisches Handeln in Form einer Über-

gangsverfassung, des "Interim Government of Nepal Act, 2007 v.s.", welche in kürzester Zeit vom König promulgiert wurde und von daher ganz einfach kein demokratisch ausgereiftes Gesetzeswerk darstellen konnte. Die Artikel 3 bis 21 behandelten in etwas ungeordneter Reihenfolge soziale, ökonomische, politische und justitiäre Prinzipien, die der gesamten Regierungspolitik zugrunde liegen sollten. Sie können uns heute als ein Maßstab dessen dienen, was im Laufe der vergangenen fast vierzig Jahre in Hinblick auf eine Demokratisierung und Achtung der Menschenrechte in Nepal erreicht wurde.

Die Regierung wurde verpflichtet, sich um eine gerechte Sozialordnung zu bemühen (Artikel 4), in der insbesondere die bestehenden Mißstände zu beseitigen und die menschliche Würde zu achten wäre. So wurde die Schaffung einer ausreichenden Lebensgrundlage für alle Bürger, Männer wie Frauen, als ein vorrangiges Ziel der Regierungspolitik hervorgehoben. Ferner sollte sich die Regierung um eine gleichmäßigere Verteilung der materiellen Güter des Landes bemühen, die Ansammlung von Reichtum zu Lasten der Gemeinschaft unterbinden, für eine gleiche Bezahlung von Männern und Frauen, eine Gesundheitsfürsorge im wirtschaftlichen Bereich und die Unterbindung harter Kinderarbeit sorgen und Kinder und Jugendliche vor Ausbeutung und moralischem Verfall bewahren (Artikel 5). Insbesondere in Fabriken und Bergwerken wurde die Beschäftigung von Kindern unter vierzehn Jahren untersagt (Artikel 21). Weitere anerkannte Grundrechte waren das Recht auf Arbeit, Bildung und öffentliche Hilfe bei Beschäftigungslosigkeit, im Alter und bei Krankheit oder Behinderung (Artikel 7), Rechte, die bis heute in Nepal nicht realisiert wurden. Gleiches gilt für die Forderung von menschlichen Arbeitsbedingungen und Mutterschaftserleichterungen (Artikel 8), eine ausreichende Bezahlung, ein Freizeitangebot im sozialen und kulturellen Bereich und die Förderung von Heimindustrien im privaten und kooperativen Rahmen (Artikel 9). Artikel 11 betonte die besonderen Bildungs- und Wirtschaftsinteressen der schwächeren Teile der Gesellschaft und forderte die Regierung auf, besonders diese vor sozialer Ungerechtigkeit und Ausbeutung zu schützen.

Im juristischen Bereich sollte ein einheitlicher Gesetzeskodex für ganz Nepal geschaffen werden (Artikel 10), wobei alle Personen gleich zu behandeln wären (Artikel 14). Insbesondere sollte niemand aufgrund seiner Religionszugehörigkeit, seiner Rasse oder Kaste, seines Geschlechts oder seiner Herkunft benachteiligt werden. Zum Schutz von Frauen und Kindern sollten besondere Regelungen möglich sein (Artikel 15). Allen Menschen sollten folgende Grundrechte eingeräumt werden: Redefreiheit, Versammlungsfreiheit in friedlicher Absicht und ohne Waffen, Bildung von Vereinigungen und Gewerkschaften, Freizügigkeit innerhalb Nepals, Niederlassungsrecht in ganz Nepal, Recht auf Privateigentum und auf freie Berufswahl (Artikel 17). Unter dem Gesichtspunkt der langjährigen Restriktionen während der Rana-Zeit war der Artikel 16 zu sehen, der allen Bürgern gleiche Rechte und Chancen im Staatsdienst eingeräumte. In strafrechtlicher Hinsicht wurde die Bindung an gültige Gesetze zum Zeitpunkt der Straftat hervorgehoben; man dürfe nur einmal für eine Tat bestraft werden und brauche nicht als Zeuge gegen sich selbst auszusagen (Artikel 18). Artikel 19 räumte ausschließlich dem Staat das Recht auf Verhängung von materiellen und Freiheitsstrafen ein und schloß auch die Todesstrafe nicht aus. Besonders verboten wurden Menschenhandel und Zwangsarbeit, doch hatte die Regierung das Recht, für öffentliche Zwecke Menschen zur Zwangsarbeit zu verpflichten.

Hinsichtlich der Verwaltungsorganisation des Landes wollte man ähnlich wie in der Verfassung von 1948 auf den Aufbau von Dorf-Panchayats als Einheiten lokaler Selbstverwaltung zurückgreifen (Artikel 6).

In Anbetracht des großen kulturellen Erbes Nepals sollte eine Rückbesinnung auf den Erhalt desselben stattfinden, da gerade dieser Bereich während der Rana-Zeit stark vernachlässigt worden war. Daher wurde die Regierung verpflichtet, alle künstlerisch und historisch interessanten und wertvollen Monumente, Gegenstände und Plätze vor Plünderung, Verunstaltung, Zerstörung, Beseitigung, Diebstahl und Verkauf außer Landes zu schützen (Artikel 12).

Knüpfen wir an Artikel 68 an, so bleibt festzustellen, daß die verfassungsgemäß so rasch wie möglich durchzuführenden Parlamentswahlen ständig hinausgezögert wurden. In dieser Phase wurde von den jungen demokratischen Parteien Nepals immer wieder die sofortige Durchführung von Wahlen gefordert. Seitens des Königshauses erfolgte jedoch stets eine Absage mit der Begründung, das nepalische Volk sei noch nicht reif zur Erfassung politischer Prozesse. Gleichzeitig unternahmen die vom König eingesetzten Regierungen aber auch so gut wie nichts, um diesen politischen Reifeprozess zu fördern. Ein besonderes Problem war, daß das nepalische Königtum bestrebt war, seine mehr als einhundert Jahre lang entbehrten absoluten Rechte eines Hindumonarchen zurückzuerlangen und zu sichern, wobei es sich der Unterstützung durch die konservative traditionelle Führungsschicht des Landes sicher sein konnte. Selbst wenn man König Tribhuvan unterstellt, daß ihm sehr am Wohl und an der Freiheit seiner Untertanen gelegen war, so muß man ihm dennoch vorwerfen, daß er bei der Wahl der Regierungsverantwortlichen seine persönlichen Interessen denen des Volkes vorangestellt hat. So entschied er sich immer wieder für Matrika Prasad Koirala als Premierminister, obgleich dieser nur eine relativ kleine Anhängerschaft hinter sich wußte. Auf der anderen Seite schloß König Tribhuvan bewußt B.P.Koirala und seinen Nepali Congress von der Regierung aus, wenngleich diese Partei in den fünfziger Jahren sicherlich die einzige gewesen wäre, die ein demokratisches Bewußtsein in Nepal hätte verbreiten und institutionalisieren können. Ein Problem, daß alle nepalischen Parteien in der damaligen Zeit betraf, war die große administrative Unerfahrenheit quasi sämtlicher Parteipolitiker. In sehr vielen Fällen standen auch hier - ähnlich wie bei König Tribhuvan - persönliche Machtinteressen im Vordergrund. Das nepalische Königtum war dabei in einer ungleich günstigeren Ausgangslage als die Parteiführer. Der König konnte auf die jahrhundertalte Tradition des nepalischen Königtums verweisen, welches seine Berechtigungsgrundlage in der althinduistischen Vorstellung des sakralen Königtums besaß. An der Beendigung der Rana-Herrschaft hatte König Tribhuvan durch seine Flucht in die indische Botschaft entscheidenden Anteil. Bei den von Indien vermittelten

Verhandlungsrunden mit den Ranas standen nicht die Parteien, sondern in erster Linie der König den Rana-Vertretern gegenüber. Es wurde dabei ausdrücklich vereinbart, daß der König in seine rechtlich angestammte Funktion der Vor-Rana-Zeit zurückkehren sollte. Mit diesem Ergebnis der Revolution von 1950/51 wurde die Vormachtstellung des nepalischen Königtums auch außenpolitisch durch die indische Regierung bestätigt. Die Parteipolitiker mußten zusehen, wie sie in dieser ihnen vorgegebenen Situation ihre demokratischen Ambitionen und Ideale realisieren konnten. Es zeigte sich schon unter König Tribhuvan, daß idealistisch eingestellte Politiker wie B.P.Koirala sehr rasch in Interessenkonflikt mit dem Königtum gerieten. Die Folge war die Mißachtung des Nepali Congress durch den Monarchen. König Tribhuvan erwählte sich mit M.P.Koirala zwar einen der bedeutendsten Politiker der Nach-Rana-Zeit zu seinem besonderen Günstling, doch tat dieser wenig, was das Volk der Demokratie und ersten allgemeinen Wahlen nähergebracht hätte. Er sicherte sich seine Machtstellung, indem er sich konform erklärte mit den Ambitionen und Interessen des Königshauses und wahrte damit auch den Fortbestand der alten Feudalordnung. Die Revolution von 1950/51 verpuffte, ehe sie richtig begonnen hatte. Das Land machte einen Rückschritt zur alten Struktur. War 1846 die Rana-Familie anstelle des Königshauses an die Spitze der nepalischen Feudalhierarchie getreten, so wurde dieser Wechsel jetzt wieder rückgängig gemacht. Die Revolution hätte 1951 fortgesetzt werden müssen durch tiefgreifende soziale und wirtschaftliche Veränderungen. Diese wurden jedoch durch die Personalpolitik König Tribhuvans bewußt unterbunden, da sie auch die Stellung und Interessen des Königtums in entscheidender Weise verändert hätten.

Mit Mahendra kam 1955 ein sehr dynamischer Herrscher auf den nepalischen Königsthron, der von Anbeginn an sein persönliches politisches Engagement herausstellte. Frei von den gesundheitlichen Malesten seines Vaters brachte König Mahendra das nepalische Königtum ein entscheidendes Stück voran, hin zu seiner alten absoluten Stellung. Innen- und außenpolitisch führte er das Land auf den Kurs, der ihm am besten schien und seinen Interessen günstig war, ehe er wieder Politiker kleinerer Parteien mit der Regierung beauftragte. Auch er versuchte trotz des immer stärker werdenden Drucks der Parteien, die sich eines wachsenden Anhangs aus der Bevölkerung erfreuten, die Wahlen so lange wie möglich hinauszuzögern. Als sich König Mahendra dann endlich bereit erklärte, die Wahlen durchführen zu lassen, waren die Parteien allgemein so froh, daß überhaupt Wahlen stattfanden, daß sie sich auch damit abfanden, daß der König 1959 dem Land unmittelbar vor den Wahlen eine neue Verfassung verpaßte, mit der die meisten Parteipolitiker in dieser Form nicht unbedingt einverstanden waren. Nach Meinung der Parteipolitiker hätte eine verfassunggebende Versammlung gewählt werden sollen, die dann in gemeinsamen Beratungen und Diskussionen eine demokratische Verfassung hätte erarbeiten können. So aber hatte König Mahendra die Mitglieder der "Constitution Drafting Commission" persönlich ausgesucht und ernannt, die dann eine Verfassung schufen, die man zwar mit gewissen Einschränkungen als demokratisch bezeichnen konnte, die dem König aber jederzeit das Recht zum Einschreiten einräumte, wenn die Interessen der Monarchie bedroht waren.

Bereits in der Präambel der Verfassung wurde die Beibehaltung der Stellung des Königs deutlich. Der König verlieh dem Land die Verfassung "in Ausübung der souveränen Macht des Königreichs Nepal und den mir entsprechend der Tradition und den Sitten meines Landes verliehenen Hoheitsrechten, die von meinen erhabenen und geachteten Vorvätern auf mich übergegangen sind." Auffällig ist, daß in keinsten Weise von der Einführung eines demokratischen Systems die Rede ist, vielmehr spricht die Präambel von einer "monarchischen" Regierungsform. Wie sich König Mahendra eine "hinduistisch-monarchische" Demokratie vorstellte, mögen folgende Elemente der Verfassung von 1959 verdeutlichen:

Alle exekutive Gewalt lag in den Händen des Monarchen. Zu deren praktischer Ausübung wurde es dem König freigestellt, sich des ihm unterstellten Kabinetts mit dem Premierminister an der Spitze zu bedienen (Artikel 10 (1)). Die übrigen Absätze dieses Artikels ließen sich egehend darüber aus, ob der König nach Belieben handeln durfte oder für seine Handlungen der vorherigen Empfehlung des Ministerrats bedurfte. Mehr als ein Empfehlungsrecht aber sah die Verfassung für das Kabinett nicht vor. In der Tat war die Macht auf zwei Regierungsstellen verteilt; auf der einen Seite stand das Palastsekretariat, welches aufgrund der souveränen Machtansprüche des Königs fungierte, auf der anderen Seite das Zivilsekretariat mit den gewählten Vertretern des Volkes an der Spitze, dessen Macht allein schon insofern beschränkt war, als sie ihm zunächst vom König übertragen werden mußte. Sollte aufgrund der Parlamentswahlen kein Kandidat für das Amt des Premierministers eine Mehrheit im Repräsentantenhaus finden, so konnte der König die Artikel 12 bis 16 der Verfassung außer Kraft setzen und nach seinem Gutdünken einen Premierminister bestimmen (Artikel 17).

Eine weitere Regierungsinstitution war der Staatsrat (Rastriya Parishad), welchem neben dem König der Präsident und Vizepräsident des Senats, der Sprecher des Repräsentantenhauses und sein Stellvertreter sowie alle amtierenden und ehemaligen Minister angehören sollten. Dazu gesellten sich dann noch eine Reihe vom König ernannter Personen (Artikel 11 (1)). Dieser Rastriya Parishad sollte der Beratung des Königs dienen und als Regentschaftsrat fungieren, falls ein solcher erforderlich werden sollte, etwa zu Zeiten der Minderjährigkeit eines Herrschers.

Auf legislativer Ebene war ein Parlament vorgesehen, "welches aus Seiner Majestät und zwei Häusern bestehen soll, die Senat (Mahasabha) beziehungsweise Repräsentantenhaus (Pratinidhi Sabha) heißen sollen" (Artikel 18). Achtzehn der sechsunddreißig Senatoren sollten vom König ernannt, der Rest vom Pratinidhi Sabha gewählt werden (Artikel 19 (1)). Einberufung und Auflösung lagen völlig in der Entscheidungsgewalt des Königs; es stand ihm frei diesbezügliche Empfehlungen des Kabinetts zu verwerfen (Artikel 26). Ferner stand es dem Monarchen zu, Parlamentssitzungen abzubrechen oder zu vertagen (Artikel 27).

Die Person des Königs durfte in beiden Häusern nicht zum Gegenstand der Diskussion gemacht werden (Artikel 34). Gesetzesvorlagen konnten in beiden Häusern eingebracht werden, solche, die Haushaltsbereiche betrafen, mußten jedoch zunächst dem Repräsentantenhaus vorgelegt werden. Der Senat konnte einen Aufschub der vom Parlament beschlossenen Gesetze bewirken, diese jedoch nicht verhindern (Artikel 41). Letzterer bestand aus den 109 direkt vom Volk gewählten Vertretern (Artikel 22). Gemäß Artikel 51 war die Gesetzgebung die Aufgabe des Parlamentes. Außerhalb der Sitzungsperioden konnte der König jedoch jederzeit Verordnungen erlassen, welche dann vorübergehend den Status von Gesetzen haben würden (Artikel 52). Darüber hinaus bedurften sämtliche Gesetzesvorlagen der Zustimmung des Königs (Artikel 42).

Die Macht des Königs auf judikativem Gebiet zeigte sich in seinem Vorrecht, die Richter nach seinem Belieben zu ernennen und auch gegebenenfalls ihres Amtes zu entheben (Artikel 57). Weitere Institutionen, deren Mitglieder vom König ernannt wurden, waren die Public Service Commission, deren Aufgabe die Durchführung von Prüfungen für die Zulassung zum Staatsdienst war (Artikel 60), der Auditor General, dem die Prüfung der Berichte aller Regierungsinstitutionen oblag und der seinerseits jährlich einen eigenen Bericht darüber dem König vorlegen mußte (Artikel 62) sowie die Constituency Delimitation Commission und die Election Commission, die mit der praktischen Vorbereitung und Durchführung von Wahlen beauftragt waren (Artikel 22 (3)-(6)). Handelte der König Kraft der ihm zustehenden Macht, so war er keinem Gericht gegenüber verantwortlich (Artikel 69).

Die Regulierungen der Artikel 55 und 56 schließlich gaben dem König das Recht, bei Notständen die Verfassung oder Teile derselben außer Kraft zu setzen. Dies galt insbesondere auch dann, wenn sich das parlamentarische Regierungssystem als nicht mehr funktionsfähig erweisen sollte (Artikel 56 (1)). Die Notstandsartikel der Verfassung von 1959 waren für König Mahendra ein letztes Pfand, falls ihm die Zügel der Macht trotz der zahlreichen Einschränkungen der Rechte der demokratischen Parteien entgleiten sollten. Sie waren auch die Rechtsgrundlage, auf die sich der König am 15. Dezember 1960 berief, als er das parlamentarische System Nepals nach nur eineinhalb Jahren mittels einer Art Staatsstreich von oben wieder abschaffte und dem Land das heutige Panchayat-System verlieh.

Dieses Panchayat-System und seine Verfassung sind seit nun fast dreißig Jahren die Grundlage des nepalischen Staates. Was den politischen Teil der Verfassung ausmacht, so ist diese ganz auf die Person des nepalischen Königs zugeschnitten. Bereits kurz nach dem königlichen Coup vom Dezember 1960 hatte König Mahendra ein inoffizielles Komitee gebildet, welches politische Institutionen in Jugoslawien, Ägypten, Pakistan und Indonesien in Hinsicht auf ihre Anwendbarkeit auf Nepal untersuchen sollte. Das letztliche Ergebnis dieser Untersuchungen, die Verfassung vom 16. Dezember 1962, war eine Kombination bestimmter politischer Institutionen in jenen Ländern wie dem System der "National Guidance" in Ägypten und Indonesien, dem "Basic Democracy System" in Pakistan, dem Klassenorganisationssystem in Ägypten und Jugoslawien und dem Panchayat-System, wie es in einigen Staaten der Indischen Union funktionierte.

Letztere Institution, der Panchayat (= Rat der Fünf) ist ein gemeinsames Erbe Indiens und Nepals aus der alten Hindu-Politik. Traditionell bedeutet sie die Selbstverwaltung eines Dorfes durch ein Komitee von fünf Repräsentanten der Dorfgemeinschaft. Der Panchayat, der heute nicht mehr unbedingt aus fünf Personen bestehen muß, stellt einen wesentlichen Bestandteil des indischen lokalen Selbstverwaltungssystems dar. Da die neue nepalische Verfassung der Verwaltung ein Netzwerk von Panchayats auf Dorf- bzw. Stadt-, Distrikt-, Zonen- und Nationalebene zugrundelegt, wird sie auch als Panchayat-Verfassung (Panchayat Samvidhan) bezeichnet.

Der Einleitungsartikel der Panchayat-Verfassung enthält in den Artikeln 2 und 3 die Grundlagen des nepalischen Staatsverständnisses. Artikel 3 (1) definiert die nepalische Staatsform. Demnach ist Nepal ein "unabhängiges, unteilbares und souveränes monarchisches Hindu-Königreich". Von einem demokratischen Staatswesen ist hier überhaupt keine Rede. Vielmehr wird in dreifacher Weise das Königtum als die nepalische Staatsform schlechthin hervorgehoben. Es hätte im Prinzip der Begriff "Königreich" ausgereicht. Bis zur dritten Verfassungsänderung vom 15. Dezember 1980 stand an dieser Stelle noch das Wort "Hindu-Staat". Entsprechend den alten Hinduschriften von Staat und Gesellschaft steht an der Spitze eines jeden Hindu-Staates ein rāja (König). Ein Staat, der sich als Hindu-Staat definiert, ist mithin immer ein Königreich. Die quasi Verdoppelung des Begriffs soll wohl noch eine stärkere Gewichtung vermitteln. Gleiches gilt auch für das Adjektiv "monarchisch". Nach unserem westlichen Staatsverständnis sind die Begriffe Monarchie und Königtum gleichbedeutend. Es ist aber ein besonderes Merkmal der nepalischen Geschichte, daß zwei und mehr Herrscher das Land gemeinsam regiert haben. Hier will die nepalische Verfassung wohl besonders betonen, daß solche Mehrpersonenherrschaften nicht mehr vorkommen sollen.

Der Artikel 2 (1) definiert die nepalische Nation (rastra) als "das nepalische Volk, welches sich durch ein gemeinsames Streben auszeichnet und das durch das gemeinsame Band der Untertanentreue gegenüber der Krone geeint ist, unabhängig von Religion, Kaste oder Stamm". Hier erfolgt die Verknüpfung und Identifizierung des nepalischen Volkes mit der Staatsform des Hindu-Königreichs. In Anbetracht des Vielvölkerstaats wird die Institution des Königtums als der einigende Faktor der nepalischen Nation beschrieben. Dabei wird nach ethnozentrisch-hinduistischem Weltbild vorausgesetzt, daß auch die nicht-hinduistischen Völkerschaften Nepals die Person des Hindu-Königs in dieser Weise betrachten und respektieren. Dieses Selbstverständnis des nepalischen Volkes wird in Artikel 2 daher nicht vorgeschrieben, sondern als gegeben vorausgesetzt.

Der Teil 3 der Verfassung umreißt in neun Artikel die Grundpflichten und Rechte der nepalischen Bevölkerung. Es darf als ein Aspekt höherer Gewichtung angesehen werden, daß in Artikel 9 zunächst die Grundpflichten der Bürger vorangestellt werden. Hier werden Hingebung an die Nation, sprich das Volk,

und Loyalität gegenüber dem Königreich, personifiziert durch die Person des Königs, als die wichtigsten Pflichten genannt. Jeder soll seine Rechte unter Achtung der Gesetze und ohne Verletzung der Rechte anderer wahrnehmen. Mit der dritten Verfassungsänderung vom 15. Dezember 1980 wurden diese Grundpflichten des nepalischen Volkes noch um zwei weitere Punkte ergänzt, welche die Bürger auch zur Loyalität gegenüber dem politischen System verpflichten. Wörtlich wird von allen Nepali verlangt, "sich dem System anzuschließen, das unter der Verfassung errichtet wurde". Ferner wird das Volk aufgefordert, alles zu unterlassen, was die Souveränität, Integrität und Einheit des nepalischen Staates untergräbt. Die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, Kasten, Religionen usw. sollen alle Handlungen meiden, welche die soziale Harmonie in irgendeiner Weise beeinträchtigen könnten.

An die Grundpflichten schließen sich die Grundrechte des nepalischen Volkes an. Artikel 10 regelt die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz. Im Prinzip wird hier die Formulierung der Verfassung von 1959 übernommen. Artikel 11 behandelt eine Reihe persönlicher und politischer Freiheitsrechte, wobei zum Teil ebenfalls auf die vorhergehende Verfassung zurückgegriffen wird. Eine für das System sehr wichtige Einfügung brachte allerdings die erste Verfassungsänderung vom 27. Januar 1967. Damals wurde verfassungsmäßig verankert, daß "keine politische Partei oder irgendeine andere Organisation, Gewerkschaft oder Vereinigung, die von der Parteipolitik motiviert ist, gebildet oder betrieben werden darf".

Eine Anpassung an internationales Recht ist Artikel 12, der die Ausbürgerung untersagt. Menschenhandel, Sklaverei und Zwangsarbeit sind verboten, für öffentliche Zwecke können jedoch Staatsbürger zu Pflichtdiensten herangezogen werden (Artikel 13). Das Recht auf persönlichen Besitz (Artikel 15) und freie Religionsausübung werden garantiert, wobei nach wie vor Missionierung untersagt ist (Artikel 14). Artikel 16 schließlich begründet das Recht auf staatlichen Rechtsschutz.

Artikel 17 sieht eine Einschränkung dieser Grundrechte vor, falls das zum öffentlichen Wohl von Nutzen ist. Eine solche Beschränkung der persönlichen Grundrechte kann jedoch nur per Gesetz erfolgen. Artikel 17 nennt hier namentlich eine ganze Reihe von Gründen, die ein derartiges Gesetz rechtfertigen, nämlich Bewahrung der äußeren Sicherheit, Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, Erhalt freundschaftlicher Beziehungen zu anderen Staaten, Sicherung eines guten Verhältnisses zwischen den unterschiedlichen Völkern, Klassen und Berufen, Aufrechterhaltung von gutem Benehmen, Gesundheit, wirtschaftlichen Interessen und Anstand und Moral im allgemeinen, Schutz der Interessen von Minderjährigen und Frauen, Vermeidung innerer Unruhen und äußerer Invasion, Vermeidung der Mißachtung der Würde von Gericht und National-Panchayat, Verhinderung der Unterwanderung der Verfassung und anderer Gesetze und Einhaltung der Grundpflichten. Hier sind z.B. Gesetze wie "State Offence Act" und "Public Security Act" zu nennen, auf die sich die nepalische Regierung bei ihrem brutalen Vorgehen gegen Streikende und Demonstranten immer wieder berufen hat.

Die am 16. Dezember 1962 von König Mahendra verkündete Verfassung erfuhr im Laufe der Jahre drei Änderungen, von denen zumindest die beiden ersten vom 27. Januar 1967 und 12. Dezember 1975 die Grundstruktur des Systems nicht wesentlich beeinflussten. Teil 4 der Verfassung (= Artikel 18 und 19) war ursprünglich mit "Zielvorstellungen und Prinzipien der Sozialpolitik" überschrieben, was jedoch 1967 in "Weisungsprinzipien des Panchayat-Systems" abgeändert wurde. Diese Prinzipien sollen allgemeine Richtlinien für das Regierungssystem darstellen und können gemäß Artikel 18 nicht auf gerichtlichem Wege erzwungen werden. Ziel des Panchayat-Systems soll es sein, "das Wohlergehen des Volkes durch den Aufbau einer Gesellschaft, die demokratisch, gerecht, dynamisch und frei von Ausbeutung ist, zu fördern, indem eine Harmonie in den Interessen unterschiedlicher Klassen und Berufe von einer umfassenden nationalen Einstellung herbeigeführt wird" (Artikel 19 (1)). In diesem Sinne ist die Rede von einem politischen, ökonomischen und sozialen Zweck des Panchayat-Systems (Artikel 19 (2)-(4)), wobei jeweils die möglichst breite Bevölkerungsbasis, welche davon betroffen werden soll, betont wird.:

- Als politisches Ziel wird eine Mobilisierung der nationalen Kräfte und Ressourcen angestrebt. Auf diese Weise soll eine Gesellschaft geschaffen werden, in der das Volk auf allen Ebenen der Verwaltung so repräsentativ wie möglich eingebunden ist und ein Bewußtsein der Öffentlichkeit für die politischen Angelegenheiten geschaffen werden soll. Dieses politische Ziel des Panchayat-Systems soll durch eine zunehmende Dezentralisierung erreicht werden. Die Wirklichkeit sieht jedoch ganz anders aus. Das Panchayat-System ist bis heute extrem zentralistisch aufgebaut. Alle wichtigen Entscheidungen werden von höchster Ebene, sprich vom Palast und seinem Exekutivorgan, dem Ministerrat (His Majesty's Government, =HMG), getroffen. Die Basis, das Volk, ist trotz seit 1980 direkten Parlamentswahlen nicht beteiligt.
- Das soziale Ziel ist die Schaffung einer harmonischen Gesellschaftsstruktur, die auf den traditionellen moralischen Werten aufbaut. Besonderer Berücksichtigung bedarf dabei der Erhalt der nationalen Einheit, als deren Grundlage das bestehende gegenseitige Toleranzdenken bezüglich der kulturellen und traditionellen Werte Nepals gepriesen wird. Diese Werte werden im Hindu-Königreich Nepal mit den Hinduwerten identifiziert. Um dies zu erkennen, braucht man nur einen Blick in die Schulbücher zu werfen. Der Toleranzgedanke äußert sich im Grad der Unterordnung und folgerichtigen Einstufung im Gesellschaftsgefüge, wie es im muluki ain definiert ist. Trotz gegenteiliger Aussagen sind weiterhin die Ethnien, aber auch die Hindufrauen Randgruppen in einer von Männern dominierten Hinduwelt der Brahmanen und Chetri.
- Als wirtschaftliches Ziel des Panchayat-Systems - vor der dritten Verfassungsänderung vom 15.12.1980 wurde dieser Punkt noch vor dem sozialen Ziel eingestuft - wird eine möglichst breite Volksbeteiligung am wirtschaftlichen Aufschwung des Landes angestrebt. Als besonders vorrangig wird hierbei der Schutz des privaten Unternehmertums genannt. Als Grundlage von Industrie- und Handelspolitik soll ein Genossenschaftswesen geschaffen werden, um das private Unternehmertum zu fördern. An der Besitzstruk-

tur hat sich seit der Ranazeit jedoch kaum etwas verändert. Es sind weiterhin die konservativen Feudalschichten, die den dünnen Rahm, im zu den ärmsten Ländern der Welt zählenden Nepal abschöpfen und den Rest der Bevölkerung wirtschaftlich und politisch ausbeuten.

- Die Entwicklungs- und außenpolitischen Ziele fanden erst mit der dritten Verfassungsänderung Eingang in die nepalische Verfassung. Das Entwicklungsziel ist eine Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, um eine Deckung der Grundbedürfnisse der ländlichen Bevölkerung in allen Landesteilen zu erreichen. Damit fand das Schlagwort der Grundbedürfnisstrategie, welches die nepalische Entwicklungspolitik mit dem Zieljahr 2000 seit den achtziger Jahren beherrscht, Eingang in die Verfassung. In Anbetracht der nach wie vor rasch wachsenden Bevölkerung, der zunehmenden Dezimierung der Wälder, welche durch wahnwitzige Wirtschaftsquerelen mit Indien noch verstärkt wurde, und den damit verbundenen ständigen Verlust an fruchtbarem Ackerland infolge von Erosion bleibt die Parole der Grundbedürfnisdeckung wohl ein Wunschtraum. Ohne einen fundamentalen Gesellschaftswandel werden die Massen der Armen in Nepal immer größere Probleme haben, ihren Grundbedarf zu decken.
- Außenpolitisches Ziel des Panchayat-Systems ist das Bemühen um eine Anerkennung Nepals als eine internationale Friedenszone (Zone of Peace) unter Berücksichtigung der Grundwerte der Vereinten Nationen und der Prinzipien der Blockfreiheit. Dieses Bestreben Nepals wurde 1975 von König Birendra aus Anlaß seiner feierlichen Krönung erstmals der Öffentlichkeit vorgetragen. Es ist Nepals Versuch, seine Unabhängigkeit zwischen den beiden großen Nachbarstaaten Indien und China auf Dauer zu sichern. Die größte Gefahr geht zweifelsohne vom südlichen Nachbarn Indien aus, von dem Nepal als Binnenland völlig abhängig ist. Eine größere Annäherung Nepals an das totalitäre China - einen anderen Nachbarn gibt es ja nicht - wurde vor einem Jahr von Indiens Rajiv Gandhi mit einer Wirtschaftsblockade beantwortet, unter der das nepalische Volk und die Umwelt sehr zu leiden hatten. Nach fast einem Jahr sah sich die nepalische Regierung genötigt, den indischen Forderungen quasi in allen Punkten nachzugeben. Man muß die Panchayat-Regierung fragen, wofür dann das ganze Theater gut war. Den Parteien wird seitens HMG immer wieder vorgeworfen, sie trieben Nepal in die Hände Indiens. Andererseits äußerte sich Prakash Kaphle, der Generalsekretär von FOPHUR, mir gegenüber, Indien sei niemals an einer funktionierenden Demokratie in Nepal interessiert gewesen. Vielmehr sei Indien das ständige Spannungsverhältnis zwischen Palast/Panchas und Demokraten sehr gelegen.

Das nepalische Panchayat-System basiert auf dem vierstufigen Gerüst einer Art Rätedemokratie, wobei die Vertreter der jeweils höheren Ebene von denen der niedrigeren aus deren Reihen gewählt werden. Lediglich die Vertreter der untersten Stufe, der Dorf- und Stadt-Panchayats, werden vom Volk gewählt; seit der dritten Verfassungsänderung vom 15. Dezember 1980 gilt dies auch für die Abgeordneten des National-Panchayats, des nepalischen Parlaments.

Der Begriff "Panchayat" wird in Nepal in zweierlei Bedeutung benutzt. Einerseits bezeichnet der Panchayat ein bestimmtes Verwaltungsgebiet, in welches das Land unterteilt ist. So gibt es in Nepal 75 Distrikt-Panchayats (jilla panchayat), ca. 30 Stadt-Panchayats (nagar panchayat) und mehr als 4000 Dorf-Panchayats (gaun panchayat). Für die Einstufung als Stadt ist die Bevölkerungszahl maßgeblich. Alle Verwaltungseinheiten auf unterster Ebene mit mehr als 9000 Einwohnern werden als Stadt-Panchayats geführt. Bei den Dorf-Panchayats handelt es sich nicht um Dörfer im eigentlichen Sinne, sondern um Verwaltungseinheiten, in denen mehrere benachbarte Dörfer und Weiler zusammengefaßt werden. Auf der anderen Seite bezeichnet aber das Wort "Panchayat" auch den Rat als die gewählte Bevölkerungsvertretung auf der jeweiligen politischen Ebene des Systems.

Beginnen wir mit einer Betrachtung des heutigen nepalischen Panchayat-Systems zunächst auf der untersten Ebene des Systems, den Dorf- und Stadt-Panchayats. Grundlage bilden hier die Artikel 30 ff der nepalischen Verfassung, nähere Einzelheiten sind im "Village" bzw. "Town Panchayat Act 1962" geregelt. Die Dorf- und Stadt-Panchayats sind ihrerseits noch einmal in sogenannte "wards" unterteilt, ein Wort, das ich hier unübersetzt lassen möchte, zumal es auch keinen entsprechenden Nepalibegriff dafür gibt. Man muß sich darunter eine Art administrativen Dorf- bzw. Stadtbezirk vorstellen. Die Dorf-Panchayats sind grundsätzlich in neun, die Stadt-Panchayats je nach Bevölkerungszahl in 9 bis 33 wards unterteilt. Alle fünf Jahre, jeweils Ende des Monats Paus oder Pus, d.h. etwa Mitte Januar, werden die Wahlen auf der untersten Ebene des Panchayat-Systems durchgeführt. Wahlberechtigt, sowohl aktiv als auch passiv, sind dabei alle Personen, die mindestens 21 Jahre alt sind. Diese erwachsene Bevölkerung eines jeden wards, die in ihrer Gesamtheit als Bezirksversammlung (ward sabha) bezeichnet wird, wählt ein sogenanntes "ward committee", welches aus vier Personen und einem Vorsitzenden besteht. Die gewählten Vertreter aller wards eines Dorf- bzw. Stadt-Panchayats bilden gemeinsam die Dorf- bzw. Stadt-Versammlung (gaun sabha / nagar sabha), die legislative Versammlung auf der untersten Ebene des Systems. Die Dorfversammlung besteht folglich immer aus 45 Personen, während die Stadtversammlung bis zu 165 Mitglieder umfassen kann. Dieses allgemeine Gremium tritt mindestens einmal im Jahr zusammen, um die jährlichen Pläne und Budgets, die ihm vom Dorf- bzw. Stadt-Panchayat vorgelegt werden, zu beraten und zu verabschieden.

Die Vorsitzenden der einzelnen ward committees sind automatisch Mitglieder des Dorf- oder Stadt-Panchayats, des lokalen nepalischen Exekutivorgans. An dessen Spitze steht ein Vorsitzender, eine Art Bürgermeister, und sein Stellvertreter, pradhan pancha und upapradhan pancha, die wiederum von der gesamten wahlberechtigten Bevölkerung des betreffenden Dorf- oder Stadt-Panchayats direkt gewählt werden. Ein Dorf-Panchayat besteht folglich immer aus elf Personen, während ein Stadt-Panchayat je nach Stadtgröße 11-35 Mitglieder umfaßt. Hauptaufgaben dieser lokalen Panchayats, die vom pradhan pancha mindestens einmal monatlich zu Sitzungen einzuberufen sind, sind die Planung und Realisierung von Entwicklungsprojekten auf lokaler Ebene, die Festsetzung und Erhebung von lokalen Steuern und die Ausführung administrativer und judikativer Aufgaben, soweit sie von der Zentralregierung delegiert werden. Insgesamt

nennen die Ausführungsbestimmungen zum Dezentralisierungsgesetz von 1984 mehr als einhundert Aufgaben der lokalen Panchayats. Viele dieser Aufgaben bestehen jedoch nur in der Theorie. Als finanzielle Mittel für die Bewältigung dieser Aufgaben stehen dem Dorf- bzw. Stadt-Panchayat nämlich nur einige wenige kleinere Steuereinnahmen zur Verfügung. Ansonsten ist man auf Subventionen der Zentralregierung und der übergeordneten Distriktverwaltung angewiesen. Die Entscheidungen des Dorf-Panchayats werden von einem beamteten Sekretär, dem gaun sevak, ausgeführt, welcher vom Ministry of Panchayat and Local Development, also wiederum von der Zentralregierung, eingesetzt wird.

Das mächtigste und begehrteste Amt auf dieser untersten Systemebene ist zweifelsohne das des pradhan pancha. Dieses Amt hebt seinen Träger automatisch auf eine höhere soziale Ebene, da er den Kontakt des Dorf- bzw. Stadt-Panchayats mit der nächsthöheren Verwaltungsebene aufrechterhält. Das hat zur Folge, daß die traditionellen Machteliten Nepals, d.h. die hohen Hindu-Kasten der Brahmanen und Chetri sowie die Großgrundbesitzer ihrer angestammte Macht über die Funktion des Pradhan Pancha weiterhin ausüben. Untersuchungen haben ergeben, daß sich seit der Einführung des Panchayat-Systemes an diesem sozialen Machtgefüge auf der untersten Ebene des Systems wenig verändert hat. Das Amt des Pradhan Pancha erlaubt es ihnen, ihre persönlichen Interessen sowohl auf der Dorf- als auch auf der Distriktebene zu verfolgen und ihre wirtschaftliche Macht weiter auszubauen. Häufig vorhandene Beziehungen zu den Ministerien in Kathmandu oder gar zum Königspalast verstärken diese Tendenz noch.

Auf der nächsthöheren Verwaltungsebene ist Nepal in 75 Distrikte unterteilt, deren Gebiet sich wiederum in jeweils neun ilaka zergliedert. Auch auf dieser Ebene gibt es ein allgemeines Gremium, die Distrikt-Versammlung (jilla sabha), der die pradhan panchas und upapradhan panchas sowie ein Drittel aller Mitglieder eines jeden Dorf- oder Stadt-Panchayats des Distrikts angehören. Diese Distrikt-Versammlung muß mindestens 20 Mitglieder umfassen, doch liegt die Mitgliederzahl meist erheblich höher. Die Sitzungen des jilla sabha müssen mindestens zweimal jährlich stattfinden, sollte ein Fünftel der Mitglieder dies verlangen, jedoch auch häufiger. Distriktentwicklungsplan und Haushaltsplan bedürfen der Zustimmung der Distriktversammlung. Außerdem obliegt diesem Gremium eine Kontrollfunktion bezüglich der Arbeit des Distrikt-Panchayats sowie der Ministerialbüros auf Distriktebene.

Das Exekutivorgan des Distrikts ist der Distrikt-Panchayat (jilla panchayat). Die Dorf- und Stadt-Panchayat-Mitglieder eines jeden ilaka wählen aus ihren Reihen jeweils einen Vertreter in den Distrikt-Panchayat. Zusätzlich zu diesen neun Personen wird noch ein Vorsitzender und sein Stellvertreter von den Abgeordneten aller ilaka gemeinsam gewählt. Ein Distrikt-Panchayat umfaßt somit immer elf Personen. Seine Hauptaufgaben sind die Formulierung von Entwicklungsplänen auf Distriktebene, die Koordinierung und Überwachung der Verwirklichung der Pläne von Ministerien und Ministerialdepartments, die Eintreibung bestimmter Steuern sowie die Kontrolle der Dorf-Panchayats. Als finanzielle Mittel stehen auch hier eingetriebene Steuergelder und besonders Subventionen der Zentralregierung zur Verfügung.

Die Arbeit des Distrikt-Panchayats wird vom Local Development Officer (LDO) unterstützt und in die Praxis umgesetzt. Letzterer wird vom Ministry of Panchayat and Local Development (MPLD) eingesetzt. Dieses Amt löste 1980 das des Panchayat Development Officer's ab. Der LDO ist somit der direkte Vorgesetzte des Gaun Sevak der untersten Systemebene. Er soll die Entscheidungen des Distrikt-Panchayats vollziehen und die Aktivitäten der Ämter der diversen Ministerialdepartments auf Distriktebene koordinieren. In der Tat ist er es, der den Distriktentwicklungsplan erstellt, seine Realisierung leitet und Evaluierungen vornimmt.

Neben dem Amt des LDO findet sich auf Distriktebene noch das des Chief District Officer's (CDO). Im Verlaufe der Verwaltungsreform nach Einführung des Panchayat-Systems löste der CDO den übermächtigen Distriktgouverneur (bada hakim) ab. Ein Teil der Machtfülle des bada hakim wurde auf das neue Amt des Zonenkommissars (ancaladhis) übertragen. Dennoch hat der CDO auch heute die mächtigste Stellung auf Distriktebene inne. Er ist als Vertreter des Innenministeriums und Chef der Distriktverwaltung insbesondere verantwortlich für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Ursprünglich oblag ihm auch die Realisierung und Koordinierung der Entwicklungsaufgaben, doch hat er diese Funktion heute weitgehend an den LDO abgetreten. Aufgrund dieser Machtverschiebungen kommt es auf Distriktebene häufig zu Kompetenzstreitigkeiten zwischen CDO, LDO und Distriktat.

Die Mitglieder aller Distrikt-Panchayats einer Zone - Nepal ist in insgesamt 14 Zonen eingeteilt - bilden gemeinsam die Zonen-Versammlung (ancal sabha) auf der dritten Ebene des Systems. Diese Zonen-Versammlung stellte bis zur dritten Verfassungsänderung vom 15.12.1980 das Wahlgremium für das nepalische Parlament, den National-Panchayat (rastriya panchayat), dar. Da das Parlament heute direkt vom Volk gewählt wird, ist die Zonen-Versammlung quasi bedeutungslos.

Bedeutend ist jedoch das Amt des ancaladhis, des Zonenkommissars, welches in Artikel 86 A der Verfassung verankert ist. Dieser höchste Beamte einer Zone wird direkt vom König ernannt und ist daher auch diesem gegenüber direkt verantwortlich. Er hat meist einen größeren Verwaltungsapparat hinter sich, der ihm hilft, Ruhe und Ordnung in der Zone aufrechtzuerhalten und die Entwicklungsaktivitäten zu koordinieren und zu beaufsichtigen. Der ancaladhis ist Vorsitzender des Sicherheitsausschusses (Security Committee), dem die höchsten Repräsentanten von Polizei und Armee auf Zonenebene angehören. Die Koordinierungskompetenz des Zonenkommissars beschränkt sich nicht nur auf jene Regierungsbüros, die auf der Zonenebene angesiedelt sind, wie die der Forst-, Landwirtschafts- und Bauverwaltung, sondern auch auf die Ministerialbüros auf Distriktebene. Daher kommt es häufig zu einem Interessenkonflikt mit den jeweiligen CDO. In Anbetracht der vom Staat propagierten Dezentralisierungsbestrebungen wird jedoch das von oben aufgepfropfte und mit derartiger Machtfülle versehene Amt des ancaladhis zunehmend als unzeit-

gemäß und den politischen Entwicklungsprozeß behindernd kritisiert, insbesondere von der oppositionellen Presse.

Auf der nationalen Ebene gibt es als Parlament einen National-Panchayat (rastriya pancayat), von dessen 140 Mitgliedern 112 für einen Zeitraum von fünf Jahren direkt vom Volk gewählt werden. 28 weitere Abgeordnete werden vom König nominiert. Die Kandidaten müssen einen Eid vor der Wahlkommission ablegen und sollen Mitglieder einer der sechs Klassenorganisationen (Bauern, Jugend, Erwachsene, Frauen, Arbeiter, Ex-Servicemen) sein.

Auch wenn alle diese Institutionen bisweilen demokratisch angehaucht erscheinen, so sind sie doch nichts anderes als eine Fassade, hinter der die absolute Macht des nepalischen Hindukönigs gewahrt wird. Der alles entscheidende Artikel der nepalischen Panchayat-Verfassung, Artikel 20 (2) besagt nämlich ganz klar: "Die Souveränität Nepals beruht in der Person des Königs und alle Macht, exekutiv, legislativ und judikativ gehen von ihm aus." Und in Ergänzung dazu möchte ich noch Artikel 24 (1) zitieren: "Die exekutive Macht Nepals wird von Seiner Majestät direkt oder durch Minister oder ihm untergebene Beamte ausgeübt." Hier versteht man, warum das Volk so vehement unter Aufopferung von Leben und Gesundheit für Demokratie kämpft. Und man kann in diesen zuletzt genannten Artikel auch eindeutig nachlesen, wer die Verantwortung für die brutale und menschenverachtende Vorgehensweise der nepalischen Regierung in den letzten Wochen zu tragen hat. Noch immer kämpfen der nepalische König und seine Familie mit Haken und Ösen um den Erhalt der persönlichen Macht. Bei diesem Ränkespiel wird insbesondere Königin Aishvarya, einer geborenen Rana, im Volk nachgesagt, daß sie die Fäden im Palast spinne. Sie wäre nicht die erste nepalische Königin, die sich auf diese Weise in Szene setzte. Die Führer der politischen Parteien haben jedoch deutlich zu verstehen gegeben, daß sie sich nicht mehr mit leeren Floskeln abspeisen lassen wollen. Noch lassen sie dem König eine Chance zur Besinnung. Selbst nach den Vorkommnissen der letzten Wochen genießt der nepalische König genügend Ansehen, um als konstitutioneller Monarch in einem demokratisch regierten Nepal akzeptiert zu werden. Das Symbol der Einheit, welches der König im Vielvölkerstaat Nepal darstellt, spricht für diese Auffassung. Noch geben die Parteien König Birendra eine letzte Chance, auf seine absoluten Rechte zu verzichten und das Panchayat-System, den Träger und Garanten dieser absoluten königlichen Rechte, formell aufzulösen. Es bleibt für Nepal zu hoffen, daß der König diese Chance möglichst bald nutzt.

NEPAL NACH DEM ENDE DER DEMOKRATIEBEWEGUNG

(Interview mit dem Gesundheitsminister, Prof. Dr. Mathura Prasad Shrestha am 5. Mai 1990)

(zusammengestellt von Pradeep Bhattarai)

Eine vierköpfige Abordnung des Human Rights Forum Nepal begrüßte am 5. Mai 1990 den neuen nepalischen Gesundheitsminister, Prof. Dr. Mathura Prasad Shrestha auf dem Frankfurter Flughafen. Prof. Shrestha ist Vorsitzender des "Forum for Protection of Human Rights", der ältesten nepalischen Menschenrechtsorganisation, die als einer der Organisatoren der jüngsten Demokratie- und Menschenrechtsbewegung entscheidenden Anteil an der Abschaffung des korrupten und totalitären Panchayat-Systems und der derzeitigen Verbesserung der Menschenrechtsslage in Nepal hatte. Seit seiner Ernennung zum Gesundheitsminister fungiert jedoch Ramananda Prasad Singh als Acting President. Im Mittelpunkt des Gesprächs mit Prof. Shrestha stand die Diskussion über die gegenwärtige Lage Nepals:

Frage: Wie wurde diese Übergangsregierung gebildet?

Nach dem Gespräch mit dem König haben wir folgenden Kompromiß getroffen: Die Übergangsregierung sollte sich auf Vorschlag des Königs wie folgt zusammensetzen:

4 Personen des Nepali Congress

3 Personen der United Left Front

2 Personen, die überparteilich organisiert sind und

2 Personen, die durch den König ernannt wurden.

Dr. Devendra Raj Pandey, im Verlauf der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung Acting President der "Human Rights Organization of Nepal", der anderen großen nepalischen Menschenrechtsorganisation, und ich nahmen als Überparteiliche die Ämter des Finanzministers bzw. des Gesundheitsministers an. Ich selbst habe das Ministeramt eigentlich nicht annehmen wollen, bin aber von meinen Freunden dazu gedrängt worden, als sich niemand sonst bereitfand.

Frage: Wie sieht das politische System zur Zeit aus?

Das derzeitige System ist ein vorläufiges, aber gewisse Veränderungen haben wir schon bewirken können. Ich möchte betonen, daß dies eine friedliche Übergangsphase ist. Wir arbeiten alle zusammen mit dem Ziel der Demokratisierung. Das Volk ist unsere Hilfe. Wir haben aber keine Kontrolle über die Polizei und das Militär. Alle Beamten sind dieselben wie früher; wir haben keine Unterstützung durch die Beamten.

Die Gegner der Übergangsregierung versuchen weiterhin, die Unfähigkeit dieser Regierung zu beweisen. Sie inszenieren Diebstähle und Betrügereien, schlagen Menschen auf der Straße zusammen und setzen Regierungsgebäude in Brand. Aber wir haben volle Unterstützung vom Volk. Ich muß jedoch sagen, daß die momentane Situation in Nepal sehr kritisch ist.

Frage: Könnten Sie vielleicht über die weitere Arbeit der Übergangsregierung berichten?

Unsere Übergangsregierung hat folgende Ziele und Aufgaben:

- a) eine neue Verfassung vorzubereiten und innerhalb von 90 Tagen vorzulegen,
- b) neue Parlamentswahlen vorzubereiten und innerhalb eines Jahres durchzuführen,
- c) das Selbstverständnis der Verwaltung zu verändern und in Richtung Demokratie zu lenken.

Frage: Wir haben gehört, daß in den letzten Tagen durch die neue Übergangskoalitionsregierung das Panchayat-System auch auf lokaler Ebene aufgelöst wurde. Wodurch wird diese Lücke geschlossen? Wer nimmt die Aufgaben und Funktionen der lokalen Panchayats wahr?

Ja, unsere Regierung hat das lokale Panchayat-System bereits aufgelöst. Weitere Entscheidungen diesbezüglich haben wir jedoch noch nicht getroffen. Wir werden hierüber aber bald entscheiden. Es ist geplant, die lokale Verwaltung in der Übergangsphase durch örtliche Vertreter der Parteien wahrzunehmen. Das Volk hat aber seinerseits bereits gehandelt und auf lokaler Ebene Bürgerkomitees eingesetzt, die sogenannten "People Vigilance Committees". Diese Bürgerkomitees ersetzen zur Zeit die lokalen Panchayat-Organen. So beobachten und kontrollieren sie die Randalen verbreitenden Mandaliya des abgesetzten Panchayat-Systems.

Frage: Zu welchem Zweck wurden die Zonal Commissioners in der vergangenen Woche nach Kathmandu berufen?

Alle Polizisten und Soldaten werden auf Zonenebene vom Zonal Commissioner befehligt. Diese sind daher auch hauptverantwortlich für die Ausschreitungen jener Kräfte im Verlauf der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung. Das Volk hat nach wie vor Angst vor Übergriffen durch Polizei und Militär. Daher wurden die Zonal Commissioners nach Kathmandu zurückberufen. Diese höchsten Beamten auf Zonenebene sind direkt vom König eingesetzt. Unsere Regierung möchte mit dem König sprechen, daß er diese Ämter auflöst.

Frage: Was ist mit dem Sicherheitsgesetz (Public Security Act), unter dessen Deckmantel die zahlreichen Ausschreitungen des Panchayat-Systems vollzogen wurden?

Unsere Regierung hat gleich zu Beginn beschlossen, dieses Gesetz nicht mehr anzuwenden.

Frage: Nicht nur die derzeitige Parteienlandschaft ist verwirrend; es werden auch unterschiedliche Menschenrechtsorganisationen zitiert. Wieviele Menschenrechtsorganisationen gibt es in Nepal?

Neben meiner Organisation, dem "Forum for Protection of Human Rights Nepal" (FOPHUR) gibt es noch die "Human Rights Organization of Nepal" (HURON). FOPHUR und HURON sind zwei politisch unabhängige Menschenrechtsorganisationen. FOPHUR ist die ältere; sie wurde 1985 gegründet. Ich war Vorsitzender von FOPHUR; seit meiner Ernennung zum Gesundheitsminister hat Herr Ramananda Prasad Singh jedoch die Leitung als Acting President übernommen. Der Vorsitzende von HURON ist Herr Rishikesh Shaha. Er befand sich im Verlauf der Demokratiebewegung jedoch im indischen Exil. In dieser Zeit leitete Dr. Devendra Raj Pandey HURON als Acting President. Herr Shaha ist jetzt wieder in Nepal. Die Ziele dieser beiden Organisationen sind die gleichen. Auch der Mitgliederstamm ist größtenteils identisch.

Daneben gibt es noch die "Nepal Medical Association" und die "Nepal Bar Association" (NEBA), die Anwaltsvereinigung, die ebenfalls für den Schutz der Menschenrechte eintreten und Verletzungen der Menschenrechte untersuchen. Es gibt auch noch eine Menschenrechtsorganisation des Panchayat-Systems, doch hat diese nie etwas unternommen.

Frage: Während der Unruhen sind viele Personen ums Leben gekommen oder haben dauerhafte gesundheitliche Schäden davongetragen. Welche Hilfe bieten die nepalischen Menschenrechtsorganisationen den betroffenen Familien an?

Wir von FOPHUR haben einigen betroffenen Familien eine Summe von 2500 Rupien gegeben. Wir haben vor, für eine gute Ausbildung der Kinder der Getöteten für die Dauer von 10 Jahren aufzukommen. Unsere Regierung hat sich ihrerseits entschieden, den betroffenen Familien eine einmalige Summe von 1000 Rupien zu zahlen.

Die nepalischen Menschenrechtsorganisationen haben zur Organisierung der Hilfsmaßnahmen ein geimeinsames Komitee gebildet, das sich "Human Rights Integration and Support Committee" nennt. Dieses Komitee ist auch für die Verteilung der Gelder an die betroffenen Familien verantwortlich.

Frage: Was sind die weiteren Inhalte der Arbeit von FOPHUR?

Eine weitere Aufgabe wird sein, im Volk Interesse für Demokratie und Menschenrechte zu wecken. Das Volk muß über seine Rechte aufgeklärt und für eine aktive Beteiligung am politischen Entwicklungsprozeß ge-

wonnen werden. Die gute Menschenrechtssituation in Deutschland kann uns als Grundlage für unsere Arbeit in Nepal dienen.

INTERVIEW MIT PADMA RATNA TULADHAR AM 12.05.1990 IN BANGKOK.

(geführt von Walter Keller, Südasiensbüro, und aus dem Englischen übertragen von K.H.Krämer für Südasiens, 10, 6/90)

Padma Ratna Tuladhar ist ein führendes Mitglied der United Left Front und auch Mitglied des Forum for Protection of Human Rights (FOPHUR). Er war zuletzt gewählter Parlamentsabgeordneter und wurde im Verlauf der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung inhaftiert, weil er für die Rechte des Volkes auf der Straße demonstriert hatte.

Frage: Wie sehen sie die heutige politische Situation in Nepal?

Die Lage in Nepal ist nach wie vor sehr kritisch, weil der König immer noch nicht die Macht an das Volk, d.h. an die Übergangsregierung, abgetreten hat. Was wir als United People's Movement (UPM) erreicht haben, ist die Wiederzulassung der Parteien sowie die Durchsetzung einiger grundlegender Menschenrechte wie Presse- und Redefreiheit, Demonstrationsfreiheit usw. Aber wir haben immer noch nicht die völlige Auflösung des berüchtigten parteilosen Panchayat-Systems erreichen können. Wir kämpfen immer noch dafür. Wir sind immer noch nicht im Besitz der Macht, die wir benötigen, um eine neue Verfassung zu schaffen. Der König hat in seiner jüngsten Proklamation verkündet, daß eine Kommission gebildet würde, die Veränderungen der bestehenden Verfassung ausarbeiten sollte. Dies ist vom Nepali Congress, der United Left Front und dem Volk zurückgewiesen worden. Das nepalische Volk verlangt stattdessen die Bildung einer unabhängigen, mit aller Macht ausgestatteten Kommission zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung. Das jedoch hat der König bisher nicht akzeptiert. Es ist eines der schwierigsten Probleme, daß die Übergangsregierung keine konstitutionelle Machtgrundlage besitzt. Dies hat zur Folge, daß die Regierungsarbeit nur sehr schleppend vorangeht und das Volk ungeduldig wird. Es besteht die Gefahr, daß das Volk selbst zu drastischen Schritten gegen jene Elemente übergeht, die für Korruption und Unterdrückung in der Vergangenheit verantwortlich zeichnen. Es würde zu einer abermaligen Revolte des Volkes führen. Man würde eine neue Volksbewegung starten, und die würde dann direkt gegen die Monarchie und die Person des Königs gerichtet sein. Wenn die Regierung nicht handeln kann, wird das Volk für sich selbst handeln.

Vor ein paar Tagen z.B. ergriff das Volk einige Randalierer, sogenannte Mandale, schlug sie und tötete auch sechs Polizisten. Dies ist ein Hinweis darauf, daß es ein weiteres Desaster geben wird, wenn der König das Begehren des Volkes nicht versteht. Es wird weitere Unruhen geben. Die neue Volksbewegung würde direkt gegen die Monarchie gerichtet werden. Die erste Bewegung, die am 18. Februar gestartet wurde, war völlig gewaltlos, obgleich das Volk von der Regierung massakriert wurde. Meine persönliche Auffassung ist, daß das Volk bei einer erneuten Bewegung auch zu den Waffen greifen würde. Ich wende mich mit dieser Aussage insbesondere an meine Freunde im Ausland, insbesondere in Indien, USA, Japan und der Bundesrepublik Deutschland, die unsere Demokratiebewegung in ganz entscheidender Weise unterstützt haben, um ihnen zu sagen, daß ausländische Unterstützung für die friedliche Machtübergabe vom König an das Volk weiterhin dringend benötigt wird. Da dies noch nicht erreicht ist, setzt das Volk die Regierung unter Druck, sobald wie möglich zu handeln, d.h. wenigstens die Minimalforderungen durchzusetzen, die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen und die notwendigen Veränderungen auch im wirtschaftlichen Bereich einzuleiten.

Frage: Wer waren nach Ihrer Meinung die Hauptverantwortlichen? Kann man sie namentlich zitieren?

Ja, das kann man. Z.B. der Premierminister selbst, Marich Man Singh Shrestha, der Vorsitzende des National Sports Councils, die Zonal Commissioners, es gab so viele. Das parteilose System als solches war bereits eine Verletzung der Menschenrechte. Ich muß leider beklagen, daß dies lange Zeit vom Ausland nicht wahrgenommen wurde. Es hieß immer nur, Nepal sei ein friedliches Land, die Menschen seien friedvoll, aber man sah nicht das Verlangen des Volkes nach Demokratie. Aber diesmal erhielten wir glücklicherweise massive Unterstützung durch das Ausland, z.B. wurde ausführlich in den ausländischen Medien über unsere Bewegung berichtet. Aber wir erhielten auch direkte Unterstützung durch einige Institutionen, z.B. ASA, die asiatische Studentenvereinigung in Hongkong organisierte allein drei Demonstrationen. Ähnlich unterstützten indische Freunde die Nepali in Delhi und anderen Orten bei ihren Demonstrationen. Aber bitte teilen Sie Ihren Lesern mit, daß die Situation weiterhin sehr kritisch ist, daß die internationale Gemeinschaft uns weiterhin unterstützen sollte, damit wir volle Demokratie erreichen.

Entscheidend wird der Machtübergang vom König zum Volk sein. Der Nepali Congress, die United Left Front und andere politische Organisationen vertreten die Auffassung, daß die neue Verfassung vom Volk selbst ausgehen muß. Sie darf nicht vom König auferlegt werden. Die Stellung des Königs sollte die eines konstitutionellen Monarchen sein. Weil der König das bisher noch nicht akzeptiert hat und weiterhin von der mächtigen und reaktionären Palast-Clique umgeben ist, besteht die Möglichkeit, daß er nicht zum

Machtverzicht bereit ist. Es gibt viele Leute, die befürchten, daß der König all das, was wir bisher erreicht haben, wieder wegnehmen wird. Das wäre dann sicherlich ein großes Desaster für uns.

Frage: Wenn Sie die Möglichkeit hätten, an die europäischen Regierungen, z.B. an die deutsche, zu appellieren, was könnten diese tun? Wie könnten sie den König beeinflussen?

Sie könnten ihren Einfluß nutzen, den König unter Druck zu setzen, die Macht friedlich auf das Volk zu übertragen.

Frage: Mit welchen Mitteln könnten sie das erreichen? Sollen sie sagen: "Wenn Sie die Macht nicht abgeben, werden wir Ihnen keine weitere Hilfe zukommen lassen". Wäre das z.B. eine brauchbare Lösung?

Ja das wäre eine Möglichkeit. Beispielsweise war es im Verlauf der Demokratiebewegung für das Zugeständnis wenigstens einiger Rechte wie die Gewährung grundlegender Menschenrechte und die Wiederzulassung der politischen Parteien durch den König ausschlaggebend, daß eine Reihe von Geberländern, insbesondere die USA, die Bundesrepublik, Japan und die Schweiz zumindest indirekt - ich kann nicht behaupten, daß sie es direkt getan haben - dem König und dem Establishment drohten, daß die Hilfe eingestellt würde, wenn dem Volk nicht Demokratie und Menschenrechte gewährt würden. Ich glaube, daß dies eine sehr positive Auswirkung hatte. Ich befürworte keine direkte Intervention durch ein anderes Land, z.B. durch Indien, aber Unterstützung wird benötigt, und das muß ja nicht gleich Intervention sein. Länder wie die USA und die Bundesrepublik rühmen sich ihres demokratischen Status und der Beachtung der Menschenrechte. Sie sollten daher auch Länder wie Nepal bei der Wiederherstellung grundlegender Menschenrechte und der Demokratie unterstützen.

Frage: Inwieweit beeinflußt der Konflikt die Wirtschaft des Landes?

Die am 18. Februar gestartete Demokratiebewegung spielte sich insbesondere in städtischen Gebieten ab, z.B. in Kathmandu, dem gesamten Kathmandutal, Biratnagar, Bharatpur usw. Ich glaube daher nicht, daß sie irgendeinen negativen Einfluß auf die Wirtschaft hatte. Aber andererseits muß man feststellen, daß unsere Wirtschaft nach dreißig Jahren Panchayat-Herrschaft ohnehin sehr schlecht war. Die Korruption und der Schmuggel blühten.

Frage: Als unmittelbares Nachbarland von Indien, wie sehen Sie die Rolle Indiens in Ihrem Bestreben?

Soweit die indische Regierung betroffen ist, sie hat keinerlei positive Rolle gespielt. Einige Leute haben Indien ein passives Verhalten vorgeworfen. Ich glaube jedoch, daß es gut war, daß die indische Regierung sich zurückgehalten hat. Das hätte den Eindruck indischer Einmischung in interne nepalische Angelegenheiten erweckt. Aber die Führer von Janata Dal, CPM, CPI und Congress haben uns moralisch unterstützt und sie haben auch eine Rolle dabei gespielt, daß der Nepali Congress und die Kommunisten zusammengefunden haben. Einer ihrer Führer, Herr Surjit Singh von CPM, kam zu einem Treffen des Nepali Congress nach Kathmandu, obgleich Differenzen zwischen Nepal und Indien bestehen, um seine Unterstützung einer vereinigten Front zum Ausdruck zu bringen. Dies hat entscheidend dazu beigetragen, eine positive Situation zur Bildung einer United Front zu schaffen. Die Unterstützung, insbesondere aus der westlichen Welt, hat in ganz entscheidendem Maße die aktive Beteiligung der Intellektuellen an der Bewegung beeinflusst. In Phasen der Bewegung, als die politischen Führer infolge der Unterdrückungsmaßnahmen nicht auf die Straße gehen konnten, da haben diese Akademiker die Bewegung fortgeführt. Die nepalischen Massen können sich unter der internationalen Unterstützung nichts vorstellen. Dazu fehlt es an Bildung und an Bewußtsein. Aber in Akademikerkreisen, hatte die internationale Unterstützung entscheidende Bedeutung. Diese fühlten, daß sie nicht allein dastanden. Sie sahen, daß sie von der internationalen Gemeinschaft unterstützt wurden.

Frage: Gibt es in Nepal noch eine Kraft, die das Panchayat-System beibehalten möchte?

Ja, wir ärgern uns darüber, daß es immer noch eine solche Kraft gibt. Wir haben jetzt wieder ein Parteiensystem und wir haben auch eine Übergangsregierung gebildet, aber die ganze Verwaltung, Polizei und Militär sind weiterhin in Händen jener Kraft, die vom König kontrolliert wird. Deswegen sind wir sehr bedacht darauf, das Bündnis zwischen Nepali Congress und United Left Front aufrechtzuerhalten. Sollte dieses Bündnis auseinanderbrechen, befürchte ich sehr, daß auch die Einheit des Volkes gespalten würde. Die Einheit des Volkes war nur möglich, weil sich Nepali Congress und Kommunisten auf der Basis eines Kompromisses verbündet hatten. So verzichteten die Linken beispielsweise auf aggressiv kommunistische Slogans und formulierten diese stattdessen so, daß sie auch vom Congress akzeptiert wurden. Dazu gehört auch, daß die Bewegung nicht gegen die Monarchie gerichtet wurde. Die Kommunisten erklärten sich bereit, eine konstitutionelle Monarchie zu akzeptieren. Wir mußten gemeinsame Sache mit dem Nepali Congress machen, um diese fundamentalen Dinge zu erreichen.

Frage: Vorausgesetzt, die Demokratie überlebt und hat Erfolg, wie beurteilen Sie die Zukunft des politischen Bündnisses? Wird es zu einem neuen Konflikt über die Verteilung der Macht kommen?

Ich befürchte, ja. Es gibt so viele Meinungsgegensätze, z.B. wenn es um die Beziehungen zwischen Indien und Nepal geht. Dem Nepali Congress wird nachgesagt, daß er pro-indisch sei. Wenige Tage, nachdem Herr Bhattarai Premierminister geworden war, erklärte er, er wolle ein besonderes Verhältnis zu Indien anstreben. Die meisten linken Gruppen und auch ich lehnen jedoch jedes besondere Verhältnis zu Indien ab. Wir fordern Gleichheit und Freiheit. Dies soll ein Beispiel dafür sein, welche Probleme auf uns zukommen. Da dies ein Regierungsbündnis ist, sollte meiner Meinung nach auch eine gemeinsame Politik vertreten werden, sei es nun in Bezug auf Indien oder hinsichtlich der Wirtschaft. Man bemüht sich daher, die Unterschiede zu verringern.

Frage: Wenn es zu allgemeinen Wahlen in Nepal kommt, wird es dann zu einem Auseinanderbrechen der Bündnisse kommen? Werden die Linksparteien weiterhin als United Left Front auftreten oder wird es gar bei einer Blockbildung von United Left Front und Nepali Congress bleiben?

Ich persönlich befürworte, daß United Left Front und Nepali Congress gemeinsam in die Wahlen gehen. Da die reaktionären Kräfte weiterhin stark sind, wird es sehr wichtig sein, die Wahlen als Bündnis zu bestreiten. Im Augenblick wird diese Auffassung auch von den anderen Führern des Bündnisses geteilt. Girija Prasad Koirala, der Generalsekretär des Nepali Congress, hat beispielsweise bei einer öffentlichen Rede dafür plädiert, dieses Bündnis bis zu den Wahlen fortzusetzen. Wir müssen uns sehr darum bemühen, dieses Bündnis zu erhalten. Wenn das Bündnis zerbricht, zerbricht auch die Einheit des Volkes.

Frage: Noch eine Frage zum indisch-nepalischen Verhältnis: Da Indien Ihr Haupthandelspartner ist, von dem sie wirtschaftlich in besonderer Weise abhängig sind, ist es da nicht unvermeidlich, daß auch ein besonderes Verhältnis zwischen den beiden Ländern besteht? Teilen Sie diese Meinung?

Nun, ich habe meine eigene Meinung zum indisch-nepalischen Verhältnis. Wir haben so viele Probleme mit Indien. Indien hat uns niemals als ein völlig souveränes Land behandeln wollen. Sie haben uns eine Art hegemonistische Politik auferlegen wollen. Es gibt so viele Probleme, nicht nur in Hinsicht auf Handel und Transit sondern auch bezüglich der Migration, der offenen Grenze usw. Ich bin der Meinung, Indien hat uns seit so vielen Jahren im Namen eines besonderen Verhältnisses ausgebeutet und als indischen Markt aufgefaßt. Unsere Binnenlandlage ist auch eines unserer größten Probleme. Wir sind hilflos, wenn wir uns in Transitfragen nicht mit Indien verständigen. Aber politisch, kommerziell und auch im gesellschaftlichen Bereich haben wir so viele Probleme mit Indien. Es gibt immer noch das System der offenen Grenze, welche die Migration in beide Richtungen ermöglicht. Als wir z.B. gegen die ausländische Unterwanderung vorgehen, war dies insbesondere gegen Indien gerichtet. Aber Indien hat dies völlig zurückgewiesen und auf den Friedens- und Freundschaftsvertrag verwiesen. In dessen erstem Paragraphen wird festgelegt, daß Indien und Nepal völlig souveräne Staaten sind. Andere Vereinbarungen aber bringen den untergeordneten Status von Nepal zum Ausdruck. Es heißt da zwar, nepalische Staatsbürger würden in Indien wie Inder und indische Staatsbürger in Nepal wie Nepali behandelt und Sie mögen das als gleichwertig auffassen, aber Indien ist so ein riesiges Land mit mehr als 800 Millionen Menschen, während Nepal lediglich eine Bevölkerung von 18 Millionen hat. Wenn die offene Grenze und die Migrationsfreiheit beibehalten werden, befürchten wir Nepali, daß wir eines Tages eine Minderheit in unserem eigenen Land darstellen. Daher wollen wir diese Art von Gleichbehandlung beenden. Eine andere Vereinbarung des Vertrags von 1950 ist, daß Nepal Indien konsultieren muß, wenn es irgendwelche Waffen aus dem Ausland importieren möchte. Wie ist das mit dem Status der Souveränität vereinbar.

Noch ein anderes Beispiel: Nepal ist ein sehr kleines Land im Vergleich zu Indien, aber Nepal darf nach Indien nur die Güter exportieren, die zu mindestens 80% aus einheimischen Rohstoffen bestehen. Wir wollen aus Indien nicht nur Güter importieren, die zu 80% aus einheimischen Rohstoffen bestehen, aber Indien besteht auf der Einhaltung dieser Vereinbarung. Dies bedeutet, daß Indien Nepal zu einem dauerhaften Markt machen will. Man möge sich vorstellen, Japan dürfte nach Indien nur Waren exportieren, die zu 80% aus einheimischen Rohstoffen bestehen. Niemand würde auf diese Idee kommen. Aber von Nepal verlangt Indien dies.

Ich gebe zu, daß wir ein besonderes Verhältnis zu Indien in Hinsicht auf Religion, soziales Verhalten, Sprache usw. haben, aber dies bedingt nicht, daß wir auch politisch ein besonderes Verhältnis haben müssen. Weil unser Land zwischen Indien und China, den beiden größten und mächtigsten Ländern Asiens, eingekeilt ist, ist die Blockfreiheit für Nepal so sehr wichtig. Es geht nicht um die Blockfreiheit im Weltraum, sondern um die Blockfreiheit zwischen Indien und China. Wenn wir uns politisch oder militärisch mit Indien zusammenschließen, müssen wir eine entsprechende Antwort von China befürchten. Ähnlich wären die Konsequenzen, wenn wir uns mit China verbündeten. Wir dürfen daher weder mit Indien noch mit China ein Bündnis eingehen. Der Friedens- und Freundschaftsvertrag von 1950 enthält eine Vereinbarung, daß bei jeder auswärtigen Bedrohung des einen Landes das andere zu Hilfe kommen werde. Dies bedeutet, daß wir uns auf die Seite Indiens stellen müssen, wenn sich dieses von China bedroht fühlt. Was wäre beispielsweise zu Beginn der sechziger Jahre passiert, wenn wir uns entsprechend dieser Vereinbarung auf die indische Seite gestellt hätten.

Frage: Haben Sie sonst noch ein Anliegen, welches Sie ansprechen möchten?

In Nepal haben wir auch ein ethnisches Problem. Es gibt etwa 36 verschiedene Sprachen, d.h. 36 verschiedene ethnische Gruppen. Aber nach der derzeit noch gültigen Verfassung wird nur eine Sprache als

nationale Sprache anerkannt. Es gibt so viele Benachteiligungen der ethnischen Gruppen. Das Problem ist, daß sie häufig eine geringere Bildung und kein politisches Bewußtsein besitzen. Einige ethnische Gruppen wie z.B. die Tamang, Gurung, Rai und einige Tarai-Gruppen fordern heute eine stärkere Berücksichtigung in den Medien. Radio Nepal und Nepal TV sollten z.B. auch Nachrichtensendungen in ethnischen Sprachen ausstrahlen.

Ich möchte auch noch auf einen Vorfall hinweisen, der mit der menschenrechtlichen Situation in Bhutan in Zusammenhang steht. Auch dort ist die menschenrechtliche Situation sehr schlecht. Ich glaube die Welt hat diesen kleinen Himalaya-Staat bisher völlig vernachlässigt. Ich möchte daher Ihre Aufmerksamkeit auf einen Zwischenfall lenken, der sich vor einiger Zeit ereignet hat. Ein Mann namens Tej Nath Bhimal, der ein gewähltes Ratsmitglied war, schrieb ein Flugblatt, in welchem er die Menschenrechtssituation in Bhutan schilderte. Aus Furcht vor Unterdrückung floh er in der Folge nach Nepal. Vor zwei Jahren forderte die bhutanische Regierung die nepalische Regierung auf, diesen Mann auszuliefern. Die verruchte nepalische Regierung ist dieser Aufforderung nachgekommen und hat ihn ausgeliefert. Es bestehen begründete Befürchtungen, daß er gefoltert und getötet wurde. Daher sollte dieser Fall auch in internationalen Organisationen und von westlichen Regierungen zur Sprache gebracht werden.

REDE VON HERRN RAWAL (NEBA) AUF DEM NEPAL-TAG DER DEUTSCH-NEPALISCHEN GESELLSCHAFT E.V. AM 19.05.1990 IN BONN

(Aus dem Englischen übertragen von K.H.Krämer)

Ich ^{kann} Deutsch leider weder sprechen noch verstehen und möchte daher um Verzeihung bitten, falls ich einige Dinge wiederhole, die heute bereits zur Sprache gekommen sind. Was mir hier in Europa besonders aufgefallen ist, ist der Umstand, daß viele Leute immer noch glauben, daß kleine Himalaya-Königreich Nepal sei ein verstecktes "Shangrila", ein Paradies, in welchem die Menschen ihr natürliches Leben genießen. Was aber die Leute in Wirklichkeit fühlen und tagtäglich erfahren, ist völlig andersgeartet. Das Land ist im Verlauf der letzten drei Jahrzehnte fast zu einer Art Gefängnis geworden. Alle politischen Parteien wurden verbannt, aber nicht nur die politischen Parteien, auch alle Arten von Gewerkschaften und ähnlicher Organisationen, darunter die der Journalisten, der Lehrer und der Frauen. Riesige Geldsummen, von internationalen Organisationen und anderen Staaten für Entwicklungszwecke zur Verfügung gestellt, wurden in großem Umfang von der königlichen Familie, dem König, der Königin und ihren Leuten zweckentfremdet genutzt. Nicht nur der politische Bereich, sondern auch der wirtschaftliche und die Geschäftswelt wurden dabei von der königlichen Familie monopolisiert. In der Folge verarmte das Land zunehmend. Während es bis vor zehn Jahren noch möglich war, Nahrungsmittel zu exportieren, müssen diese seitdem eingeführt werden, sogar aus europäischen Ländern wie Italien und der Schweiz. Die natürlichen Ressourcen, insbesondere die Wälder, wurden ohne Rücksicht auf die Umwelt heruntergewirtschaftet. Und die gesamte Wirtschaftsplanung war nicht auf Entwicklung und den Nutzen des Landes sondern auf die Interessen der Bürokratie ausgerichtet, die ihre Wurzeln in Palast und Regierung hatte. Alles wurde von einer Handvoll Leute, den persönlichen Beratern des Königs aus dem Palastsekretariat, entschieden. Und die Menschen wurden ruhig gehalten mit der Hilfe von Gewehren und Geschossen.

Aber wie Sie ja gehört haben, haben die Leute auf Dauer nicht den Mund gehalten. Es mag Sie verwundern, daß das Volk erst in jüngster Zeit revoltiert hat, aber die politischen Parteien und die Menschenrechtsaktivisten arbeiten seit drei Jahrzehnten im Untergrund. Jetzt fand lediglich ein Ausbruch des Unmuts des Volkes über das verhaßte Panchayat-System und die Regierung statt. Wenn ich Gründe nennen soll, warum die Menschen jetzt so rasch auf die Straße gingen, so muß ich zunächst die sich immer mehr verschlechternde wirtschaftliche Lage nennen. Die Masse der Leute war oft nicht mehr in der Lage, ihre Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Gleichzeitig war eine Handvoll Personen so reich, daß sie nicht wußten, was sie mit dem Geld noch alles anstellen sollten. Währenddessen waren alljährlich viele Menschen genötigt, auf Jobsuche nach Indien und anderen asiatischen Ländern zu gehen, wo für sie nur die Dreckarbeit blieb.

Gleichzeitig wurde die politische Situation immer repressiver. Die Panchayat-Leute bekämpften einander in ihrem Streben nach mehr Reichtum und Macht. Selbst innerhalb des Palastes spielten sich ähnliche Kämpfe ab. Sicherlich wissen Sie, daß der jüngste Bruder des Königs den Palast vor etwa zwei Jahren verlassen hat und jetzt in England lebt. Auch diese politische Situation hat ganz entscheidend zur Entstehung der heutigen Massenbewegung in Nepal beigetragen.

Und sodann ist noch die nepalische Verfassung zu erwähnen. Sie mag auf den ersten Blick sehr beeindruckend erscheinen, und es gibt eine ganze Reihe von Aussagen zu den Menschenrechten des Volkes. Der größte Verletzer der Menschenrechte aber war die Regierung unter der Leitung des Königs. Dies diskreditierte nicht nur das Image des Königs sondern auch das der hohen Beamten und der Regierung.

Und ich glaube, mein Freund, Ram Thapa, hat diese Aspekte auch schon hervorgehoben, es gab große Probleme im Verlauf der indischen Wirtschaftsblockade. Insbesondere in den Städten mangelte es an Kerosin und die Leute wußten oft nicht, wie sie ihr Essen zubereiten sollten. Unterdessen hatte der König nichts besseres zu tun, als irgendwo im Naturschutzgebiet seinem Hobby, der Jagd, zu fröhnen. Und die Leute fragten sich, warum haben wir derartig drastische Probleme zu meistern und unser politischer Führer geht jagen? Was ist denn das? Hierdurch wurden selbst jene Leute desillusioniert und frustriert,

die immer noch daran glaubten, daß der König eine Inkarnation des Gottes Vishnu sei, und sie stellten nicht nur die Regierung, sondern auch die Institution der Monarchie als solche in Frage.

Ein weiterer Anlaß zur Volkserhebung ist im kulturellen Bereich zu suchen. Die diversen ethnischen und religiösen Gruppen waren ihrer kulturellen Rechte beraubt und sozial benachteiligt. Traditioneller Konservatismus, feudale Aristokratie und religiöse Orthodoxie mischten sich und unterdrückten die kulturellen und sozialen Rechte der Volksgruppen. Dies steigerte in ganz entscheidendem Maße den Haß des Volkes auf die Regierung und die Institution der Monarchie.

Dies sind einige der Gründe für die Volksbewegung gewesen. Ich kann wegen der Kürze der Zeit hier nicht alle aufzählen. Aber geben Sie mir bitte noch ein paar Minuten, um die zukünftigen Schritte zu erklären, die wir, das nepalische Volk zu tun gedenken. Es gibt viele Leute, die glauben, daß jetzt alles wieder im Lot sei und die Dinge in Nepal ihren richtigen Lauf nähmen. Aber der König ist immer noch im Besitz der absoluten Macht und versucht auch, diese auszuüben und die Opposition auszumanövrieren. Das jüngste Beispiel der Bildung einer Verfassungskommission ohne Konsultierung des Ministerrats zeigt, wie der König die neu gebildete Regierung der oppositionellen Parteien zu diskreditieren versucht. Die Leute, welche enorme Macht ohne jegliche Kontrolle ausgeübt haben, genießen weiterhin den Wohlstand, den sie dadurch erlangt haben. Dies gilt nicht nur für Einzelpersonen, sondern auch für Organisationen, die vorgeben, im Namen von Volk und sozialen Diensten zu handeln. Diese Personen sind nach wie vor nicht bereit, ihre Macht in die Hände des Volkes zu übertragen. Daher muß das nepalische Volk weiterkämpfen, bis die Macht wirklich in seinen Händen liegt und der König dem Gesetz unterliegt und anerkennt, daß die Souveränität beim Volke liegt und nicht in den Händen einer Einzelperson oder Gruppe.

Viele Organisationen und politischen Parteien, die jahrelang gezwungen waren, im Untergrund zu arbeiten, kommen jetzt allmählich hervor und arbeiten verhältnismäßig unabhängig und öffentlich. Und wir, die wir die demokratische Regierung in Nepal unterstützen und darum kämpfen, die Macht der Autokraten und der autoritären Personen zu verringern, schaffen jetzt solche Institutionen, die hilfreich sein mögen, die Demokratie in Nepal zu stärken und dazu beitragen, zu verhindern, daß jene Leute abermals an die Macht kommen, wie es ja 1960 schon einmal in Nepal geschehen ist. Ich möchte Sie daran erinnern, daß 1960 der Vater des heutigen Königs das Parlament auflöste, mit Hilfe des Militärs seine Notstandsregelungen in Kraft setzte und viele tausend Menschen verhaftete. Seither wurden hunderte Menschen getötet und tausende wegen vorgeblich antinationaler Haltung und terroristischer Betätigung angeklagt. Die Tatsachen belegen jedoch, daß diejenigen, die sich am Volksgut vergriffen haben, die das Volk terrorisiert haben und sich als größte Gesetzesbrecher hervortaten, jene waren, die das Land seit drei Jahrzehnten mit eiserner Hand regiert haben.

Ich möchte Sie, als unsere Freunde bitten, an unser armes Land zu denken, welches heute an zweiter Stelle in der Liste der ärmsten Länder der Welt steht und vor drei Jahren noch an zehnter Stelle gestanden hat. Hätten das absolute Königtum und das Panchayat-System weiterbestanden, dann stünden wir sicherlich bald an der ersten Stelle. Aber jetzt haben wir zumindest einen guten Anfang gemacht. Wir sollten darüber nachdenken, aber für das nepalische Volk ist es keine Zeit, ruhig zu bleiben und zu denken, jetzt sei alles vorüber. Neue Aufgaben und Probleme stehen bevor, und wir müssen uns bemühen, eine neue Gesellschaft, eine neue Wirtschaftsstruktur und neue politische Institutionen aufzubauen, die sich mit Demokratie und Fortschritt vereinbaren. Dies ist auch eine Aufgabe der neuen Regierung. Natürlich sind die kommenden Tage sehr schwierig für das nepalische Volk.

Ich möchte mich sehr dafür bedanken, daß ich die Gelegenheit hatte, einige Worte an Sie zu richten. Ich war einige Tage in den Niederlanden, wo ich an einem Fortbildungsprogramm teilgenommen habe und werde im kommenden Monat nach Nepal zurückkehren. Ich glaube wir haben jetzt in Nepal eine Menge zu tun, und ich hoffe, wir haben Erfolg. Dazu können nicht nur unsere eigenen Landsleute beitragen, sondern auch die Kooperation und die Unterstützung durch gute Freunde wie Sie. Danke schön!

DIE ROLLE DER MONARCHIE IN NEPAL

(Kurzvortrag von K.H.Krämer zum Nepal-Tag 1990 am 19.05.1990 in Bonn)

Sehr geehrte Damen und Herren,

mir ist sehr kurzfristig die Aufgabe zugefallen, für den leider verhinderten, von mir sehr geschätzten Dr. Shashi Malla in knapp 15 Minuten zur Rolle der Monarchie in Nepal Stellung zu nehmen. Als das Programm für den heutigen Tag festgelegt wurde, waren die Entwicklungen der jüngsten Zeit sicherlich noch nicht vorauszusehen. Sie beeinflussen meinen Vortrag aber in ganz entscheidender Weise.

Das Thema ist zweifelsohne sehr brisant, doch fühle ich mich verpflichtet, hier ohne Vorbehalte zu sprechen. Ich will auf den historischen Werdegang der heutigen Stellung des Königs jetzt völlig verzichten und mich stattdessen auf die Stellung des Königs am Ausgangspunkt der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung, seine Rolle im Verlauf jener Bewegung und die zukünftigen Chancen und Aufgaben der Monarchie in Nepal konzentrieren, da Nepal in dieser Hinsicht vor großen Veränderungen steht, stehen muß.

Es heißt in Artikel 20 Abs.2 der Panchayat-Verfassung wörtlich: "Die Souveränität Nepals ruht in Seiner Majestät und alle Macht - exekutiv, legislativ und judikativ - gehen von ihm aus." Wie anders kann man eine solche Machtfülle deklarieren als mit dem Wort "absolut"? In Anbetracht dieses Artikels 20 werden

alle übrigen Artikel der nepalischen Panchayat-Verfassung im Grunde überflüssig; sie sind nur ausschmückendes Beiwerk. Sie betonen immer wieder nur, daß Macht und Recht dem König zustehen und er diese Macht persönlich ausübt und sich der sonstigen in der Verfassung vorgesehenen Organe und Institutionen nur zu bedienen braucht, wenn es ihm beliebt. Ich will hier als Beispiel nur Artikel 24 Abs.1 zitieren, der die Ausübung der exekutiven Macht näher beschreibt. Dort heißt es: "Die exekutive Macht in Nepal soll ausgeübt werden.... entweder direkt durch Seine Majestät oder durch ihm untergebene Minister oder andere Beamte."

Zwar kennt die Panchayat-Verfassung eine ganze Reihe von Institutionen, die auf den ersten Blick demokratisch anmuten, die aber letztendlich lediglich (für sich selbst machtlose) Instrumente des Königs sind, die dazu dienen, die traditionelle Macht und die Interessen des Königs zu erhalten und zu wahren. So ist in der Verfassung auch nicht im geringsten die Rede von einem demokratischen Regierungssystem, wenn vom Staat Nepal gesprochen wird. Schon die Präambel der Verfassung spricht nur vom "Königreich Nepal". Noch eindeutiger äußert sich Artikel 3 Abs.1, wo es heißt: "Nepal ist ein unabhängiges, unteilbares und souveränes monarchisches Hindukönigreich." Von einem demokratischen Staatswesen ist hier überhaupt keine Rede. Vielmehr wird in dreifacher Weise das Königtum als die nepalische Staatsform schlechthin hervorgehoben. Es hätte im Prinzip der Begriff "Königreich" ausgereicht. Bis zur dritten Verfassungsänderung vom 15. Dezember 1980 stand an dieser Stelle noch das Wort "Hindu-Staat". Entsprechend den alten Hinduschriften von Staat und Gesellschaft steht an der Spitze eines jeden Hindu-Staates ein raja (König). Ein Staat, der sich als Hindu-Staat definiert, ist mithin immer ein Königreich.

Die Geschichte seit 1961 hat bewiesen, daß das Volk diese absolute Herrschaft des Königs nicht akzeptierte. Man könnte hier unzählige Proteste, Aufstände und Bewegungen zitieren, mit denen das Volk versuchte, seine ihm nach international anerkannten Richtlinien zustehenden Menschenrechte durchzusetzen. In seiner Verzweiflung griff es dabei phasenweise auch zum Mittel der Gewalt, meist aber verfolgte man den Weg von Satyagraha, von passiven Widerstandsbewegungen. Immer aber wurden diese berechtigten Ansprüche des Volkes mit eiserner Hand unterdrückt. Bestes Beispiel für den verzweifelten Kampf des Volkes und die brutale Gegenwehr des Systems ist die jüngste Demokratie- und Menschenrechtsbewegung, die ja zumindest zu einem vorläufigen Erfolg geführt hat.

Nach der Niederlage Rajiv Gandhis bei den indischen Parlamentswahlen und der Lockerung der indischen Wirtschaftsblockade gegenüber Nepal unter der neuen indischen Regierung konnten auch die verbotenen nepalischen Parteien wieder freier agitieren. Das nepalische Volk hatte insbesondere in den städtischen Ballungsgebieten sehr unter den Auswirkungen der indischen Wirtschaftsblockade zu leiden. Dies verschärfte den Haß und die Wut auf die Panchayat-Regierung, der man völlige Unfähigkeit in der Lösung des wahnwitzigen Konfliktes vorwarf, noch mehr. Daher war es wohl ein idealer Zeitpunkt, als ein Koordinationskomitee aus dem Nepali Congress, der United Leftist Front, einem Bündnis von sieben Linksparteien, und FOPHUR, dem Forum for Protection of Human Rights Nepal, einer seit 1985 bestehenden unabhängigen Menschenrechtsorganisation, für den 18.02.1990, den nationalen "Demokratietag", zu einer Satyagraha-Bewegung aufrief.

Diese Bewegung wurde von allen Schichten des Volkes begrüßt und entwickelte sich daher rasch zu einer Volksbewegung. In den letzten Tagen bedurfte es schon gar nicht mehr des Aufrufs der Organisatoren; Proteste und Demonstrationen fanden spontan an allen Ecken und Enden Nepals statt, nicht nur im Kathmandu. Zu den Teilnehmern gehörten: Studenten, Jugendliche, Bauern, Arbeiter, Handwerker, Ärzte, Krankenschwestern, Anwälte, Lehrer und Professoren, Ingenieure, Schriftsteller, Künstler, Staatsbedienstete, Frauen und Kinder. Fast das gesamte Volk stand hinter der Bewegung.

Auf der anderen Seite wußte die Regierung sich nicht anders als durch gravierende Verstöße gegen die fundamentalen Menschenrechte in geradezu abscheulicher Weise zu erwehren. Ich möchte hierzu aus einem Artikel von Kusum Shrestha, des Vorsitzenden der Nepal Law Society, zitieren, um zu verdeutlichen, in welcher Situation sich das nepalische Volk am Ende der Panchayat-Herrschaft befand. Kusum Shrestha zählt dabei folgende Verbrechen der Regierung auf:

- Verletzung der Körper und der Schamgefühle der Frauen
- Ermordung von Personen aus allen Elementen der Bewegung einschließlich Kindern
- Beschlagnahme und Verstümmelung der Leichname
- Verweigerung des Rechts der Leichenverbrennung durch die Angehörigen der Opfer und damit Verletzung eines der tiefsten und bedeutendsten religiösen Gefühle der nepalischen Menschen
- von der Regierung geförderte zügellose Gewalt einschließlich der außergerichtlichen Tötung und des Verschwindenlassens von Personen
- Unterdrückung friedlicher Versammlungen und Demonstrationen unter Anwendung äußerster Gewalt und Brutalität einschließlich des Einsatzes von Tränengas, Schlagstöcken, Geschossen und anderen tödlichen Waffen gegen unschuldige und unbewaffnete Bürger
- willkürliche und zufällige Verhaftung und öffentliches Schlagen
- erniedrigendste Arten der Folter wie Schlagen und Untertauchen in schmutziges Wasser und Jauche
- falsche Beschuldigung krimineller Handlungen ohne rechtliche Basis
- Pressezensur und Beschlagnahme von Zeitungen, Büchern und elektronischen Kommunikationsmitteln
- Veruntreuung, Mißbrauch und Raub öffentlicher Mittel in ungeheurem Ausmaß
- allgemeine Verbreitung von Terror unter Einsatz von Geheimpolizei, der Androhung des Arbeitsplatzverlustes, durch Verhaftung und Verschwindenlassen usw.

Ich soll hier einen Vortrag über die Rolle der Monarchie im heutigen Nepal halten. Ich möchte mich hüten zu sagen, welchen Anteil der König persönlich an all diesen Verbrechen hatte. Das kann ich aus mei-

ner Situation nicht beurteilen. Zur Beantwortung der Frage nach der politischen Verantwortung möchte ich jedoch auf die bereits oben zitierten Artikel 20 Abs.2 und 24 Abs.1 der Panchayat-Verfassung verweisen, unter deren Deckmantel all dies geschehen ist.

Anfang April nahm König Birendra erstmals selbst Stellung zu den Ereignissen und rang sich unter dem übermäßigen Druck des Volkes zu Entscheidungen durch, die er schon längst früher hätte treffen können. Man fragt sich, warum das Volk erst so leiden mußte. Nacheinander wurden die politischen Parteien wieder zugelassen, der National-Panchayat aufgelöst und eine Regierung gebildet, der neben 2 Vertrauten des Königs 2 Unabhängige und 7 Vertreter der an der Bewegung beteiligten Parteien angehören. Damit ist ein erster Schritt hin zu einer Demokratisierung als Voraussetzung für die Verwirklichung der Menschenrechte in Nepal getan.

Die neue Regierung ist jedoch nicht um die Aufgaben zu beneiden, die vor ihr stehen. Man muß sich gegenwärtigen, daß all dies immer noch unter den Rahmenbedingungen der Panchayat-Verfassung abläuft, nach denen der Ministerrat im Prinzip machtlos ist. Die Macht der Regierung basiert allein auf der vollen Unterstützung durch das Volk. Die neue Regierung hat sich zum Ziele gesetzt, innerhalb von drei Monaten eine neue Verfassung auszuarbeiten und vor Ablauf eines Jahres allgemeine freie Parlamentswahlen durchführen zu lassen.

Der entscheidende Schritt wird dabei die Ausarbeitung der neuen Verfassung sein. Der Frankfurter Staatsrechtler, Prof. Avenarius, hat am 26. April auf einer von der Nepal Law Society und der Friedrich Naumann Stiftung in Kathmandu durchgeführten Tagung klar herausgestellt, daß das Problem einer neuen Verfassung viel zu komplex und zu sensibel ist, um in drei Monaten aus dem Boden gestampft zu werden. Er hat stattdessen den Vorschlag unterbreitet, zunächst eine Übergangsverfassung zu entwerfen, welche alle wesentlichen Gesichtspunkte der neu auszuarbeitenden Verfassung bereits beinhalten sollte. Diese Übergangsverfassung könnte dann innerhalb kürzester Zeit die Panchayat-Verfassung ersetzen und so der Parteienregierung eine rechtliche Handlungsgrundlage für ihr weiteres Vorgehen liefern. Prof. Avenarius hält es auch für wesentlich, daß die endgültige Verfassung vom vorher zu wählenden Parlament ratifiziert und nicht wie beispielsweise 1959 vom König vor den Wahlen promulgiert wird.

Die entscheidende Frage in Bezug auf die neue Verfassung wird sein, welche Rolle der König spielt. Prof. Mathura Prasad Shrestha hat mir versichert, der König habe sich zu einer streng konstitutionell-monarchischen Rolle bereit erklärt. Öffentlich hat er dazu jedoch bisher nicht Stellung bezogen. Auch wenn aus Kreisen der Linksparteien bisweilen Stimmen laut werden, die eine Abschaffung der Monarchie in Nepal fordern, so befürwortet wohl die Mehrheit des Volkes und auch der Parteien eine Beibehaltung des Königtums in Nepal, wenngleich in einer völlig anderen Form als der jetzigen, nämlich in einer strikt konstitutionellen Form. Das Symbol der Einheit, welches der König im Vielvölkerstaat Nepal verkörpert, spricht für diese Auffassung. Ferner gibt es noch eine große Anzahl Nepali, die zu den wirtschaftlich und sozial dominierenden traditionellen Elementen der Gesellschaft gehören. Dies sind die Personen, die das Panchayat-System als Rückhalt der absoluten königlichen Macht in Nepal aufrechterhalten haben. Es wird für die Zukunft Nepals wichtig sein, den König als einen Vermittler zwischen den demokratischen Parteien und den konservativen Elementen zu nutzen. Der Weg hin zu einer wirtschaftlich und sozial ausgeglichenen Gesellschaftsform Nepals wird mit Sicherheit ein langer sein. Hier hat der König eine Chance in eine neue, sehr verantwortungsvolle Aufgabe hineinzuwachsen. Es bleibt für Nepal zu hoffen, daß König Birendra diese Chance möglichst bald nutzt. Seine eigenmächtige Bildung einer Verfassungskommission am 11. Mai läßt jedoch befürchten, daß es ihm immer noch an der notwendigen Einsicht und Bereitwilligkeit zum Machtverzicht mangelt.

Gestatten Sie mir abschließend noch ein paar Randbemerkungen: Mir liegt es als Ausländer völlig fern, in Nepal Politik zu machen. Das steht mir nicht zu. Wenn aber durch Ereignisse wie die der letzten Monate das Schicksal des gesamten Volkes auf dem Spiel steht und dieses Volk uns, die wir uns als seine Freunde bezeichnen, um Unterstützung in menschenrechtlichen Dingen bittet, dürfen wir uns dem nicht verschließen. Es wurde daher Mitte März auf Bitte des nepalischen Menschenrechtsforums eine Nepal Support Group gegründet, welche es sich zum Ziel gesetzt hat, das nepalische Menschenrechtsforum bei seinem Bemühen um die Durchsetzung und Beachtung der grundlegenden Menschenrechte zu unterstützen. Prof. Mathura Prasad Shrestha, der Vorsitzende jenes nepalischen Menschenrechtsforums und heutige Gesundheitsminister, betonte, daß die Demokratie- und Menschenrechtsbewegung gerade aus der BRD eine nachhaltige Unterstützung erhalten habe. Seinen Dank möchte ich hiermit an diejenigen weitergeben, die sich angesprochen fühlen. Prof. Shrestha hat uns eindringlich gebeten, unsere Arbeit fortzusetzen. Wir haben daher am 13. Mai die Nepal Support Group in einen rechtsfähigen Vereins unter der Namen Menschenrechtsforum Nepal (Human Rights Forum Nepal) umgewandelt und damit zu einer Dauerinstitution gemacht. Wer in Zukunft im Human Rights Forum Nepal mitarbeiten möchte, ist herzlich willkommen.

NEPAL AUF DEM WEG ZUR DEMOKRATIE

(K.H.Krämer in blätter des iz3w, Nr.166, Juni 1990)

Seit dem 19. April 1990 besitzt Nepal wieder eine Parteienregierung. Die neue Regierung wird von Krishna Prasad Bhattarai, dem amtierenden Vorsitzenden des Nepali Congress, geleitet. Der Wiedezulassung der politischen Parteien am 8. April waren zunächst zähe Verhandlungen gefolgt, ehe König Birendra am 16. April dem Druck des Volkes nachgab, das Panchayat-System auflöste und Ganesh Man Singh, den Führer

des Nepali Congress mit der Verantwortung für die Bildung einer neuen Regierung beauftragte. Ziel der neuen Übergangsregierung ist es, sich innerhalb von 90 Tage eine neue Verfassung als Handlungsgrundlage zu verschaffen, innerhalb eines Jahres freie Parlamentswahlen durchzuführen und das seit über einem Jahr angespannte Verhältnis zu Indien zu verbessern. Ungeklärt ist z.Z. noch die Rolle von König Birendra, dem die an der Regierung beteiligten Parteien nur noch eine konstitutionelle Aufgabe mit beschränkter Macht zuerkennen wollen. Aus dem Palast werden jedoch nach wie vor immer wieder Versuche unternommen, die absolute Macht zu erhalten.

Der heutige Staat Nepal wurde vor gut 200 Jahren von Prithvinarayan Shah, dem Herrscher des kleinen Königreichs Gorkha, und seinen Nachfolgern durch militärische Eroberung begründet. Zuvor existierten auf dem Gebiet des heutigen Nepal etwa 80 kleine und kleinste Staatsgebilde, an deren Spitze jeweils ein raja (König) stand. Dieser militärischen und politischen Einigung folgte ein längerer Prozeß der administrativen und gesetzlichen Einigung, welcher durch die Übertragung des Hindu-Rechts auf den neuen Gesamtstaat geprägt war. Diese Entwicklung fand ihren vorläufigen Abschluß in dem ersten nepalischen Gesetzbuch, dem muluki ain von König Surendra Bikram Shah aus dem Jahre 1854, der aber letztlich ein Werk des Premierministers Jang Bahadur Rana, des Begründers der Rana-Autokratie, war.

Die Rana-Familie, die Nepal von 1846 bis 1951 beherrschte, verstand es, die Königsfamilie der Shah ins politische Abseits zu drängen, mit Hilfe der britischen Indienregierung das Land völlig von der Außenwelt abzuschließen und das Volk in Unwissenheit und politischer Unmündigkeit zu halten. Nach der Unabhängigkeit Indiens war auch der Freiheitswille der nepalischen Volkes nicht mehr länger zu unterdrücken. Es kam Ende der vierziger Jahre auf indischem Boden zur Bildung einer Reihe nepalischer Parteien, die entscheidend zum Erfolg der Revolution von 1950/51 gegen das Rana-Regime beitrugen. In der Folge dieser Revolution kehrte König Tribhuvan in seine traditionelle absolute Stellung zurück, bekannte sich jedoch in der von ihm verkündeten Übergangsverfassung zur raschen Durchführung von Parlamentswahlen und zum Verzicht auf seine absoluten Rechte bereit.

In der Folge zeigten jedoch sowohl er als auch sein Sohn und Nachfolger auf dem Königsthron, Mahendra, wenig Ehrgeiz, die hochgesteckten Ziele der Übergangsverfassung zu verwirklichen. Als sich König Mahendra dann endlich doch bereiterklärte, Wahlen durchführen zu lassen, waren die Parteien allgemein so froh, daß überhaupt Wahlen stattfanden, daß sie sich auch damit abfanden, daß der König 1959 dem Land unmittelbar vor den Wahlen eine neue Verfassung verpaßte, mit der die meisten Parteipolitiker in dieser Form nicht unbedingt einverstanden waren. Nach ihrer Meinung hätte eine verfassungsgebende Versammlung gewählt werden sollen, die dann in gemeinsamen Beratungen und Diskussionen eine demokratische Verfassung hätte erarbeiten können. So aber hatte König Mahendra eine Verfassung geschaffen, die man zwar mit gewissen Einschränkungen als demokratisch bezeichnen konnte, die dem König aber jederzeit das Recht zum Einschreiten einräumte, wenn die Interessen der Monarchie bedroht waren.

Die Notstandsartikel 55 und 56 der Verfassung von 1959 waren für König Mahendra ein letztes Pfand, falls ihm die Zügel der Macht trotz der zahlreichen Einschränkungen der Rechte der demokratischen Parteien entgleiten sollten. Sie waren die Rechtsgrundlage, auf die sich der König am 15. Dezember 1960 berief, als er die Nepali Congress-Regierung, die über mehr als zwei Drittel der Sitze im Parlament verfügte, verhaften ließ, das parlamentarische System Nepals nach nur eineinhalb Jahren mittels dieses Staatsstreichs von oben wieder abschaffte, alle politischen Parteien verbot, ihre Führer teilweise mehr als 14 Jahre lang ins Gefängnis steckte und dem Land das heutige Panchayat-System verlieh.

Dieses Panchayat-System und seine Verfassung sind/waren seit nun fast dreißig Jahren die Grundlage des nepalischen Staates. Was den politischen Teil der Verfassung ausmacht, so ist diese ganz auf die Person des nepalischen Königs zugeschnitten. Es heißt in Artikel 20 Abs.2 der Panchayat-Verfassung wörtlich: "Die Souveränität Nepals ruht in Seiner Majestät und alle Macht - exekutiv, legislativ und judikativ - gehen von ihm aus." Wie anders kann man eine solche Machtfülle deklarieren als mit dem Wort "absolut"? In Anbetracht dieses Artikels 20 werden alle übrigen Artikel der nepalischen Panchayat-Verfassung im Grunde überflüssig; sie sind nur ausschmückendes Beiwerk. Sie betonen immer wieder nur, daß Macht und Recht dem König zustehen und er diese Macht persönlich ausübt und sich der sonstigen in der Verfassung vorgesehenen Organe und Institutionen nur zu bedienen braucht, wenn es ihm beliebt. Ich will hier als Beispiel nur Artikel 24 Abs.1 zitieren, der die Ausübung der exekutiven Macht näher beschreibt. Dort heißt es: "Die exekutive Macht in Nepal soll ausgeübt werden.... entweder direkt durch Seine Majestät oder durch ihm untergebene Minister oder andere Beamte."

Zwar kennt die Panchayat-Verfassung eine ganze Reihe von Institutionen, die auf den ersten Blick demokratisch anmuten, die aber letztendlich lediglich (für sich selbst machtlose) Instrumente des Königs sind, die dazu dienen, die traditionelle Macht und die Interessen des Königs zu erhalten und zu wahren. So ist in der Verfassung auch nicht im geringsten die Rede von einem demokratischen Regierungssystem, wenn vom Staat Nepal gesprochen wird. Schon die Präambel der Verfassung spricht nur vom "Königreich Nepal". Noch eindeutiger äußert sich Artikel 3 Abs.1, wo es heißt: "Nepal ist ein unabhängiges, unteilbares und souveränes monarchisches Hindukönigreich." Von einem demokratischen Staatswesen ist hier überhaupt keine Rede. Vielmehr wird in dreifacher Weise das Königtum als die nepalische Staatsform schlechthin hervorgehoben. Es hätte im Prinzip der Begriff "Königreich" ausgereicht. Bis zur dritten Verfassungsänderung vom 15. Dezember 1980 stand an dieser Stelle noch das Wort "Hindu-Staat". Entsprechend den alten Hinduschriften von Staat und Gesellschaft steht an der Spitze eines jeden Hindu-Staates ein raja (König). Ein Staat, der sich als Hindu-Staat definiert, ist mithin immer ein Königreich.

Die Geschichte seit 1961 hat bewiesen, daß das Volk diese absolute Herrschaft des Königs nicht akzeptierte. Man könnte hier unzählige Proteste, Aufstände und Bewegungen zitieren, mit denen das Volk ver-

suchte, seine ihm nach international anerkannten Richtlinien zustehenden Menschenrechte durchzusetzen. In seiner Verzweiflung griff es dabei phasenweise auch zum Mittel der Gewalt, meist aber verfolgte man den Weg von Satyagraha, von passiven Widerstandsbewegungen. Immer aber wurden diese berechtigten Ansprüche des Volkes mit eiserner Hand unterdrückt. Bestes Beispiel für den verzweifelten Kampf des Volkes und die brutale Gegenwehr des Systems ist die jüngste Demokratie- und Menschenrechtsbewegung, die ja zumindest zu einem vorläufigen Erfolg geführt hat.

Nach der Niederlage Rajiv Gandhis bei den indischen Parlamentswahlen und der Lockerung der am 19. März 1989 von Indien über Nepal verhängten Wirtschaftsblockade unter der neuen indischen Regierung konnten auch die verbotenen nepalischen Parteien wieder freier agitieren. Das nepalische Volk hatte insbesondere in den städtischen Ballungsgebieten sehr unter den Auswirkungen der indischen Wirtschaftsblockade zu leiden. Dies verschärfte den Haß und die Wut auf die Panchayat-Regierung, der man völlige Unfähigkeit in der Lösung des wahnwitzigen Konfliktes vorwarf, noch mehr. Daher war es wohl ein idealer Zeitpunkt, als ein Koordinationskomitee aus dem Nepali Congress, der United Left Front, einem Bündnis von sieben Linksparteien, und FOPHUR, dem Forum for Protection of Human Rights Nepal, einer seit 1985 bestehenden unabhängigen Menschenrechtsorganisation, für den 18.02.1990, den nationalen "Demokratietag", zu einer Satyagraha-Bewegung aufrief.

Diese Bewegung wurde von allen Schichten des Volkes begrüßt und entwickelte sich daher rasch zu einer Volksbewegung. In den letzten Tagen bedurfte es schon gar nicht mehr des Aufrufs der Organisatoren; Proteste und Demonstrationen fanden spontan an allen Ecken und Enden Nepals statt, nicht nur im Kathmandutal. Zu den Teilnehmern gehörten Studenten, Jugendliche, Bauern, Arbeiter, Handwerker, Ärzte, Krankenschwestern, Anwälte, Lehrer und Professoren, Ingenieure, Schriftsteller, Künstler, Staatsbedienstete, Frauen und Kinder. Fast das gesamte Volk stand hinter der Bewegung.

Auf der anderen Seite wußte die Regierung sich nicht anders als durch gravierende Verstöße gegen die fundamentalen Menschenrechte in geradezu abscheulicher Weise zu erwehren. Ich möchte hierzu aus einem Artikel von Kusum Shrestha, dem Vorsitzenden der Nepal Law Society, zitieren, um zu verdeutlichen, in welcher Situation sich das nepalische Volk am Ende der Panchayat-Herrschaft befand. Kusum Shrestha zählt dabei folgende Verbrechen der Regierung auf:

- Verletzung der Körper und der Schamgefühle der Frauen
- Ermordung von Personen aus allen Elementen der Bewegung einschließlich Kindern
- Beschlagnahme und Verstümmelung der Leichname
- Verweigerung des Rechts der Leichenverbrennung durch die Angehörigen der Opfer und damit Verletzung eines der tiefsten und bedeutendsten religiösen Gefühle der nepalischen Menschen
- von der Regierung geförderte zügellose Gewalt einschließlich der außergerichtlichen Tötung und des Verschwindenlassens von Personen
- Unterdrückung friedlicher Versammlungen und Demonstrationen unter Anwendung äußerster Gewalt und Brutalität einschließlich des Einsatzes von Tränengas, Schlagstöcken, Geschossen und anderen tödlichen Waffen gegen unschuldige und unbewaffnete Bürger
- willkürliche und zufällige Verhaftung und öffentliches Schlagen
- erniedrigendste Arten der Folter wie Schlagen und Untertauchen in schmutziges Wasser und Jauche
- falsche Beschuldigung krimineller Handlungen ohne rechtliche Basis
- Pressezensur und Beschlagnahme von Zeitungen, Büchern und elektronischen Kommunikationsmitteln
- Veruntreuung, Mißbrauch und Raub öffentlicher Mittel in ungeheurem Ausmaß
- allgemeine Verbreitung von Terror unter Einsatz von Geheimpolizei, der Androhung des Arbeitsplatzverlustes, durch Verhaftung und Verschwindenlassen usw.

Ich möchte mich hüten zu sagen, welchen Anteil der König persönlich an all diesen Verbrechen hatte. Das kann ich aus meiner Situation nicht beurteilen. Zur Beantwortung der Frage nach der politischen Verantwortung möchte ich jedoch auf die bereits oben zitierten Artikel 20 Abs.2 und 24 Abs.1 der Panchayat-Verfassung verweisen, unter deren Deckmantel all dies geschehen ist.

Anfang April nahm König Birendra erstmals selbst Stellung zu den Ereignissen und rang sich unter dem übermäßigen Druck des Volkes zu Entscheidungen durch, die er schon längst früher hätte treffen können. Man fragt sich, warum das Volk erst so leiden mußte. Nacheinander wurden die politischen Parteien wieder zugelassen, der National-Panchayat aufgelöst und eine Regierung gebildet, der neben 2 Vertrauten des Königs 2 Unabhängige und 7 Vertreter der an der Bewegung beteiligten Parteien angehören. Damit ist ein erster Schritt hin zu einer Demokratisierung als Voraussetzung für die Verwirklichung der Menschenrechte in Nepal getan.

Die neue Regierung ist jedoch nicht um die Aufgaben zu beneiden, die vor ihr stehen. Man muß sich vergegenwärtigen, daß all dies immer noch unter den Rahmenbedingungen der Panchayat-Verfassung abläuft, nach denen der Ministerrat im Prinzip machtlos ist. Die Macht der Regierung basiert allein auf der vollen Unterstützung durch das Volk. Die neue Regierung hat sich zum Ziele gesetzt, innerhalb von drei Monaten eine neue Verfassung auszuarbeiten und vor Ablauf eines Jahres allgemeine freie Parlamentswahlen durchführen zu lassen.

Der entscheidende Schritt wird dabei die Ausarbeitung der neuen Verfassung sein. Der Frankfurter Staatsrechtler, Prof. Avenarius, hat am 26. April auf einer von der Nepal Law Society und der Friedrich Naumann Stiftung in Kathmandu durchgeführten Tagung klar herausgestellt, daß das Problem einer neuen Verfassung viel zu komplex und zu sensibel ist, um in drei Monaten aus dem Boden gestampft zu werden. Er hat stattdessen den Vorschlag unterbreitet, zunächst eine Übergangsverfassung zu entwerfen, welche alle wesentlichen Gesichtspunkte der neu auszuarbeitenden Verfassung bereits beinhalten sollte. Diese

Übergangsverfassung könnte dann innerhalb kürzester Zeit die Panchayat-Verfassung ersetzen und so der Parteienregierung eine rechtliche Handlungsgrundlage für ihr weiteres Vorgehen liefern. Prof. Avenarius hält es auch für wesentlich, daß die endgültige Verfassung vom vorher zu wählenden Parlament ratifiziert und nicht wie beispielsweise 1959 vom König vor den Wahlen promulgiert wird.

Die entscheidende Frage in Bezug auf die neue Verfassung wird sein, welche Rolle der König spielt. Prof. Mathura Prasad Shrestha, der Vorsitzende von FOPHUR und heutige Gesundheitsminister, hat mir in einem persönlich Gespräch am 5. Mai versichert, der König habe sich zu einer streng konstitutionell-monarchischen Rolle bereit erklärt. Öffentlich hat er dazu jedoch bisher nicht Stellung bezogen. Während jedoch Regierung und Juristen mit ausländischen Verfassungsrechtlern über eine neue Verfassung berieten, bildete König Birendra am 10. Mai seinerseits eine Verfassungskommission, die er aber bereits fünf Tage später nach massiven Protesten wieder auflösen mußte. Ein großes Erschweris für die Arbeit der neuen Regierung ist auch die Tatsache, daß entsprechend der noch gültigen Panchayat-Verfassung Polizei und Militär direkt dem König unterstehen. Dies wurde vom Palast wiederholt ausgenutzt, um den Eindruck einer Regierungsunfähigkeit zu erwecken. Im Volk steigerte sich daher der Unmut gegen den Palast. Im Verlauf einer Demonstration kam es am 23. April zu Ausschreitungen; aufgeregte Demonstranten griffen Polizisten und - wie es hieß - als Polizisten verkleidete Mandaliya an, lynchten einige von ihnen und schleiften sie vor den Königspalast. Wie schon bei früheren Demonstrationen eröffnete die Polizei das Feuer. Es gab wieder zahlreiche Opfer; man sprach von bis zu 15 Toten und über 70 Verletzten. Es wurde eine nächtliche Ausgangssperre über Kathmandu verhängt, die erst am 10. Mai wieder aufgehoben wurde, und das Militär kontrollierte die Straßen.

Die im Volk verhaßten Randaliererbanden waren von der Panchayat-Regierung während der Demokratiebewegung bewußt eingesetzt worden, um die Bewegung in Verruf zu bringen. Bereits bei den Unruhen von 1979, die damals zum Referendum über das Panchayat-System führten, war die Regierung ähnlich verfahren. Die Mandaliya haben ihren Ursprung in den sechziger Jahren, als die Panchayat-Regierung Schüler und Studenten kaufte, um sie als Spitzel gegen Sympathisanten der verbotenen Parteien an Universität und Schulen einzusetzen. Da diese Gruppen später im "Rastravadi Svatantra Vidarthi Mandal" (RSM), der Studentenvereinigung des Panchayat-Systems institutionalisiert wurden, werden sie allgemein als "Mandaliya" bezeichnet. Auch nach der Beendigung des Panchayat-Systems am 16. April streiften diese Banden nachts durch die Stadt, drangen in Privathäuser ein, raubten und plünderten. Die Bevölkerung traute sich kaum noch zu schlafen. Es mehrten sich die Aussagen, daß diese Banden ihren Auftrag vom Palast erhielten, und man bildete daher in den Stadtbezirken und Dörfern eigene Zivilschutztruppen, die sogenannten "Tol Raksya Sangh" oder "Vigilance Groups". Ein besonderes Problem war auch, daß viele Polizisten ihre Ausweise nicht mit sich führten und sich daher bei Zusammenstößen mit den Tol Raksya Sangh nicht als tatsächliche Polizisten ausweisen konnten. Oft genügte es schon, wenn einer rief: "Das sind Mandaliya", um eine gewalttätige Auseinandersetzung anzuzetteln.

Eine andere Frage ist, wie lange das derzeitige Regierungsbündnis wohl halten wird. Nur das gemeinsame Vorgehen von Nepali Congress und linken Gruppen konnte den Erfolg der Volksbewegung herbeiführen. Dessen sind sich die Parteiführer allgemein einig und sie betonen daher auch immer wieder ihren guten Willen. So erklärte Man Mohan Adhikari (Nepal Communist Party): "Dieses Bündnis ist das Ergebnis unserer Erfahrungen aus den vergangenen 30 Jahren. In der Vergangenheit gab es nicht einmal unter den kommunistischen Gruppen Einigkeit, und der Vorteil lag daher immer auf der Seite des Königs."

Dennoch lassen sich Meinungsverschiedenheiten auch zwischen den an der Regierung beteiligten Parteien und Gruppen nicht leugnen. Ein entscheidendes Argument ist insbesondere immer wieder die Einstellung zur Monarchie. Während einige radikale kommunistische Gruppen das Königtum völlig abgeschafft wissen wollen, bekennen sich die wichtigsten der an der Regierung beteiligten Parteien zur geplanten Einführung einer konstitutionellen Monarchie. Hier werfen die linken Gruppen dem Nepali Congress einen zu liberalen Standpunkt vor. "Der Congress macht Kompromisse, indem er mit dem Palast so und mit dem Volk wieder anders verhandelt. Wir wollen die absolute Macht des Königs auf die eines konstitutionellen Monarchen reduzieren, aber K.P. Bhattarai läßt sich ganz einfach zu viel Zeit für Verhandlungen mit Birendra", sagte Madhav Kumar Nepal, einer der Führer der marxistisch-leninistischen Fraktion der Nepal Communist Party.

Neben der United Left Front, an der sieben kommunistische Gruppen beteiligt sind, gibt es noch ein weiteres Bündnis von fünf Linksparteien, die nicht an der Demokratiebewegung teilgenommen haben und heute nicht Mitglied der Regierung sind. Dieses Bündnis, das sich United National People's Movement (UNPM) nennt, verurteilte die Ausschreitungen der Randaliererbanden in der Hauptstadt als eine Verschwörung, die darauf ausgerichtet sei, das Volk der Rechte zu berauben, die es gerade durch die Demokratiebewegung erlangt habe. Man verlangte die sofortige Entlassung der vom König ernannten Zonenkommissare, die in den 14 Zonen Nepals für die Ausschreitungen der Sicherheitskräfte verantwortlich waren, und anderer leitender Beamter, "die als Schutzhüter des tyrannischen Panchayat-Systems" gehandelt hätten, sowie die Bildung einer unparteiischen Kommission zur Untersuchung der Ausschreitungen im Verlauf der Demokratiebewegung. Die UNPM forderte wiederholt eine groß angelegte politische Konferenz zur Diskussion und Abstimmung über die aktuellen Probleme.

Nach seinem gescheiterten Versuch hat König Birendra nun die Verantwortung für den Entwurf einer neuen Verfassung ganz in die Hände des Ministerrats gelegt. Letzterer scheint nach neuesten Meldungen auf den Rat ausländischer Verfassungsexperten verzichten zu wollen. Es bleibt zu hoffen und zu wünschen, daß die nepalischen Juristen und Parteien mit der neuen Verfassung eine Grundlage schaffen, in der das ne-

palische Volk alle international anerkannten menschlichen Grundrechte genießen kann. Dazu bedarf es jedoch auch eines Umdenkens und Wandels in manchen Bereichen der nepalischen Gesellschaft.

DIE POLITISCHE LAGE IN NEPAL NACH DER ABSCHAFFUNG DES PANCHAYAT-SYSTEMS

(K.H.Krämer für Südasiens, 10, 6/90)

Die politische Landschaft Nepals befindet sich zur Zeit in einem rapiden Wandlungsprozeß. Unter dem Druck der vom gesamten Volk getragenen Demokratie- und Menschenrechtsbewegung, die am 18. Februar von einem Bündnis mehrerer verbotener politischer Parteien und der Menschenrechtsorganisation des Forum for Protection of Human Rights (FOPHUR) gestartet wurde, sah sich das monarchische Regime zu immer größeren Konzessionen gezwungen. Nach blutigen Unruhen mit annähernd 500 Toten - diese Zahl wurde mir von Dr. Santosh Shrestha, einem engen Vertrauten des Vorsitzenden des nepalischen Menschenrechtsforums und heutigen Gesundheitsministers, Prof. Mathura Prasad Shrestha, genannt - und tausenden Verhaftungen und Folterungen friedlich demonstrierender Menschen nahm König Birendra zunächst am 1. April eine größere Regierungsumbildung vor, um dann nur vier Tage später das gesamte Marich Man Singh Shrestha-Kabinet aufzulösen und durch ein Notkabinet unter Lokendra Bahadur Chand, einem gemäßigten Pancha, der von 1983 bis 1986 bereits einmal Premierminister gewesen war, zu ersetzen. Die Volksbewegung war aber mittlerweile bereits so stark und selbsttragend geworden, daß ihre Führer die neue Regierung völlig ignorieren konnten; sie wollten nur noch mit dem König direkt verhandeln. Nach den schwersten Unruhen mit Demonstrationen von etwa 500.000 Menschen vor dem Königspalast - allein an jenem 6. April soll es 200-300 Tote gegeben haben - wurde am späten Abend des 8. April über Rundfunk und Fernsehen die Wiederrücknahme der politischen Parteien in Nepal nach fast dreißigjährigem Verbot verkündet.

Acht Tage später gab König Birendra abermals nach. Unter dem Druck der Bündnisparteien und anhaltender Demonstrationen des Volkes löste er den National-Panchayat auf und beendete damit quasi das Panchayat-System, das dem nepalischen Königtum in den vergangenen 29 Jahre geholfen hatte, die absolute Macht zu sichern. Am 19. April wurde eine Übergangsregierung unter Premierminister Krishna Prasad Bhattarai, dem amtierenden Vorsitzenden des Nepali Congress, gebildet, der 4 Mitglieder des Nepali Congress, 3 Vertreter der United Left Front, 2 Vertraute des Königs und 2 Vertreter der Menschenrechtsorganisationen als Unabhängige angehören. Diese Übergangsregierung setzte sich sogleich hohe Ziele, indem sie die Ausarbeitung einer neuen Verfassung innerhalb von nur 90 Tagen und allgemeine, freie Parlamentswahlen innerhalb eines Jahres ankündigte.

Machtkampf zwischen Palast und Volk

Doch die neue Regierung mußte schon recht bald erfahren, daß der Weg hin zu diesen ehrenwerten, hochgesteckten Zielen ein recht steiniger sein würde. Zwar ist das alte politische System außer Kraft gesetzt, doch sitzen seine Vertreter weiterhin in machtvollen Positionen. Da ist vor allem die Verfassung zu nennen, von der lediglich die das Panchayat-System und die politischen Parteien betreffenden Artikel außer Kraft gesetzt worden sind. Unangetastet aber blieb weiterhin die absolute Macht des Monarchen, wonach auch das Parteienkabinet lediglich ein dem König unterstelltes Exekutivorgan ist. So ist die augenblickliche politische Lage in Nepal durch den Machtkampf zwischen dem Palast einerseits und dem Volk, verkörpert durch die politischen Parteien, andererseits geprägt. Immer wieder werden von der Palastseite Versuche unternommen, den drohenden Machtverlust abzuwenden. Prof. Mathura Prasad Shrestha hat mir noch am 5. Mai versichert, König Birendra habe sich mit einer streng konstitutionellen Rolle im zukünftigen politischen System einverstanden erklärt. Während jedoch Regierung und Juristen mit ausländischen Verfassungsrechtlern über eine neue Verfassung berieten, bildete König Birendra am 11. Mai seinerseits eine Verfassungskommission, die er aber bereits fünf Tage später nach massiven Protesten wieder suspendieren mußte. Ein großes Erschwernis für die Arbeit der neuen Regierung ist die Tatsache, daß entsprechend der noch gültigen Panchayat-Verfassung Polizei und Militär direkt dem König unterstehen. Dies wurde vom Palast wiederholt ausgenutzt, um den Eindruck einer Regierungsunfähigkeit zu erwecken. Im Volk steigerte sich daher der Unmut gegen den Palast.

Unterschiedlich ist das Vertrauen, welches die Führer der an der Regierung beteiligten Parteien den Versprechungen König Birendras entgegenbringen. So äußerte sich Ganesh Man Singh, der Führer des Nepali Congress in einem Interview mit dem Nepali Avaj (4.5.90): "Wir haben dem König bereits gesagt, daß wir ihn als konstitutionellen Monarchen beibehalten wollen. Die Haltung des Königs wird deutlich werden, wenn ihm die entsprechende Verfassung vorgelegt wird. Aber ich bin zuversichtlich, daß der König sich den Wünschen des Volkes nicht widersetzen wird. Die Aufrichtigkeit Seiner Majestät nach der Verkündung des Vielparteiensystems gibt keinerlei Anlaß, an seinen zukünftigen Schritten zu zweifeln. Die neue Verfassung wird das Volk zum mächtigsten Element machen und den König zu einem konstitutionellen Monarchen. Sie wird keine Vorschriften enthalten, die es ihm ermöglichen, noch einmal zum Diktator zu werden." Skeptischer sind da die Linksparteien, für die Man Mohan Adhikari, der Führer des marxistischen Zweigs der Nepal Communist Party, das Hindu-Königtum verurteilte: "Der König sollte nicht länger als eine Inkarnation von Vishnu betrachtet werden. Auch er ist ein Mensch, und Menschen machen Fehler. Er sollte mit einer Macht ähnlich der des japanischen Kaisers zufrieden sein. 30 Jahre lang hat er absolute Macht ausgeübt, aber was ist das Ergebnis? Sind die Probleme der Nation und des Volkes gelöst worden, indem der König zu einem Gott gemacht wurde? Wir werden nicht die völlige Abschaffung der Monarchie fordern, solange der König sich entsprechend verhält, aber es darf in Zukunft keine Verschwörung

mehr geben. Der König soll sich gegenüber Ganesh Man Singh mit seiner konstitutionellen Rolle einverstanden erklärt haben. Ich bezweifle, daß dieses Versprechen erfüllt wird." Hand in Hand mit der Machtübertragung auf das Volk muß sich auch ein Wandel in den Machtbefugnissen des Palastsekretariats vollziehen. Da der König im Panchayat-System das Oberhaupt von Staat und Regierung und oberster Führer des Staates war, fungierten auch die Palastsekretäre als eine Art Superminister; sie überwachten die Arbeit der Ministerien seitens des Königs. Diese Diarchie muß umgehend beendet werden, wenn die Übergangsregierung wirkungsvoll arbeiten soll.

Einigkeit der Regierungsparteien

Eine andere Frage ist, wie lange das derzeitige Regierungsbündnis wohl halten wird. Nur das gemeinsame Vorgehen von Nepali Congress und linken Gruppen konnte den Erfolg der Volksbewegung herbeiführen. Deswegen sind sich die Parteiführer allgemein einig und sie betonen daher auch immer wieder ihren guten Willen. So erklärte Man Mohan Adhikari (Nepal Communist Party): "Dieses Bündnis ist das Ergebnis unserer Erfahrungen aus den vergangenen 30 Jahren. In der Vergangenheit gab es nicht einmal unter den kommunistischen Gruppen Einigkeit, und der Vorteil lag daher immer auf der Seite des Königs."

Dennoch lassen sich Meinungsverschiedenheiten auch zwischen den an der Regierung beteiligten Parteien und Gruppen nicht leugnen. Ein entscheidendes Argument ist insbesondere immer wieder die Einstellung zur Monarchie. Während einige radikale kommunistische Gruppen das Königtum völlig abgeschafft wissen wollen, bekennen sich die wichtigsten der an der Regierung beteiligten Parteien zur geplanten Einführung einer konstitutionellen Monarchie. Hier werfen die linken Gruppen dem Nepali Congress einen zu liberalen Standpunkt vor. "Der Congress macht Kompromisse, indem er mit dem Palast so und mit dem Volk wieder anders verhandelt. Wir wollen die absolute Macht des Königs auf die eines konstitutionellen Monarchen reduzieren, aber K.P.Bhattarai läßt sich ganz einfach zu viel Zeit für Verhandlungen mit Birendra", sagte Madhav Kumar Nepal, einer der Führer der marxistisch-leninistischen Fraktion der Nepal Communist Party.

Kritik an der Übergangsregierung

Die Ungeduld über den nur schleppenden Fortgang der politischen Veränderungen zeigte sich auch in den Kommentaren einiger nepalischer Zeitungen. So schrieb die Wochenzeitung "Rastra Pukar" in ihrer Ausgabe vom 3. Mai 1990: "Etwa zwei Wochen sind seit der Abschaffung des Panchayat-Systems und der nachfolgenden Bildung einer Übergangsregierung auf Mehrparteienbasis vergangen. Das Volk möchte von der jetzigen Regierung, die als ein Ergebnis des Opfers hunderter Menschenleben und durch die Beteiligung des gesamten Volkes zustande gekommen ist, revolutionäre Maßnahmen sehen. Aber wenn man einmal von der Abschaffung der lokalen Panchayats absieht, hat diese Regierung keinerlei revolutionäre Maßnahmen getroffen. Die Arbeit der neuen Regierung ist schwierig, weil die loyalen Kräfte des Panchayat-Systems, die noch den Anweisungen unsichtbarer Kräfte Folge leisten, immer noch verantwortungsvolle Positionen in Verwaltung und Polizei bekleiden. Das Volk wird nicht ruhig bleiben, wenn es der Regierung nicht ermöglicht wird, frei zu arbeiten. Man sollte darüber nachdenken, welche Konsequenzen es hätte, wenn das Volk abermals auf die Straßen ginge, um sicherzustellen, daß das Blutvergießen für das Vielparteiensystem nicht vergeblich war. Solange Mandale und andere korrupte Elemente nicht verhaftet und vor Gericht gestellt werden, sind Verwaltung und Polizei gegenüber der Regierung nicht kooperationsbereit."

Noch härtere Töne stimmte die links eingestellte Zeitung "Matribhumi" am 1. Mai an: "Die derzeitigen Unruhen resultieren aus dem Fehler der Regierung, nicht rechtzeitig Maßnahmen gegen die reaktionären Elemente eingeleitet zu haben. Ihre Moral wurde dadurch gehoben, daß sie nichts gegen die Gegner der Demokratiebewegung unternommen haben. Es ist töricht, jene, die es in den vergangenen dreißig Jahren versäumt haben, auf demokratische Weise zu arbeiten, aufzufordern, nun demokratischen Idealen nachzustreben. Der gegenwärtige Zustand der Anarchie ist ganz eindeutig ein Ergebnis des unpraktischen Arbeitsstils der derzeitigen Regierung."

Verteidigung der Übergangsregierung

Andere nepalische Zeitungen begegneten der Nepali Congress/United Left Front-Regierung mit mehr Verständnis und forderten das Volk zu größerer Geduld auf. Niemand könne erwarten, das die Überbleibsel des Panchayat-Systems, welches dreißig Jahre lang habe Wurzeln treiben können, innerhalb von nur zehn Tagen völlig beseitigt würden, schrieb die Zeitung "Hindu" am 30. April. Doch auch der "Hindu" forderte die Regierung auf, der Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung absolute Priorität einzuräumen und gesetzliche Maßnahmen gegen die Mandale und all jene einzuleiten, die das Panchayat-System als einen Schutzschild zur Plünderung des Nationaleigentums genutzt hätten. Und der "Deshantar" schrieb am 29. April: "Die jüngsten Zwischenfälle zeigen, daß jene Klasse, die Macht und Privilegien unter dem diktatorischen Regime genossen hat, mit diesem Wechsel nicht einverstanden ist und einen letzten Versuch unternimmt, den Wechsel unter dem Deckmantel extremer Linker oder Rechter zu sabotieren. Unglücklicherweise haben gerade diese Elemente Eingang gefunden in Palast, Bürokratie und Polizei. Diese reaktionären Elemente versuchen nun, die Polizeikräfte zu sabotieren. ... Offensichtlich handeln einige hochrangige Polizeibeamte auf Veranlassung dieser reaktionären Elemente. Es ist das Gebot der Stunde, die Polizeimoral wiederherzustellen und Maßnahmen gegen die hochrangigen Polizeibeamten einzuleiten. Das Volk wird der neuen Regierung nicht verzeihen, wenn sie es versäumt, harte Maßnahmen gegen die Mandale zu ergreifen."

Die parteipolitische Landschaft

Da die parteipolitische Landschaft Nepals in diesen Tagen sehr verwirrend ist, vor allem im Linkslager, empfiehlt sich ein Überblick über die Kräfte und Meinungen, die neben dem Palast derzeit die Politik zu

beeinflussen suchen. Ich möchte dabei folgende Gruppen in den Vordergrund stellen: Regierungsbündnis, Nepali Congress, United Left Front, United National People's Movement (UNPM, = Bündnis der nicht an der Regierung beteiligten Linksparteien), Panchayat-Lager und Menschenrechtsorganisationen.

Das 14-Punkte-Programm der Regierung

Die Übergangsregierung, an der neben Nepali Congress und United Left Front auch der Palast und die Menschenrechtsorganisationen mit jeweils zwei Vertretern beteiligt sind, hat ein 14-Punkte-Dringlichkeitsprogramm aufgestellt, in dem es heißt:

"Die neue Verfassung muß voll demokratisch sein, d.h. der Status Seiner Majestät muß ganz der eines konstitutionellen Monarchen sein. Es muß zur sofortigen Praxis werden, daß der König nur noch auf den Rat des Kabinetts hin handelt. Alle Institutionen und Gesetze, die den Prozeß der Demokratisierung verhindern, müssen abgeschafft werden. Allen nepalischen Bürgern muß eine Atmosphäre garantiert werden, die der Ausübung ihrer demokratischen Rechte förderlich ist. Es müssen Institutionen und Prozesse geschaffen werden, die für den Demokratisierungsprozeß notwendig sind. Sobald wie möglich müssen freie Wahlen auf der Grundlage demokratischer Prinzipien durchgeführt werden. Zu diesem Zweck muß eine unabhängige und unparteiische Wahlkommission gebildet werden. Die rechtmäßigen Forderungen, die im Verlauf der Demokratiebewegung von der United Left Front, dem Nepali Congress und diversen Klassen und Gemeinschaften erhoben wurden, müssen erfüllt werden. Es müssen Verwaltungsreformen durchgeführt werden und alle gegen das Volk eingestellte und korrupte Beamte, einschließlich der Zonal Commissioners müssen entlassen werden. Es müssen notwendige Schritte eingeleitet werden, um die Lage der Arbeiter und Bauern zu verbessern. Vollständige Pressefreiheit und akademische Freiheit müssen garantiert werden. Harte Maßnahmen müssen ergriffen werden zur Ausrottung aller Arten von Wirtschaftsverbrechen einschließlich Korruption und Schmuggel. Es muß der nepalischen Gesellschaft eine Atmosphäre geschaffen werden, die den Frauen den Genuß gleicher Rechte wie den Männern erlaubt. Um ihre Sicherheit zu garantieren, muß eine unabhängige Untersuchungskommission gebildet werden; und die Schuldigen müssen bestraft werden. Alle politischen Gefangenen müssen freigelassen werden, und alle Gerichtsverfahren, die aus politischen Rachegehlüsten heraus eingeleitet wurden, müssen zurückgezogen werden. Die Märtyrer der Demokratiebewegung müssen geehrt und ihren Familien und den Verwundeten und Verstümmelten muß finanzielle Hilfe und medizinische Betreuung gewährt werden. Das Eigentum der politisch Tätigen, das nach 1960 konfisziert wurde, muß zurückgegeben werden. Nepal muß eine Außenpolitik betreiben, die auf völlige Neutralität, Frieden und Freundschaft ausgerichtet ist. Die nationale Einheit der Nepali muß auf der Grundlage der Gleichheit aller Bevölkerungsgruppen, Sprachen, Kulturen und Religion gefestigt werden. Besondere Aufmerksamkeit muß dabei auf die Verbesserung der Lage der rückständigen ethnischen Gruppen gerichtet werden."

Nepali Congress

Die Zentralkomitees von Nepali Congress und United Left Front trafen sich vom 25. bis 27. April in Kathmandu zu unabhängigen Sitzungen. Der Nepali Congress bekannte sich dabei erneut zur parlamentarischen Demokratie unter einer konstitutionellen Monarchie. Man betonte die Notwendigkeit einer Verfassung, welche die Rechte des Volkes garantiere, und der Abhaltung allgemeiner Wahlen unter einer solchen Verfassung. Gleichzeitig forderte man entschlossenes Handeln, um die Errungenschaften der Revolution zu festigen und reaktionäre Bewegungen zur Unterdrückung dieser Ziele zur vereiteln. Der Nepali Congress unterstrich dabei die Notwendigkeit, das Bündnis mit der United Left Front fortzusetzen und zu festigen. Schließlich erklärte man, daß der Nepali Congress allen offenstehen werde, die sich zu den Idealen von Nationalismus, Demokratie, Sozialismus, Bündnisfreiheit und Religionsfreiheit bekennen.

Weitere Forderungen, die auf jener Tagung vorgebracht wurden, waren das Verlangen nach einer sofortigen Auflösung der lokalen Panchayats, die Abschaffung der Zonal Commissioners, die Bildung einer Verfassungskommission bestehend aus Vertretern der Parteien und Verfassungsexperten sowie die Ersetzung jener Kommission, die am 6. April zur Untersuchung der Ausschreitungen im Verlauf der Demokratiebewegung gebildet wurde, durch eine neue.

Zur Forderung der UNPM, zunächst eine verfassungsgebende Versammlung zu wählen, sagte Mathabar Singh Basnet, einer der vier offiziellen Sprecher des Nepali Congress: "Es geziemt sich nicht für eine demokratische Partei, jetzt Forderungen zu erheben, die nicht bereits im Verlauf der Demokratiebewegung vorgebracht wurden. Die Führer des Nepali Congress haben bereits klar herausgestellt, daß die neue Verfassung alle Rechte des Volkes unter einer konstitutionellen Monarchie garantieren wird. Wir sollten jetzt die Rechte, die wir erlangt haben, sichern und weiterentwickeln, anstatt uns durch den intellektuellen Luxus einer verfassungsgebenden Versammlung verwirrt zu machen."

United Left Front

Das Zentralkomitee der United Left Front bildete auf seiner Sitzung ein siebenköpfiges Komitee zur Ausarbeitung eines Programms für die politische Organisation und Konsolidierung der Front. Man beschuldigte vor allem die Mandale und andere reaktionäre Kräfte als Urheber der jüngsten gesetzlosen Aktivitäten in der Hauptstadt. Frau Sahana Pradhan, die Vorsitzende der United Left Front und heutige Industrie- und Handelsministerin, forderte eine bessere Zusammenarbeit mit dem Volk und eine stärkere Einheit und besseres Verstehen mit dem Nepali Congress, "um die finsternen Absichten der reaktionären Kräfte zu vereiteln". Sie verlangte außerdem sofortige Maßnahmen gegen korrupte und volksfeindliche Elemente, unabhängig von ihrem Status, eine Kontrolle der Preise, die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und die sofortige Realisierung des 14-Punkte-Programms der Regierungsbündnis. Ferner betonte

sie die Verantwortung der Übergangsregierung, eine volksorientierte Verfassung zu entwerfen und freie und unparteiische Wahlen abzuhalten.

Marxistischer Flügel der Nepal Communist Party

Aus dem Kreis der sieben Mitglieder der United Left Front seien in diesem Zusammenhang noch einige Äußerungen von drei Untergruppen der Nepal Communist Party erwähnt. Man Mohan Adhikari, 1949 Begründer der Nepal Communist Party und heute Führer des marxistischen Flügels dieser Partei, forderte, eine Verfassung zu entwerfen, welche die organisierte Stärke des Volkes widerspiegele. Diese neue Verfassung müsse Vorkehrungen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung enthalten und sicherstellen, daß es nie wieder zu einer Diktatur kommen könne. Die mit dem Verfassungsentwurf zu beauftragende Kommission müsse mehrheitlich aus demokratischen Elementen bestehen. Der Entwurf müsse dann vom Volk entweder durch ein Referendum oder durch ein vom Volk gewähltes Parlament gebilligt werden. Das Volk müsse die Quelle der Verfassung sein. Man Mohan Adhikari verurteilte den Versuch der reaktionären Kräfte, Unruhe im Land zu stiften, und appellierte an das Volk, der Übergangsregierung vollstes Vertrauen entgegenzubringen. Er plädierte außerdem für eine größere Einheit und ein besseres Verständnis zwischen Nepali Congress und United Left Front.

Manandhar-Gruppe der Nepal Communist Party

Die Manandhar-Gruppe der Nepal Communist Party brachte ihr Vertrauen zum Ausdruck, daß die Arbeit des neuen Ministerrats vollständig auf dem 14-Punkte-Programm der United Left Front und des Nepali Congress basieren werde. Man verwies auf die verschwörerischen Aktivitäten reaktionärer Kräfte, die versuchten, Ruhe und Ordnung zu stören, und betonte die Notwendigkeit für das Volk, sich selbst zu organisieren und derartige Vorhaben im Keim zu ersticken. Eine fähige und wirkungsvolle United Left Front, die sich durch eine starke Einheit unter den linken Kräften auszeichne, sei genauso wichtig wie eine starke Einheit zwischen linken und demokratischen Kräften. Bishnu Bahadur Manandhar, der Führer dieser kommunistischen Gruppe, begrüßte die Ansprache König Birendras, der am 25. April erklärt hatte, es müsse das Anliegen eines jeden Nepali sein, der Vielparteiendemokratie zum Erfolg zu verhelfen und die Regierung von Premierminister Krishna Prasad Bhattarai bei der Vorbereitung möglichst früher allgemeiner Wahlen zu unterstützen. B.B. Manandhar forderte Verwaltung, Polizei und Armee zur Zusammenarbeit mit der Regierung bei der Bekämpfung der verschwörerischen und reaktionären Kräfte auf.

Varma-Gruppe der Nepal Communist Party

Krishna Raj Varma, der Generalsekretär der Varma-Gruppe der Nepal Communist Party, forderte die neue Regierung auf, alle Versuche, die hart erkämpfte Vielparteiendemokratie zu unterwandern, zu unterbinden, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, allgemeine Wahlen zur Bildung einer repräsentativen Regierung abzuhalten, eine demokratische Verfassung zu entwerfen und die Überbleibsel des parteilosen Panchayat-Systems abzuschaffen. K.R. Varma forderte außerdem die Wiederherstellung der nepalisch-indischen Freundschaft und eine Preiskontrolle für Bedarfs Güter. Nach seiner Meinung seien die jüngsten Unruhen das Werk von Mandaliya und extremistischen Elementen, die von einem Teil der Verwaltung und der Polizei unterstützt würden.

United National People's Movement

Neben der United Left Front gibt es noch ein weiteres Bündnis von fünf Linksparteien, die nicht an der Demokratiebewegung teilgenommen haben und heute nicht Mitglied der Regierung sind. Dieses Bündnis, das sich United National People's Movement (UNPM) nennt, verurteilte die Ausschreitungen der Randaliererbanden in der Hauptstadt als eine Verschwörung, die darauf ausgerichtet sei, das Volk der Rechte zu berauben, die es gerade durch die Demokratiebewegung erlangt habe. Man verlangte die sofortige Entlassung der Zonal Commissioners und anderer leitender Beamter, "die als Schutzhüter des tyrannischen Panchayat-Systems" gehandelt hätten, sowie die Bildung einer unparteiischen Kommission zur Untersuchung der Ausschreitungen im Verlauf der Demokratiebewegung. Die UNPM forderte wiederholt eine groß angelegte politische Konferenz zur Diskussion und Abstimmung über die aktuellen Probleme.

Am 30. April überreichte eine Kommission der UNPM, bestehend aus Vachaspati Devkota, Krishna Das Shrestha, Sindhu Nath Pyakurel und Dr. Baburam Bhattarai, Premierminister K.P. Bhattarai einen 10-Punkte-Katalog, in welchem unter anderem Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung gefordert wurden. Als dieser Vorschlag vom Premierminister abgelehnt wurde, drohten die Vertreter der UNPM mit einer Volksbewegung. Eine weitere Forderung der UNPM war die Rücknahme aller politisch begründeten Gerichtsverfahren und -beschlüsse, darunter auch das gegen Ram Raja Prasad Singh, sowie die Gewährung einer allgemeinen Amnestie. Dieser Forderung begegnete der Premierminister mit Sympathie.

Nepal Marxist-Leninist Party

Auch aus den Reihen der UNPM möchte ich noch drei der beteiligten Gruppen zitieren. Die Nepal Marxist-Leninist Party beschuldigte reaktionäre Elemente des Versuchs, ihre verlorene Position durch Verschwörung wiederzugewinnen. In diesem Zusammenhang beschrieb man die Zwischenfälle vom 23. April als "ein Produkt von Befürwortern der Parteilosigkeit und Diktatur". Einer der Führer dieser Partei, Mohan Chandra Adhikari, kritisierte die zu frühe Beendigung der Demokratiebewegung. Ziel der Volksbewegung sei das Vielparteiensystem und nicht die konstitutionelle Monarchie gewesen. Seine Partei könne sich damit nicht zufrieden geben, da ihre Ziele Sozialismus und Kommunismus seien, und dies sei auch, was das Volk wünsche.

Mashal-Gruppe der Nepal Communist Party

Die von Mohan Bikram Singh geführte Mashal-Gruppe der Nepal Communist Party kritisierte das Bündnis von Nepali Congress und United Left Front wegen der Einstellung der Demokratiebewegung. Mohan Bikram Singh, der bis vor kurzem im Exil war und jetzt in Kathmandu im Untergrund lebt, verurteilte die Zusammensetzung der Übergangsregierung mit der Begründung, das Volk habe die Bewegung nicht durchgeführt, um Veräter wie Keshar Jung Rayamajhi und Achyut Raj Regmi, die beiden Vertrauten des Königs in der heutigen Regierung, an die Macht zu bringen. Bei einer Fortsetzung der Bewegung, wäre es möglich gewesen, "die reaktionäre politische Institution auszulöschen, die seit Jahrhunderten im Land besteht, oder zumindest die Souveränität in die Hände des Volkes zu übertragen." Er bezeichnete den Kompromiß der Übergangsregierung als Betrug am Volk und wiederholte die Forderung einer verfassunggebenden Versammlung. Andererseits betonte er aber, seine Partei werde jede Maßnahme der Übergangsregierung unterstützen, welche die Demokratie stärke, den Despotismus des Königs beschränke und die Macht zur Schaffung der Verfassung auf das Volk übertrage. Es gebe keinen Grund für das nepalische Volk, zufrieden zu sein, weil das Panchayat-System abgeschafft sei, da der autokratische Charakter der Verfassung von 1962 unverändert weiterbestehe. Solange die totalitäre und despotische Macht des Königs gemäß Artikel 2 (2), welcher besagt, "Die Souveränität Nepals ruht in Seiner Majestät, und alle Macht - exekutiv, legislativ und judikativ - gehen von ihm aus", weiterbestehe, könne von Demokratie keine Rede sein. "Demokratie" bedeute selbst im bourgeoisen Sinne, daß die Souveränität in den Händen des Volkes liege und nicht in denen einer Einzelperson oder Familie. Eine sofortige völlige Abschaffung der Panchayat-Verfassung sei daher unumgänglich.

Mohan Bikram Singh beklagte, die Übergangsregierung habe immer noch nicht klar gesagt, ob sie eine neue Verfassung oder lediglich eine Reform der alten anstrebe. In jedem Fall aber würde die Souveränität weiterhin in den Händen des Königs liegen. Die Erfahrungen seit 1950 hätten gezeigt, wie gefährlich eine solche Situation für die Demokratie wäre. Wirkliche Demokratie könne nur erreicht werden, wenn die Verfassung von einer vom Volk in freien Wahlen gewählten verfassunggebenden Versammlung ausgearbeitet würde. Dies hätten auch die Erfahrungen in anderen demokratischen Ländern gezeigt. Daher werde die Forderung einer solchen Versammlung durch die UNPM von anderen volksorientierten Organisationen wie z.B. der Nepal Bar Association (NEBA) unterstützt. Mohan Bikram Singh forderte zu einem stärkeren Kampf für die demokratischen Ziele auf und schloß dabei auch das Mittel der Gewalt nicht aus: "Das semi-feudale und semi-koloniale System wird erst mit der Einführung einer neuen Demokratie beendet sein. Der König ist mehr eine Kraft als ein Individuum. Selbst wenn diese Kraft heute inaktiv geworden ist, bedeutet das nicht, daß sie ihren Kopf nicht schon morgen wieder erheben wird. Wir können daher nicht eher ruhen, als bis diese Kraft nicht mehr existiert. Wir haben kein Vertrauen in den Wandel, der durch Anordnungen, Proklamationen und Rundschreiben des Königs zustande gekommen ist. Wir können unsere Revolution ohne bewaffneten Kampf nicht zum Erfolg führen. Dennoch haben wir auf unserer fünften Generalkonferenz beschlossen, im Augenblick dem Kampf der Massen den Vorzug gegenüber dem bewaffneten Kampf zu geben." Und Chitra Bahadur K.C., ein anderer Führer der Mashal-Gruppe, erklärte am 2. Juni auf einer öffentlichen Veranstaltung in Kathmandu: "Die Weltgeschichte hat bewiesen, daß der König als solcher der Träger der reaktionären Kräfte ist. Folglich bedeutet dem König eine Machtbeschränkung aufzuerlegen indirekt, ihn mit Macht auszustatten. Das nepalische Volk muß das Recht haben, darüber zu entscheiden, ob es die Monarchie beibehalten möchte oder nicht. Wir jedenfalls sind nicht für eine konstitutionelle Monarchie; wir wollen eine Republik."

Janvadi Morcha

Zwölf Mitarbeiter der People's Front (= Janvadi Morcha) von Ram Raja Prasad Singh, die sich im Zusammenhang mit den Bombenanschlägen von 1985 in Haft befinden, kündigten in einer gemeinsamen Erklärung an, daß sie den Pfad der Gewalt aufgeben und in Anbetracht der veränderten politischen Situation eine friedvolle politische Linie verfolgen wollten. Sie legten ihrer eigenen Organisation nahe, die Linie entsprechend zu ändern und brachten ihr Bedauern zum Ausdruck, daß sich die People's Front nicht an der Demokratiebewegung beteiligt habe. Prem Krishna Pathak, der amtierende Vorsitzende der Volksfront, forderte eine allgemeine Amnestie für diese zwölf Gefangenen sowie für Ram Raja Prasad Singh und andere politische Führer, die immer noch im Exil leben müßten. Er betonte ferner die Notwendigkeit der Bildung einer unabhängigen juristischen Kommission zur Untersuchung all jener Verfahren, die lediglich auf fingierten Vorwürfen beruhten.

Sonstige Parteien

Gajendra Narayan Singh erklärte für die Nepali Goodwill Party die volle Unterstützung der Regierung im Umgang mit anti-sozialen Elementen. Er forderte von der Regierung, Dr. Laxmi Narayan Jha, Saket Mishra und andere, die zu Unrecht inhaftiert worden seien, sofort freizulassen, und Ram Raja Prasad Singh und seinen Kollegen von der People's Front die friedliche Mitarbeit beim Aufbau der Nation zu ermöglichen. Die weiteren Forderungen G.N. Singhs betrafen die Beilegung des Konflikts mit Indien und die Bildung einer verfassunggebenden Versammlung, allerdings durch den König.

Dr. Dilli Raman Regmi, der Vorsitzende des alten Nepali National Congress, kündigte an, daß seine Partei der neuen Regierung in jeder Hinsicht als demokratische Oppositionspartei helfen werde. Er löste das alte Exekutivkomitee seiner Partei auf und ernannte für eine Übergangsphase neue Parteisekretäre. Eine sehr königstreue Haltung legte Krishna Chandra Upadhyaya Dhungel, der Generalsekretär des Nepali National Congress, an den Tag. Er dankte dem König, daß er es dem nepalischen Volk ermöglicht habe, demokratische Rechte zu genießen. Die Partei plädierte für eine Generalamnestie für alle politischen Gefangenen und im Exil lebenden Personen. Außerdem forderte man die Regierung auf, den Verwaltungsapparat

aus der Politik auszuklammern, insbesondere sollten keine politischen Ernennungen vorgenommen werden und politische Ämter wie die der Zonenkommissare sollten abgeschafft werden.

Das Panchayat-Lager

Auf der anderen Seite ist es schon interessant, wie namhafte Politiker des Panchayat Lagers von heute auf morgen ihre Haltung zur Mehrparteiendemokratie geändert haben. So begrüßte der frühere Premierminister Kirti Nidhi Bista, der immer als einer der Hardliner des Systems galt, die Wiederherstellung der Vielparteiensystems. Er hoffe, daß der Prozeß der demokratischen Entwicklung auf der Grundlage von Toleranz, Zurückhaltung und gegenseitigem Verständnis fortgesetzt werde. Er wünsche dem neuen Minister-rat Erfolg in seinen Bemühungen um eine Lösung der nationalen Probleme. In ähnlicher Weise äußerte sich auch der frühere Premierminister Nagendra Prasad Rijal.

Navaraj Subedi, bis zuletzt Vorsitzender des aufgelösten National-Panchayats und des Panchayat Policy and Evaluation Committee's, der noch bis in die letzten Tage haarsträubende Lügen über die Demokratie- und Menschenrechtsbewegung verbreitet hatte, begrüßte am 25. April ebenfalls die Einführung des Vielparteiensystems, da es dem Willen des Volkes entspreche. Er vertraue darauf, daß das Vielparteiensystem eine Atmosphäre schaffe, "in welcher das gesamte nepalische Volk in Freiheit seine vollen demokratischen Rechte genießen kann". Er forderte alle seine Kollegen aus dem Panchayat-Lager auf, alle richtigen Schritte der neuen Regierung zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und zur Schaffung einer demokratischen Atmosphäre, in der die demokratischen Rechte durch eine Wettbewerbspolitik ausgeübt werden könnten, zu unterstützen.

Der frühere Premierminister Surya Bahadur Thapa, der sich bereits im Verlauf der Demokratiebewegung von den Exzessen der Regierung distanziert hatte, sagte: "Bis gestern haben wir für die Schaffung einer gerechten, dynamischen und ausbeutungsfreien Gesellschaft in einer andersgearteten Situation gearbeitet. Der jetzige Wandel erleichtert die Erreichbarkeit unserer Ziele. Wir begrüßen daher die Veränderungen und sollten in der Lage sein, unsere Ziele durch eine Stärkung der demokratischen Kräfte und eine positive Veränderung unserer Einstellung zu erreichen." Konkreter wurde Rajeshwar Devkota, ein früherer Vorsitzender des National-Panchayats. Er knüpfte an die bereits nach der Wiederzulassung der Parteien vom damaligen Außenminister Pasupati Shamsheer Rana gemachte Ankündigung einer Art Panchayat-Partei an, als er seine Kollegen zur Mitarbeit im Vielparteiensystem aufforderte.

Es klingt wie Hohn, daß selbst der soeben abgesetzte letzte Premierminister des Panchayat-Systems, Manich Man Singh Shrestha, unter dessen Regie die ganzen Ausschreitungen gegen die Demokratiebewegung erfolgten, am 28. April in einem Telefoninterview die Einführung des Vielparteiensystems begrüßte, seine Unterstützung der Übergangsregierung zum Ausdruck brachte und die jüngsten terroristischen Aktivitäten bedauerte. Frau Sahana Pradhan, die Vorsitzende der United Left Front und heutige Industrie- und Handelsministerin, erklärte dazu auf einer Maifeiertags-Veranstaltung, die Anhänger des parteilosen Panchayat-Systems versuchten das Volk zum Narren zu halten, indem sie sich zur Vielparteiendemokratie bekennen. Das Volk solle sich nicht von ihren falschen Bekenntnissen verleiten lassen.

Uneinigkeit ist aber auch im ehemaligen Panchayat-Lager groß geschrieben. Ein Beweis mag die Tatsache sein, daß am 29. Mai zwei Parteien unter dem Namen "National Democratic Party" von namhaften Führern des abgeschafften Systems, nämlich Surya Bahadur Thapa und Lokendra Bahadur Chand, gegründet wurden. Lokendra Bahadur Chand fand Unterstützung durch Vishwabandhu Thapa, Rajeshwar Devkota, Lalit Chand und Matrika Prasad Koirala. Er nannte als seine besonderen Ziele eine Stärkung der nepalischen Souveränität auf der Grundlage einer konstitutionellen Monarchie, die Vielparteiendemokratie, die Menschenrechte und den allgemeinen Fortschritt aller Regionen, Klassen und Gemeinschaften unter besonderer Betonung der nationalen Traditionen, wobei dem letzteren Zusatz wohl das entscheidende Gewicht zukommt. Surya Bahadur Thapa nannte demgegenüber als sein Ziel die Schaffung einer Organisation für all jene Menschen, die an die Demokratie glauben und eine konservative und despotische Hardliner-Politik ablehnten, unabhängig davon, ob sie zuvor dem Panchayat-Lager angehört hätten oder nicht. Während Lokendra Bahadur Chand also lediglich ein Forum für ehemalige Panchas schaffen möchte, ist Surya Bahadur Thapa für eine offene Partei. Andererseits verlautete aber auch, daß viele frühere Panchas der Person Surya Bahadur Thapas ablehnend gegenüberstehen.

Die Menschenrechtsorganisationen

Abschließend sei auch noch ein Blick auf die nepalischen Menschenrechtsorganisationen geworfen, die einen ganz entscheidenden Anteil am Erfolg der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung hatten; dies gilt nicht nur für das Forum for Protection of Human Rights (FOPHUR), das ja einer der drei Organisatoren der Bewegung war. FOPHUR ist die älteste Menschenrechtsorganisation in Nepal; sie wurde 1984 von Badri Prasad Khatiwada gegründet. Heutiger Vorsitzender von FOPHUR ist Prof. Mathura Prasad Shrestha. Seit dessen Ernennung zum Gesundheitsminister der neuen Übergangsregierung fungiert jedoch Ramananda Prasad Singh als amtierender Vorsitzender. Daneben gibt es noch eine andere große Organisation, die sich Human Rights Organization of Nepal (HURON) nennt. Ihr Vorsitzender, Rishikesh Shaha, hielt sich während der Bewegung im indischen Exil auf. In dieser Zeit hatte Dr. Devendra Raj Pandey, der heutige Finanzminister, das Amt des amtierenden Vorsitzenden von HURON inne. Nach Auskunft von Prof. Mathura Prasad Shrestha ist der Mitgliederkreis dieser beiden großen Organisationen größtenteils identisch. Daneben haben auch die Organisationen der Mediziner und der Anwälte eigene Menschenrechtskomitees, die sich aktiv an der Bewegung beteiligt haben. Diese vier Organisationen haben sich heute in einem Human Rights Integration and Support Committee zusammengeschlossen, welches verantwortlich ist für die Mittelverteilung an die Opfer der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung.

Doch kommen auf die Menschenrechtsorganisationen nicht nur aufgrund ihrer augenblicklichen aktiven Beteiligung an der Übergangsregierung auch in Zukunft bedeutende politische Aufgaben zu. Nepals Weg hin zu einer wirklich demokratischen, gerechten und ausbeutungsfreien Gesellschaft wird sicherlich lang sein. Die Menschenrechtsorganisationen werden darüber zu wachen haben, daß die Lage jetzt nicht ins andere Extrem umschlägt. Die Verbrechen, die in großer Zahl unter dem Panchayat-System begangen worden sind, müssen in fairen Prozessen vor ordentlichen Gerichten und unter Anwendung demokratischer und menschlicher Gesetze verfolgt werden. Nicht nur die Gesetzestexte und die politischen und administrativen Strukturen bedürfen der Reform. Es gibt auch viel zu verändern in der ganzen Einstellung, den Denk- und Verhaltensweisen der nepalischen Gesellschaft, ehe der nach dem von fast allen Parteien befürworteten 14-Punkte-Programm der Regierung angestrebte Zustand erreicht werden kann.

Die konstitutionelle Zukunft

Die neue Regierung hat sich zum Ziele gesetzt, innerhalb von drei Monaten eine neue Verfassung auszuarbeiten und vor Ablauf eines Jahres allgemeine freie Parlamentswahlen durchführen zu lassen. Der entscheidende Schritt wird dabei die Ausarbeitung der neuen Verfassung sein. Der Frankfurter Staatsrechtler, Prof. Avenarius, hat am 26. April auf einer von der Nepal Law Society und der Friedrich Naumann Stiftung in Kathmandu durchgeführten Tagung klar herausgestellt, daß das Problem einer neuen Verfassung viel zu komplex und zu sensibel ist, um in drei Monaten aus dem Boden gestampft zu werden. Er hat stattdessen den Vorschlag unterbreitet, zunächst eine Übergangsverfassung zu entwerfen, welche alle wesentlichen Gesichtspunkte der neu auszuarbeitenden Verfassung bereits beinhalten sollte. Diese Übergangsverfassung könnte dann innerhalb kürzester Zeit die Panchayat-Verfassung ersetzen und so der Parteienregierung eine rechtliche Handlungsgrundlage für ihr weiteres Vorgehen liefern. Prof. Avenarius hält es auch für wesentlich, daß die endgültige Verfassung vom vorher zu wählenden Parlament ratifiziert und nicht wie beispielsweise 1959 vom König vor den Wahlen promulgiert wird. Die entscheidende Frage in Bezug auf die neue Verfassung wird sein, welche Rolle der König spielt. Prof. Mathura Prasad Shrestha hat mir versichert, der König habe sich zu einer streng konstitutionell-monarchischen Rolle bereit erklärt. Auch wenn aus Kreisen der Linksparteien bisweilen Stimmen laut werden, die eine Abschaffung der Monarchie in Nepal fordern, so befürwortet wohl die Mehrheit des Volkes und auch der Parteien eine Beibehaltung des Königtums in Nepal, wenngleich in einer völlig anderen Form als der jetzigen, nämlich in einer strikt konstitutionellen Form. Das Symbol der Einheit, welches der König im Vielvölkerstaat Nepal in den Augen vieler Nepali immer noch verkörpert oder zu verkörpern vorgibt, spricht für diese Auffassung. Ferner gibt es noch eine große Anzahl Nepali, die zu den wirtschaftlich und sozial dominierenden traditionellen Elementen der Gesellschaft gehören. Dies sind die Personen, die das Panchayat-System als Rückhalt der absoluten königlichen Macht in Nepal aufrechterhalten haben. Es wird für die Zukunft Nepals wichtig sein, den König als einen Vermittler zwischen den demokratischen Parteien und den konservativen Elementen zu nutzen. Der Weg hin zu einer wirtschaftlich und sozial ausgeglichenen Gesellschaftsform Nepals wird mit Sicherheit ein langer sein. Hier hätte der König eine Chance in eine neue, sehr verantwortungsvolle Aufgabe hineinzuwachsen. Es bleibt für Nepal zu hoffen, daß König Birendra diese Chance möglichst bald nutzt. Aktionen wie seine eigenmächtige Bildung einer Verfassungskommission am 11. Mai lassen jedoch befürchten, daß es ihm immer noch an der notwendigen Einsicht und Bereitwilligkeit zum Machtverzicht mangelt.

Das Ende des Hindu-Staats

Der Wechsel zur konstitutionellen Monarchie ist gleichbedeutend mit dem Ende des Hindu-Staates Nepal. Solange sich Nepal nämlich als Hindu-Staat deklariert, wird der König absolute Macht haben, da dies ein wesentlicher Bestandteil des hindu-politischen Denkens ist. Daher ist es für die Einführung von Demokratie in Nepal unumgänglich, daß die nepalische Verfassung einen säkularen Charakter aufweist; es muß eine klare Trennung von Politik und Religion vollzogen werden. Da die heutige Hindu-Verfassung das grundlegende Gesetz Nepal ist, sind auch alle anderen, untergeordneten Gesetze Hindu-Gesetze. Nepal besitzt aber eine multiethnische Gesellschaft; Es gibt nicht nur Hindus, sondern auch Buddhisten, Moslems, Jains, Christen und eine ganze Reihe ethnischer Religionen. Die Verfassung und die untergeordneten Gesetze müssen auf alle nepalischen Bürger anwendbar sein. Das ist jedoch nicht möglich, solange sie auf dem Hindurecht basieren. Nur eine säkulare Verfassung bietet daher ein geeignetes Fundament für eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleiche Rechte genießen können. Befürworter dieser säkularen Idee sind neben den betroffenen Minderheiten und Randgruppen der nepalischen Gesellschaft insbesondere die Menschenrechtsorganisationen, aber auch einige linke Gruppen. Die in der Hindu-Gesellschaft benachteiligten religiösen und ethnischen Gruppen versuchen daher ihre berechtigten Anliegen in die Verfassungsplanung einzubringen. So verlangte die "Nepal Jamai Yatul Muslimeen", Vertreter aller nepalischen Religionen in die verfassungsbildende Kommission aufzunehmen. Die zukünftige Verfassung müsse einen säkularen Charakter aufweisen, aber Vorkehrungen für einen gesonderten Moslemkodex enthalten. Ähnliche Anliegen wurden auch von der "Buddhist Youth Group" unterstützt. Hari Shanker Niraula, der Rechtsberater der Nepal Christian Fellowship, hob den Widerspruch in der Behandlung der Religionszugehörigkeit in Nepal hervor. Einerseits würden weder das Bekenntnis zum Atheismus noch der im Ausland vollzogene Übertritt zu einer anderen Religion bestraft, wer jedoch das Vorherrschen der Religionsfreiheit in Nepal in Zweifel zöge, wandere für sechs Jahre ins Gefängnis. Ganesh Man Singh erklärte auf einer Konferenz der Nepal Christian Fellowship, der Nepali Congress werde sich auch für die Religionsfreiheit einsetzen. Niemand dürfe wegen seines Bekenntnisses zu einer Religion verhaftet werden. Er gab jedoch zu, daß sich zur Zeit immer noch Personen aus religiösen Gründen im Gefängnis befänden, weil die entsprechenden Gesetze noch nicht geändert seien. Die Führer der "Suppressed Class" forderten, auch die unterdrückten nepalischen Klassen an der Verfassungsbildung zu beteiligen. Die "Nepal National Social Welfare

Association" verlangte in diesem Zusammenhang, den Randgruppen der nepalischen Gesellschaft bessere Wirtschafts-, Sozial- und Bildungsmöglichkeiten zu verschaffen. Die "Kirat Yakthung Chumlung" begrüßte das Ende des despotischen Panchayat-Systems und forderte, daß die neue Verfassung die Interessen der Nepali aller Klassen und ethnischen Gruppen widerspiegeln sollte. Man forderte daher eine angemessene Rolle dieser Gemeinschaften im sozialen, politischen und wirtschaftlichen Bereich sowie die Anerkennung ihrer Sprachen als nationale Sprachen. Darüber hinaus sollte Nepal zu einem säkularen Staat erklärt werden, in welchem alle Religionen einen gleichen Status besitzen sollten. Der Verfassungskommission sollten daher Vertreter des Nepali Congress, der United Left Front und auch der ethnischen Organisationen angehören.

Demgegenüber lehnten konservative Hindu-Organisationen das Ansinnen eines säkularen Staates Nepal grundsätzlich ab. Der "Sanatan Dharma Sewa Samiti" betonte, Nepal wäre seit ältesten Zeiten ein Hindu-Staat gewesen, und das Konzept eines Hindu-Staates stünde nicht im Gegensatz zu Demokratie und kommunaler Harmony. Man drohte sogar, eine Bewegung zu starten, wenn Nepals Image eines Hindu-Staates befleckt werden sollte. Ähnlich äußerte sich das nationale nepalische Komitee der "World Hindu Federation". Und auch der Nepal Arya Samaj lehnte einen säkularen Staat ab, da ein solcher Staat nicht den religiösen Empfindungen der Mehrheit der Bevölkerung entsprechen würde. Und selbst radikale linke Gruppen wie die People's Front konnten der Vorstellung eines säkularen Staates nicht viel abgewinnen. Man forderte vielmehr, Nepal sollte ein Hindu-Staat bleiben mit gleichen Rechten für alle anderen Religionen. Der hinduistische Matribhumi Sevak Sangh (= Motherland Service Association) sah gar den bisherigen Zustand als ideal und beispielhaft an, als er fragte: "Sind nicht unsere moslemischen und christlichen Brüder frei hinsichtlich der Religionsausübung in Nepal? Haben sie nicht hohe Stellungen in Staat und Gesellschaft erlangt? Wie ist andererseits die Lage der Hindus in Ländern, in denen Moslems oder Christen die Mehrheit haben? In der Tat ist Nepal immer ein einmaliges Beispiel für Religionsfreiheit gewesen. Ist es da angebracht, Nepal zu einem säkularen Staat zu erklären, indem man der Religion eine politische Färbung gibt?" Die Erklärung des nepalischen Staates zum Hindu-Staat in der Verfassung ist wohl keine Einbeziehung der Religion in den Staat?

Die Übergangsregierung hat zu den Forderungen der nepalischen Minderheiten und Randgruppen noch nicht Stellung genommen. König Birendra mußte die von ihm eigenmächtig gebildete Verfassungskommission wieder auflösen und soll die Verantwortung ganz in die Hände des Übergangskabinetts gelegt haben. Dieses will nun wohl doch auf ausländische Berater verzichten und hat eine rein nepalische Kommission gebildet, die nun innerhalb von 90 Tagen eine neue Verfassung auf konstitutionell-monarchischer Grundlage entwerfen soll. Obgleich diese Kommission nur von der Übergangsregierung zusammengestellt wurde, ließ berechtigte Kritik nicht lange auf sich warten, weil gerade die bisher so benachteiligten nepalischen Bevölkerungsgruppen, nämlich die Frauen, die ethnischen Gruppen, die Tarai-Bevölkerung und die unterdrückten Klassen nicht einen einzigen Vertreter in diesem Gremium haben. Es bleibt zu hoffen und zu wünschen, daß die verantwortlichen Juristen und Politiker eine Verfassung entwerfen, gemäß derer die Macht dann wirklich in den Händen des Volkes liegt und von diesem zum Nutzen der gesamten Gesellschaft genutzt werden kann.